

Ercheint täglich außer Montags... Preis für Berlin...

Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene... Expedition: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 6. März 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Quittung.

Im Laufe des Monats Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

- List of donors and amounts: Suckewalde von zielbewussten Arbeitern 25, S. Berlin 30, Merseburg 30, Finsterwalde 15, Achim 35, etc.

Berlin, den 5. März 1891.

Für den Partei-Vorstand: M. Bebel, Groß-Görschenstr. 22 a.

Die Vorgänge in Paris in französischer Beleuchtung.

Ueber den Chauvinisten-Rummel in Paris schreibt einer der bekanntesten Pariser Genossen in einem Privatbrief...

Nach ich bedauere die hiesigen Vorkommnisse, allein man muß gestehen, daß zahlreiche Taktlosigkeiten begangen worden sind.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

15

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. weichel.

Damit ging sie Stasi ein paar Schritte entgegen, und Ambros schlenderte verdrießlich der schönen Mälerin nach.

Der Blick, selbst aus solch schönen Glühungen, war mehr als Ambros zu ertragen vermochte.

„Wann die Frau Krigana meint, daß ich mir die Bitt' abbringen lasse, nachher kennt sie mich schlecht“, trochte Ambros.

„O, es ist nicht so schwer, wie er sich einbildet, den

Wenn die Kaiserin einfach nach Paris kommen wollte, konnte sie das sehr gut, und es hätte ebensowenig einen Zwischenfall gegeben wie 1880 oder 1883...

Wollte die Kaiserin nur die französischen Maler in Berlin ausstellen lassen, so hätte sie nicht herzureisen brauchen; ein Komitee war bereits für die Teilnahme an dieser Ausstellung gebildet...

Vom Augenblick an, wo man begriff, oder zu begreifen glaubte, daß es sich um etwas anderes handelte, als eine bloße künstlerische Liebhaberei, ist es gewiß — ich berichte eine Thatsache, ich urtheile nicht — daß sich eine Aenderung der Stimmung gegen die Maler, die in Berlin auszustellen versprochen hatten, geltend zu machen begann.

Wäre man klug gewesen, so hätte die Kaiserin Paris verlassen, als die ersten Symptome einer solchen Stimmung sich erkennen ließen, und den Besuch abgekürzt, statt ihn zu verlängern.

Wir haben hier Leute, die aus dem Patriotismus ein Geschäft machen; — ich bin sicherlich keiner Vorliebe für unsere Regierenden verdächtig — aber man muß wissen, daß diese Leute gerade die persönlichen Gegner unserer Regierung sind.

Zu diesem Zweck haben sie sich offenbar bemüht, die Bewegung der Gemüther zu erzeugen, von der ich soeben gesprochen habe; aber das war noch ohne jegliche Bedeutung.

Unglücklicherweise kamen zwei Zwischenfälle hinzu — die Reise der Kaiserin nach Versailles und die Entfernung der Kränze, den die Boulangeristen auf dem Denkmal des bei der Belagerung von Paris gefallenen Maler Regnault niedergelegt hatten...

Ich bin der festen Ueberzeugung: die Boulangeristen wollten einen Zwischenfall. Als sie den Kranz niederlegten, waren sie der Erwartung und Hoffnung, daß die

Herrn Falkner zu kennen“, antwortete sie kalt. „Ich hab's der Lisei auch gleich gesagt, als wir Beide wie die Narren im Wirthshaus saßen.“

„Was?“ unterbrach er sie rauh. „Daß Du dem einfältigen Ding, der Stasi, nachgelaufen bist,“ schob es ihr über die lebenden Lippen.

„Und warum sollt' ich nicht, wenn's mir gefiel?“ fragte er heransfordernd.

Ein dunkles Feuer überleuchtete Astra's Gesicht. Schwiegend wandte sie sich von ihm ab.

„Ganz Ihr Euch wieder 'mal?“ rief Jerg, welcher, den lahmen Gaul am Jügel führend, nur wenige Schritte vorausging. „Sie hat Recht, Frau Mutter, daß Sie ihm den Kopf wäscht.“

Astra richtete stolz den Kopf auf. „Wie lustig war's auf der Einfahrt,“ fuhr Jerg im treuerzigen Tone fort.

„Selbst der Schweisfuchs spitzte vergnügt die Ohren. Der verdammte Bayer. Aber brav war's von Dir, Ambros, daß Du Dich der Larvei angenommen hast.“

Er sagte das hin, ohne den Kopf zurückzulehnen. Hätte ihm Astra in das Gesicht sehen können, so würde sie es hämisch um seinen breiten Mund haben zucken sehen.

„Na, allemal kann man nicht lustig sein,“ fing er

Regierung ihn entfernen werde. Die Regierung war so ungeschickt, ihnen den Gefallen zu thun. Dies und die Reise nach Versailles und St. Cloud haben den Vorwand geliefert, welchen die Boulangeristen suchten...

Einen Augenblick glaubten sie ohne Zweifel, sie würden ihr Ziel erreichen und uns unmittelbar in den Krieg stürzen. Deshalb ist Boulanger nach Brüssel gekommen, und ich sollte mich nicht wundern, wenn bei dieser Gelegenheit nicht auch russisches Geld im Spiel gewesen wäre.

Aber wie gesagt, all' diese Manöver wären trotz der mancherlei Mißgriffe unmöglich gewesen, wenn die Kaiserin ihren Aufenthalt in Paris abgekürzt hätte.

Wie die Dinge sind, ist die Wahrheit, daß die Kaiserin in Paris viele Fußpromenaden gemacht hat — auch in den letzten Tagen — und daß sie nirgends und niemals auch nur durch eine einzige Geberde, einen einzigen Laut, ein einziges Wort beleidigt worden wäre.

Das demagogische Treiben der Boulangeristen hat sich bei dieser Gelegenheit in seiner ganzen Verworfenheit gezeigt. Diese Leute wollen um jeden Preis Krieg mit Deutschland herbeiführen, und es ist ihnen Alles zuzutrauen.

Dieser Brief ist, wie man sieht, unter dem Eindruck einer gewissen Erregung geschrieben. Die boulangeristischen Behereien hatten augenscheinlich in Paris auch in weiteren Kreisen Beunruhigung hervorgerufen.

Das bringt uns wieder und wieder auf den Hauptpunkt zurück: Die Thatsache, daß es bei der heutigen, so viel gerühmten Staats- und Gesellschaftsordnung in der Macht einer handvoll Gallunken steht, zwischen zwei Kulturvölkern, wie dem deutschen und französischen, das Kriegsgespensst heraufzubehämmern!

Wie sagen mit Bedacht: Kriegsgespensst, nicht Krieg, denn trotz der jämmerlichkeit unserer Zustände, halten wir es doch für eine Unmöglichkeit, daß, wenn auch das Boulangeristen-Gesinde noch länger Zeit für seine Unbesinnlichkeit gehabt hätte, ein Krieg daraus hätte erwachsen können.

Da wir gerade bei dem Thema sind, sei noch erwähnt, daß die Königin von England demnächst Paris besuchen und in Frankreich auf längere Zeit ihren Aufenthalt nehmen wird. Die Königin von England ist die Mutter der deutschen Kaiserin — Mutter (der „Engländerin“ des Bismarck'schen Reptilvolkes); und sie würde

wieder an. „Hi, Fuchs!“ Dann sang er mit einer gequälten Stimme:

„A schöns Dienst Lieb'n, Is a Freund auf der Welt, Aber der Reid ist dabei, Wie der Teigl' beim Geld.“

„Und wenn Dich der Teigel' singen hört, da kriegt er Krämpf,“ rief Ambros.

„So fein wie Du kann ich's freilich nicht,“ versetzte Jerg. „Ich hab' aber ein so gutes Gehör, daß ich jeden Vogel gleich am Pfeifen erkenne.“

„Wie Andere den Esel an den langen Ohren,“ rief Ambros.

„Oder den Pfarrer am Predigen,“ gab Jerg ruhig zurück. „Denn der Hock allein thuts nicht.“

„Kein,“ entgegnete Ambros mit einem gewaltsamen Lachen, „denn sonst würde Mancher den Pfau für 'ne Nachtigall halten.“

Astra zuckte zusammen. Sie blieb ein paar Sekunden stehen und blickte mit starren Augen in das Thal hinunter.

Jerg blieb Ambros nicht die Antwort schuldig; Beide überboten sich in einem stacheligen Humor. Der des jungen Klosterbauers hatte aber etwas Hastiges und Erzwungenes, als wollte er Astra absichtlich zeigen, daß er sich aus ihrer Ungnade nichts mache.

Lisei und Stasi folgten harmlos pfandend. Stasi war noch verlegener geworden, als Lisei sie anredet.

gewiß nicht nach Frankreich gehen, wenn ihrer Tochter dort Ungeheures widerfahren wäre.

Auch von unserem regelmäßigen Pariser Korrespondenten, Genossen Jules Guesde, erhalten wir über die Pariser Vorgänge einen ausführlichen Bericht, den wir hier folgen lassen:

„Viel Lärm um nichts! Wenn man unsere und die deutschen Bourgeoisblätter liest, könnte man an eine wahrhaftige Volkserstarrung glauben, die doch nur in den Spalten der Zeitungen bestand, welche durch Sensationsartikel ihre Zugkraft zu erhöhen suchten.

Das Straßenpublikum, das sich aus soviel Gassen zusammensetzt, hat sich nicht allein nicht gerührt, nein, es begriff nicht einmal die Aufregung, welche man ihm unterschob und über deren Grund es sich jetzt klar zu werden sucht.

Nicht einmal, nein zehnmal ist man seit zwanzig Jahren nach Berlin gegangen, um sich an diplomatischen, wissenschaftlichen und anderen Kongressen zu beteiligen. Warum sollten nach den Diplomaten, nach den Gelehrten nicht auch die Herren Maler mit ihren Gemälden denselben Weg einschlagen?

In dem Streit zwischen Ausstellern und Nichtausstellern sah das Publikum — und mit Recht — nur das Bestreben, Klatsch zu machen, ein Mittel, von ihren Namen reden zu machen, ihre Werke an den Mann zu bringen.

Ebenso liegen die Dinge bei einer gewissen Inkognito-reise nach Paris. Sie wäre völlig unbemerkt vorüber gegangen, hätten sich die Reporter nicht auf der Jagd nach Zeitgeldern befunden. Diese Handwerker von der Feder suchen da eine gute Gelegenheit, aus Tinte Gold zu machen, und ihr Gelddeutelpatriotismus widerstand dieser Versuchung nicht.

Was die Masse angeht, so blieb sie trotz aller Aufreizungsversuche einiger fanatischer Boulangeristen von Grund aus ruhig.

Nicht etwa, als ob das Andenken an Eschsch-Löcherlinge erloschen sei, nicht, als ob man die Besuche im Versailler Schloß und in den Ruinen des Schlosses von St. Cloud nicht unangenehm empfunden hätte. Aber die Würde der Nation — so lautet ja das geschwollene Wort, das man immer so gern im Munde führt — fühlte sich nicht verletzt. Sie steht erhaben über solch jämmerlichen Vorfällen.

Und wenn man behauptet, der „Geist der Revanche“ habe sich kund gegeben, so sagt man eine Unvernunft und schmäh mit demselben Athem unser Volk, das sich immer fester und fester mit dem Frieden verknüpft hat. Das hat es glänzend durch sein Verhalten bei dem boulangistischen Abenteuer bewiesen, damals, als Herr General Dum-Bunt, um kaum lumpige 20 Kandidaten mit Brot zu versorgen, seinen großen Raffelsäbel einstecken und urbi et orbi wiederholen mußte: „Den Krieg? Ich will keinen Krieg.“

Die Wölfe, welche das journalistische Geschrei und Gekreische herausgeblasen hat, wird sich ganz von selbst wieder verzehren und das in kurzer Zeit, besonders, wenn die Arbeiterscharen auf beiden Seiten der Vogesen, wie es ihre Pflicht und ihr einziger Vortheil ist, unentwegt zu einander stehen und unablässig die Verbrüderung aller Arbeiter und aller Sozialisten jenen veruneimenden und chauvinistischen Mandatären ihrer beiderseitigen Regierungen entgegen halten.

Die Fortschritte unserer Partei können dieses für die Emanzipation der arbeitenden Klassen unentbehrliche Resultat nur beschleunigen und fördern. Und jeden Tag erobern wir neues Terrain.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. März.

Der Eisenbahn-Stat beschäftigte den Reichstag in der heutigen Sitzung noch einige Stunden. Auf Anregung des Grafen Stolberg-Wernigerode unterhielt man sich über die Zweckmäßigkeit einer einheit-

Begleitung ihres Bruders unschuldig war, aber sie vermochte es nicht, Ambros zu erwähnen. Diese wußte es übrigens durch eine Bemerkung aus David Fenschler heraus zu locken, wie sie zu der Gesellschaft ihres Bruders gekommen waren. Stasi athmete sichtbar erleichtert auf und fortan war es ihr, als ob Lise ihre Schwester wäre.

Als sie mit den Vorausgegangenen vor dem kleinen Wirthshaus von Ralfrad zusammentrafen, lud Ambros Alle zu einem Trunk Wein ein, während Jerg seinen Schweisfuchz wieder zu Gang brächte. Stasi aber sagte hastig: „Ach nein, wir müssen nach Hause.“ und zupfte den Ohm an der Zoppe Lise kam ihr zu Hilfe, indem sie ihr die Hand reichte und sagte:

„Du hast Recht, Kind, die Nachbarin, die Deine Mutter in Obhut genommen hat, wird wohl schon sehnlichst auf Dich warten. Komm gut nach Hause!“

„Unfinn! Hat sie so lange erwartet, kann sie auch noch länger warten,“ rief Ambros mit zusammengezogenen Brauen.

Stasi zog aber den Ohm mit sich fort. Sie beschleunigte ihren Schritt, es war, als ob sie flöhe. Erst nachdem sie den Höhepunkt des Berges erreicht hatte und Ralfrad hinter ihr versunken war, nahm sie wieder auf den schlafenden Gang Davids Rücksicht. Nun schwang sich die Straße nach Osten herum und zu Füßen der beiden Wanderer lag das Bialthal, zu dessen Sohle der Weg mit mancher Keck hinabstieg. Frei schweifte der Blick über das Anfangs schmal eingeschnittene Thal bis zu den Dolomiten, die sich im fernen Osten koulissenartig in den Vonnwald hineinzu-schieben schienen. Von dort her kam der Bialbach an Mühlen und kleinen Weilern, über deren graue Dächer Obstbäume und einzelne Almen ihr Gezweig breiteten, vorübergezogen, entlang dem mit prächtigen Tannen bestandenen Berggründen, der das Bialthal im Süden von dem Gader-Thai scheidet. Links schaute das feste Haus von Asch, die stattliche Dehanei sammt der schönen Kirche von Emeberg oder

lichen Eisenbahnzeit für Deutschland. Es läßt sich sehr viel für und wider sagen; so offenbar auch die Vortheile einer Einheitlichkeit der Eisenbahnzeit sind, so entstehen doch andererseits auch vielerlei Nachteile aus dem Unterschied zwischen der Lokzeit und der Eisenbahnzeit. Inbezug die Vortheile scheinen doch überzuwiegen, und das Haus nahm es mit Genehmigung auf, als der Direktor des Reichs-Eisenbahn-Amtes die Absicht der Regierung, einheitliche Eisenbahnzeit einzuführen, verkündigte. Etwas lebhafter wurde die Besprechung der Kohlentarif-Frage, die von dem Abgeordneten Richter auf Tapet gebracht wurde.

Die Herren Kohlenbarone haben bekanntlich für Senbungen ins Ausland außerordentliche Transportvergünstigungen, die doch nur auf Kosten der deutschen Steuerzahler gewährt werden können. Obgleich diese Frage mit der der Kohlenringe organisch verflochten ist, so wurden diese doch nur ganz flüchtig gestreift. Herr Hammacher, als Vertreter der Grubenbesitzer-Interessen, meinte, die „Kohlennoth“ sei durch den Kohlenarbeiter-Streik des Jahres 1889 veranlaßt worden. Wenn wir nicht sehr irren, war Herr Hammacher bezüglich dieses Streiks früher anderer Meinung als jetzt; wenigstens glauben wir uns zu entsinnen, daß er damals den Arbeitern im Wesentlichen Recht gab. Jedenfalls war er einer der freiwilligen Vermittler, die eine Beilegung des Streiks erstrebten. Und er war in dieser Eigenschaft genöthigt, den Herren Grubenbesitzern so nachdrücklich entgegenzutreten, daß er bei ihnen in Ungnade fiel. Kein Zweifel, der Kohlenarbeiter-Streik hat die Preise empor getrieben, aber dies lag im Interesse der Grubenbesitzer, durch deren Bedrückungen die Arbeiter zum Streik gezwungen wurden. Sonach sind es die Herren Grubenbesitzer, welche an der Kohlennoth schuld sind. Beiläufig sehen diese Herren bis auf den heutigen Tag noch die alten Praktiken fort; sie machen jeden friedlichen Verkehr mit den Arbeitern unmöglich und verbreiten systematisch Gerüchte von bevorstehenden Streiks — was selbstverständlich die Wirkung hat, die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben und die Profite der Herren Grubenbesitzer zu vermehren.

Als der Marine-Stat zur Verhandlung kam, war die Zeit schon so vorgerückt, daß Niemand mehr Lust hatte, die „große Seeschlacht“ um den famosen Marine-Zukunftspfad zu beginnen. Man schämte sich ein wenig — ein Antrag des Herrn Windthorst, die Konsequenzen des neulichen Beschlusses, betreffs der Unteroffiziers-Prämien, auch für die Marine zu prüfen und zu diesem Behuf 9000 M. zu bewilligen, erweckte mehr Heiterkeit als Widerstand und wurde ohne Kampf angenommen, worauf das Haus sich bis morgen vertagte.

Einem schnurrigen Grund für die Beibehaltung der Kornzölle hat die „Kreuz-Ztg.“ entdeckt. Sie schwingt — nach Art der Reichsanzeiger a. D. und l. D. „den rothen Lappen“ und meint, wenn der Staat die Bauern durch Aufgeben der Kornzölle unzufrieden mache, dann werde „das Land“ auf das die Sozialdemokraten jetzt ihre begehrlichen Augen geworfen haben, für die Sache der Ordnung verloren gehen.

Die „Kreuz-Ztg.“ vergißt, daß die Zahl der Bauern, die von den Kornzöllen Vortheile haben, eine verschwindend kleine ist; und sie bemerkt in ihrer Herzensinnigkeit gar nicht, daß sie „ihren“ Bauern, indem sie sagt, dieselben hielten nur um niedrigen persönlichen Profits halber an der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung fest, ein sehr zweifelhaftes Kompliment macht. Es ist überhaupt eigentümlich, welche große Rolle in dieser, sich für „ritterlich“ und „nobel“ par excellencen ausgebenden Junterpartei die „gemeinen“ plebejischen Geldfragen: Schnapsprämien, Zuckerprämien, Kornzölle, Fleischzölle u. spielen. Und wir begreifen wirklich nicht, wie die Herren Junter bei so eminent „jüdischen“ Geschäftsliebhabereien so grimmige Judensprecher sein können. Selbstkritik pflegt doch sonst ihre Sache nicht zu sein.

Die „Magdeburger Zeitung“ meint, wenn wir die Reden Caprivi's als eine „Reklame“ für die Sozialdemokratie“ bezeichnen hätten, so sei uns das nicht vom Herzen gekommen, in Wirklichkeit seien uns diese Reden sehr unangenehm gewesen — es entspreche aber der jetzigen Taktik der Sozialdemokratie, sich möglichst harmlos hinzustellen. Das Spießbürger-Organ irrt sich; die Erklärung des Herrn Reichsanzeigers, die Regierung betrachte die Sozialdemokraten als ihre einzigen ernsthaften Gegner, und sie brauche eine 1000-Markprämie für die Unteroffiziere,

Pieve da Marò, weiter hin das halb unter Laub begrabene Kirchlein von Hof auf das Thal hinunter, dessen grüne Abhänge mit einzelnen Gehöften und braunen Hüttengruppen überstreut waren. Hedengänge durchzogen die abschüssigen Felder und von dem Banuwalde her grüßte der Kirchturm von St. Bigil. Von dem Sanften und Lieblichen ward der Blick allmählig zum Großartigen überleitet, und Stasi's braune Augen leuchteten über die Hüften, Dörfer, Felder und Kirchen, über die Höhen mit ihren Tannen- und Lärchenwäldern und blieben an den mächtigen Felsen im Hintergrunde haften, welche die Nachmittagssonne in durchscheinenden Labaster mit weichen, blauen Schatten verwanandelte. Wunderliche Gestalten waren es, welche das Spiel der Einbildungskraft herausforderten. Da schimmerte die mächtige, nackte Schäbeldede des Kreuzkofls, dessen Fuß im Gaderthal wurzelt, neben der Doppelwölbung des Bz Barcs und dahinter stemmte die Eisengabel ihre braunen Klippen der grünen Brandung des Waldes entgegen. Gemüder streckten sich drei steinerne Riesensinger, die in der Sonne von Gold schienen, zum blauen Himmel, und der Bz Peres daneben mit seinem langherabwallenden Tannenbart würde Stasi an Michel Angelo's Moses erinnert haben, wenn sie von diesem Gebilde etwas gewußt hätte. Neben dem sinnenden Moses trat stolz wie ein König der Paraticha hervor und zwischen ihnen schien sich schäumend ein Sturzbach in den Banuwald zu ergießen. Es war eine Mue, deren so viele von den Felsen niedergegangen sind und den Wald in der Tiefe durchdringen haben. Weiter hin, bis zu dem im bläulichen Dufte verdämmerten Col de Rü, erstreckte sich die steile Wand des Monte Sella, dessen Gipfel Burgen und unmauerten Städten gleichen, und der röhliche Stein, von der Sonne durchglüht, ließ sie in brennende Abendröthe getaucht erscheinen.

David hatte sich auf einem Stein am Wege niedergelassen und harrete geduldig, bis seine Nichte sich an ihrem Heimathale satt gesehen. Sie stand in dem Anblick ver-

um diesen Gegnern gemacht zu sein, ist in der That von uns als eine unwillkürliche Schmeichelei aufgefaßt worden. Das Beständniß, welches in dieser Erklärung lag, hat uns nur höchlich befriedigen können. Da es nicht unsere Absicht ist, eine „Strafenschlacht“ herbeizuführen, und wir auch zu gut organisiert sind, um zu einer gezwungen werden zu können, so bleibt uns aus jenem Beständniß bloß die Thatsache, daß die Regierung es sich nicht zutraut, der sozialdemokratischen Bewegung „mit geistigen Waffen“, oder wenigstens ohne Blutvergießen Herr zu werden. Und daß ein solches Beständniß mit Genehmigung erfüllt, werden selbst die Gelehrten der „Magdeburger Zeitung“ bei einigem Nachdenken uns zugeben müssen.

In der Budgetkommission wurden bekanntlich die exorbitanten Pläne des Herrn v. Hollmann mit übergroßer Majorität verurtheilt; wie es sich nun auf dem letzten parlamentarischen Diner, dem der Kaiser beizuohnte, herausgestellt hat, vertrat Herr von Hollmann die Pläne des Kaisers, der sich den Abgeordneten gegenüber sehr entschieden für die Vergrößerung der Marine ausgesprochen hat. Wir sind begierig, wie die persönlichen Besprechungen des Kaisers mit Herrn Windthorst und anderen Parlamentariern in den heute beginnenden Verhandlungen über den Marine-Stat wirken werden. Vielleicht bewilligt Herr Windthorst und die Konservativen doch noch die fünf Schiffe.

Ueber den Umfang der Gefangenearbeit erfahren wir durch einen amtlichen Bericht des preussischen Ministeriums des Innern, daß im Etatsjahre 1888—89 in den preussischen Gefängnissen 17 111 Personen gegen Lohn für gewerbliche Unternehmer beschäftigt waren, und zwar im Handwerk im Ganzen 4606 Männer, darunter: 1334 als Tischler, 1162 als Schuhmacher, 971 als Weber, 657 als Schneider, 420 als Schlosser, 66 sonstige Handwerker; im Fabrikbetrieb im Ganzen 8650 Männer, darunter: 1950 als Zigarrenarbeiter, 978 als Maschinenstricker, 930 als Bürstenmacher, 909 als Korbmacher, 999 als Buchbinder in der Stuis- u. Macherie. — Was die Frauen betrifft, so waren davon als Fabrikarbeiterinnen beschäftigt: 378 in der Weberei, 400 im Zigarrenmachen, 128 im Stricken und 182 in der Herstellung von Federn und Blumen.

Die gestrigen Wahlen zum österreichischen Abgeordnetenhaus sind nicht bedeutungslos für unsere auswärtige Politik, speziell für die Tripel-Alliance, denn der gewaltige Sieg der Jungtschechen über die Alttschechen, welche aus einer maßgebenden Partei zu einer bedeutungslosen Gruppe herabgesunken sind, bringt in das österreichische Parlament eine Partei, welche alles Deutsche und vor allem das Bündniß mit Deutschland haßt und an Stelle desselben ein gutes Einvernehmen mit Rußland setzen will. Wird diese Verschiebung auch keine Aenderung der auswärtigen Politik Oesterreichs veranlassen, so muß sie doch als bemerkenswerthes Symptom der Lage verzeichnet werden. Andererseits entbehrt der Sieg der Jungtschechen auch nicht eines erfreulichen Juges, daß diese Partei gewillt ist, für das allgemeine Wahlrecht, größere Versammlungs- und Pressefreiheit einzutreten.

Bei den Generalkath-Wahlen in Cetta im französischen Departement Héranlt wurde der Kandidat unserer Partei, der Marquis Henri Combes, mit der größten Stimmenzahl gewählt.

Acht Tage ist es her, da fanden zur selben Zeit, als Basky, früherer Bergarbeiter und Abgeordneter, in Bas de Calais mit fast 9000 Stimmen zum Abgeordneten wiedergewählt wurde, in der ganzen Umgegend des Departements l'Allier die Wahlen der Bergarbeiter-Delegirten statt. Wir blieben Sieger auf der ganzen Linie! Unsere zwölf Kandidaten kamen durch und vereinigten auf sich sämtliche Stimmen außer 192!

Das ist ein gutes Zeichen für den nationalen Bergarbeiter-Kongreß, der in Comtentry, im Departement l'Allier, am 5. März eröffnet werden wird und auf dessen Tagesordnung steht: Verkürzung des Arbeitstags auf acht Stunden, — die Reisezeit, — der internationale Kongreß u. s. w.

Die belgische Verfassungsfrage führt zu einer Reihe von Konflikten; so ist einer zwischen der Regierung und dem Brüsseler Bürgermeister wegen der Polizeihohheit ausgebrochen. Eine Depesche meldet hierüber:

„Ein schwerer Konflikt ist zwischen dem Bürgermeister Bull und der Regierung ausgebrochen. Die Regierung wollte den

sinken mit gefalteten Händen, bis das Rasseln eines Wagens sie aufschreckte. Sie warf einen schenen Blick auf das Fuhrwerk. Ambros war nicht darauf. Wer vermöchte auch dessen Sinn zu beugen? Als er dem Wagen nachfolgte, fand er David allein am Wege stehend.

„Ja, ich weiß nicht“, erklärte der Alte, indem er sich mühsam erhob, „Deine Schwester hat die Stasi mitgenommen. Sie war freilich auch müd genug.“

Ambros biß die Zähne zusammen.

„Das arme Ding“, fuhr David, neben dem Burschen sich weiterziehend, fort, „schon um drei Uhr Morgens sind wir von Hause aufgebrochen, um die Messe in St. Lorenzen nicht zu verspäten.“

Ambros zerrte stumm an seinem Schnurrbart und David begann wieder an seinem Rosenkranz zu fingern.

„So laß doch, zum Teufel, das ewige Beten“, fuhr ihn der Bursche wüthend an.

Der Alte öffnete im Schrecken seine wasserblauen Augen so weit wie möglich. Aber er unterließ das Beten. Die Wandererschaft wurde dadurch nicht unterhaltender, denn David Fenschler war in dem Kloster stumpf geworden und rührte Nichts zu reden, und Ambros mochte in seinem Verdruß nicht den Mund aufthun.

### Zweites Kapitel.

Der Klosterhof bildete den stattlichsten Anst in dem ganzen Bialthale. Wo dieses gegen Norden sich erweitert und ausdehnt, lag er auf einem Hügel mitten unter seinen Wiesen und Feldern, die sich sanft gegen den Bialbach hinabstieften. Gleich einem Diadem von Smaragden dessen mittelteser Jüwel das Spitzbünd bildete, erhoben sich hinter dem Klosterhofe die waldbereichen Berge, und ihm zu Füßen drängten sich die grauen Häuser und Schindeldächer des kleinen Fleckens Montban eng an dem Bache zusammen. Bei dem Weiler zweigte sich von der Heerstraße, die in einem weiten Bogen weiter nach dem eine gute Viertelstunde ent-

Bürgermeister verpflichten, Kundgebungen auf den Straßen zu unterlassen, wenn solche ihr geübt. Der Bürgermeister antwortete, die Kommunalpolizei sei ihm unterstellt, die Regierung habe nur dann zu intervenieren, wenn Ausschreitungen vorkämen, welche die Gemeindepolizei nicht zu unterdrücken vermöge. Dals weigert sich, sich der Regierung zu unterwerfen, welche besondere Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung der Ruhe treffen zu wollen scheint. Die Regierung hat dem Bürgermeister erklärt, er sei nur ihr Agent und habe nur ihre Befehle, ohne über sie zu diskutieren, auszuführen. Der Gemeinderath ist einberufen worden, um sich mit dieser Angelegenheit, bei der das Prinzip der Autonomie der Gemeinde in Frage steht, zu befassen. —

Ueber einen Anarchistenprozess in Rom brachten die Bourgeoisblätter in den letzten Tagen ausführliche Berichte mit obligater Entrüstung. Wir nahmen von der Sache keine Notiz, weil wir hinter dem Prozesse Polizei-mache vermuteten. Dieser Meinung schienen sich auch die Richter angeschlossen zu haben, denn sie sprachen die Angeklagten Canzoni und Genossen gestern frei. —

In dem amerikanischen Staate Kansas ist ein Eisenbahnarbeiter-Schutzgesetz von der Legislatur angenommen worden. Dasselbe hat leider nicht Aussicht, in Kraft zu treten, da im Senat dieses Staates für das Gesetz keine Majorität vorhanden ist. Wegen der Wichtigkeit der Gesetzesmaterie theilen wir aber doch einige Bestimmungen desselben mit: —

Sektion 1 der Bill bestimmt, daß die staatlichen Eisenbahn-Kommissäre (die vom Volke erwählt werden) den gesetzlichen Arbeitstag von Konduktoren, Abfertigungsbeamten, Lokomotivführern, Heizern, Bremsern und anderen Eisenbahn-Bediensteten festzustellen haben, der aber unter keinen Umständen länger als zehn Stunden sein soll. In Sektion 2 wird gesagt, daß kein bei Beförderung von Personen oder Frachten beschäftigter Arbeiter mehr als 16 Stunden unter 24 beschäftigt werden darf (Vergl. Sekt. 5 der Bill); er soll auch noch je acht Stunden eine (nicht festgesetzte) Ruhepause haben. Verletzungen dieses Gesetzes werden beim Arbeiter mit 10 bis 20 Dollars Buße für jedes Vergehen bestraft und er kann außerdem von der Staats-Eisenbahn-Kommission aus dem Dienst entfernt werden. Die Eisenbahngesellschaft ist außer der Geldstrafe auch verantwortlich für allen Schaden, welcher durch Unglücksfälle entsteht, die durch Unfähigkeit überarbeiteter Angestellter herbeigeführt werden und zwar in solcher Weise, als ob böshafte Schädigung vorliege.

Sektion 5 bestimmt: Die Saläre und Löhne aller Beamten, Agenten, Abfertigungsbeamten, Konduktoren, Heizer, Bremsen, Sektionsleute, Werkstättenarbeiter und andere in der Verwaltung und im Betriebe der Eisenbahnen dieses Landes beschäftigten Personen sollen vom Rath der Staats-Eisenbahn-Kommission festgestellt werden und sollen in allen Fällen so angemessen (reasonable) und genügend im Betrag sein, so daß die Angestellten in der Lage sind, sich selbst und ihre Familien anständig und komfortabel zu unterhalten, ohne durch die Nothwendigkeit gezwungen zu sein, mehr als zehn Stunden innerhalb eines Tages von 24 Stunden oder mehr als sechs Tage in einer Woche von sieben Tagen zu arbeiten.

Sektion 6 schreibt vor, daß die Löhne aller Angestellten in jeder Stadt, welche die betreffende Bahn berührt, in einer verbreiteten Zeitung monatlich bekannt gemacht und in den Jahresberichten der Eisenbahn-Kommissäre tabellarisch geordnet werden müssen. Sektion 7 schreibt vor, daß die Kommissäre, welche die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht in angemessener und gerechter Weise zur Durchführung bringen, gemäß den Staatsgesetzen bestraft werden sollen. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten.

Die Kansaser Gesetzgebung hat ferner nahezu einstimmig eine Bill angenommen, die Unternehmern, Kompagnien zc. verbietet, benachtheiligte Macht zu halten, während ein Streik im Gange ist.

Die indische Regierung hat auf Antrieb der öffentlichen Meinung in England eine Enquete über die Arbeiterverhältnisse in Indien veranstaltet, als deren Ergebnis nunmehr der Bericht der Fabriks-Kommission vorliegt, aus welchem der „Arbeiterschutz“ folgende Hauptpunkte heraushebt: 1. Die bereits bestehende Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen auf elf Stunden täglich wird als genügend erachtet. Die Arbeiterinnen selber wünschen keine weitere Abkürzung der der Arbeit gewidmeten Zeit und haben sich vielfach gegen die Bemühungen der Behörden in

diese Angelegenheit ausgesprochen. 2. Die Kommission spricht sich gegen die Schaffung einer neuen Schutzkategorie im Arbeiterschutz-Gesetz für Nichterwachsene aus und befürwortet die Dinauffhebung der Minimal-Altersgrenze der zur elbständigen Fabrikarbeit berechtigten Kinder auf das vierzehnte Jahr. 3. Die Kommission hält, mit Ausnahme des Schichtwechsels, bei Kindern eine neunstündige Arbeitsdauer für zu lang, dagegen könnten neun Stunden Kinderarbeit an vier Tagen, also 36 Stunden per Woche, wie dieselbe in der Praxis schon heute in den bengalischen Fabriketablissemens eingeführt ist, nicht als Arbeitsüberbürdung angesehen werden, ja man könnte bis zu 54 Stunden wöchentlich gehen; jede Aenderung müßte übrigens zu einer Reduktion der Löhne führen. Außerhalb des Schichtsystems sollten die Kinder nicht mehr als 6 1/4 Stunden per Tag beschäftigt werden. 4. Frauen und Kinder sollen einen freien Tag in der Woche haben, ebenso die Jünglinge, dort wo eine ununterbrochene Produktion nicht unbedingt nöthig ist.

So wenig wir den Ergebnissen dieser Enquete beistimmen können, so sehr ist sie doch ein Beweis, daß die kapitalistische Produktionsweise überall zu den gleichen Wirkungen und zu ähnlichen gesetzgeberischen Maßregeln führen muß. —

In Sidney — Australien — ist am Dienstag die Föderations-Konvention eröffnet worden — das heißt ein Kongreß von Delegirten der verschiedenen australischen Staaten, zum Zweck einer Verbindung sämmtlicher australischen Staaten. Es ist hiermit der Anfang gemacht mit der Gründung der Vereinigten Staaten Australiens, die sich wie weiland die Vereinigten Staaten Mexikas, naturgemäß von dem Mutterland England los trennen werden. In England sieht man dieser Eventualität mit großer Gemüthsruhe entgegen — ebenso wie der bevorstehenden Los-trennung von Kanada, dessen Anschluß an die Vereinigten Staaten nur eine Frage der Zeit ist. Beiläufig hat England von der Republik der Vereinigten Staaten Nordamerikas weit mehr materielle Vortheile, als es gehabt haben würde, wenn die amerikanischen Kolonien im alten Abhängigkeits-Verhältnis, das ihren wirtschaftlichen Aufschwung hemmte, geblieben wären. —

### Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Brenzlan. Auch hier beginnt die Sozialdemokratie sich kräftig zu regen und durch unermüdete Agitation sich immer neue Anhänger zu erwerben. Die Genossen haben allerdings einen äußerst schwierigen Stand, da einmal zu viele Arbeiter indifferent sind, und andererseits die Unternehmer einen zu großen Einfluß ausüben. Trotzdem ist es aber gelungen, einen sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsverein zu gründen, der seit der kurzen Zeit seines Bestehens schon 133 Mitglieder zählt. Der Arbeiter-Bildungsverein thut nun alles Mögliche, um in Mitglieder-Veranstaltungen die Mitglieder und in öffentlichen Versammlungen sämmtliche Besucher derselben aufzuklären, und hat deshalb beschlossen, alle 6 Wochen eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Die neueste öffentliche Versammlung des Vereins fand am Montag, den 2. März, statt. Das Referat hatte Genosse Reichling aus Berlin gehalten, der über das Thema „Die Sozialdemokratie“ sprach. In der Diskussion sollten nur Gegner zum Worte zugelassen werden. Man waren zahlreiche Vertreter der Bourgeoisie anwesend, die offenbar mit der Absicht erschienen waren, dem Referenten entgegenzutreten. Aber trotz der wiederholten Aufforderung des Vorsitzenden schwiegen alle. In einer Pause von 15 Minuten ließen sich 17 neue Mitglieder aufnehmen. Unter „Verschiedenem“ wurden die Genossen durch eine Resolution aufgefordert, nur in dem Vereinslokal „Ziegenfeld“ ihr Bier zu trinken, da dessen Saal allein zu Versammlungen zu haben sei. Hierauf wurde die zahlreich besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Forst. Eine furchtbare Gefahr ist am vorigen Sonntag für die hiesige Sozialdemokratie entstanden. Zweifellos ist die letztere nunmehr dem Untergang geweiht. Die Katastrophe ist nicht unerwartet eingetreten, Befürchtungen wurden schon längst gehehrt; aber man glaubte die Gefahr noch nicht so nahe. Nun ist die Bescheerung da. In voriger Woche ist nämlich hier ein freisinniger — ohne Scherz, ein wirklich freisinniger — Arbeiterverein gegründet worden, der sich dem weiteren Vordringen der Sozialdemokratie als ein mächtiger Damm entgegenwerfen soll. Zwar sind es vorerst nur ca. 60 Mann, die hebenmüthig den Kampf aufzunehmen sich entschlossen haben, dafür sind es aber auch Namen von gutem Klang, und der Verein dürfte um so eher geeignet sein, manhaft für die Arbeiterinteressen einzutreten, als

räumigen Stallungen für die Kinder, die auf der Ann Sommeren, erwiesen sich in gutem Zustande, wie auch das große Wohnhaus, dessen unterstes Stockwerk massiv war. Die Kalksteinmauern waren außerordentlich dick, zum Schutz gegen die Strenge des langen Winters; denn das Wigalthal liegt sehr hoch, höher als der Broden. Die Fenster mit ihren kleinen runden und edigen Scheiben, die in Blei gefaßt waren, lagen tief in der Mauer und Goldlack, Kefeba und Nelken blühten in den Nischen. Das obere Stockwerk war aus starken Balken geüßt und hatte ein nach allen Seiten weit vorspringendes Dach, unter dem sich auf der Südseite eine Galerie oder Laube hingog, deren Geländer und Pfeiler gleich den Dachfirten auf den Giebelseiten mit Schnitzwerk verziert waren. Die Schüttereie war zwar roh aber nach gutem Muster angeführt. Der Vorplatz vor der Hausthür, zu der man auf acht bis zehn Stufen hinaufstieg, umgab eine Steineinfassung von durchbrochener Arbeit und ein Kreuzgewölbe, das auf gemauerten Pfeilern ruhte, überdeckte ihn.

Als Kaiser Joseph II. zur Regierung gelangt war, hatten die frommen Frauen von Sonnenburg dem drohenden Sturm gegen diejenigen Klöster, die keinen gemeinnützigen Zweck dienten, dadurch vorbeugen gesucht, daß sie von ihrem mehr als fürstlich großen Grundbesitz unter der Hand soviel als möglich veräußerten. Geld und Wertpapiere waren leicht in Sicherheit zu bringen, aber Grund und Boden konnte man nicht an den Fersen mitnehmen. Damals war denn auch der Klosterhof in erbliches Eigenthum des derzeitigen Kaisers verwandelt worden. Er hatte den halben Betrag der Kaufsumme baar erlegt und die andere Hälfte war auf den Hof hypothekarisch eingetragen worden. Das war unter dem Vater des jetzigen Klosterbauers, Joseph Falkner, zu Stande gebracht worden.

(Fortsetzung folgt.)

vor Allen die Zeitung nicht den ungeschickten Händen von Leitern selbst, sondern der sicheren und bewährten Zeitung v. A. Koch-Verlagern und anderen Leuten — sogar ein Fabrikant sitzt mit im Vorstand — anvertraut ist. Nachdem in der vergangenen Woche hier Zirkulare versandt wurden, fand am vergangenen Sonntag die konstituirende Versammlung statt. Der Redakteur des „Kottb. Anz.“ zeigte in einflussreicher Rede die besten Wege, auf welchen die Arbeiter in politische und wirtschaftliche Verbesserung hineinlaufen und sich nachführen lassen können. Und Beifall lobte seine Rede. Die ausgearbeiteten Listen wurden mit 60 zum Beitritt verpflichtenden Unterschriften bedeckt. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Maschinenführer Görlig (Vorsitzender), Handelsmann Dreßler (Stellvertreter), Magazinverwalter Ad. Schulz (Schriftführer), Tuchmacher Hermann Teubert (Kassen- und Rechnungsführer), Kaufmann Fritz Müdiger und Seifenfabrikant Paul Allerd (Beisitzer). „Möge er ein hartes Bollwerk gegen die umstürzlerischen Bestrebungen werden!“ rief begeistert die „Forster Zig.“

Schwerin. „Wider die Sozialdemokraten!“ Das ist der Schlachtruf, der in den verschiedensten Variationen allüberall jetzt erschallt. Auch unsere Mäcker regen sich, um gegen den gefährlichsten Feind zu Felde zu ziehen. Das große Wächthum der Sozialdemokraten, wie es sich bei der letzten Reichstagswahl auch in Mecklenburg kundgegeben, hat namentlich die Besorgniß unserer Frommen im Lande erregt, und es sind daher von hier aus vielfach Mittel und Wege angegeben, durch die sich die Kirche an dem Kampfe gegen die Sozialisten zu betheiligen habe. Neuerdings erörterte auf einer kirchlichen Konferenz in Wittenberg Pastor Karsten-Vellahn die Frage: In welcher Weise haben sich unsere Kirchengemeinden an dem Kampfe wider die Sozialdemokratie zu betheiligen, und wie ist diese Betheiligung zu erreichen? Der Herr Pastor empfahl, christliche Hausväter-Vereine zu gründen, wie er selbst das schon in seiner Gemeinde gethan, das sei das beste Schutzmittel gegen die Ausbreitung des Sozialismus auf dem Lande. Nicht bloß die Pastoren müßten den Kampf gegen die Sozialdemokratie unternehmen, sondern auch die Gemeinden. Deren bemühte Mitglieder müßten sich in der der Kirche zur Zeit obliegenden Nothwehr gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen und christliche Gemeinschaft pflegen.

Die „christlichen Hausvätervereine“ werden sichtlich der Sozialdemokratie den Garaus machen, daran ist gar nicht zu zweifeln. — Das ist aber nicht Alles, was an weltanschaulichen Begebenheiten aus Mecklenburg zu berichten ist. Vor einiger Zeit tagte hier selbst eine Kommission hervorragender Kirchen- und Schulmänner, um über eine Herabminderung des religiösen Memorirtruffs für die Jugend zu berathen. Ueber das Ergebnis der Beratungen theilt der „Kottb. Anz.“ mit, daß die Kommission den überaus wichtigen Beschluß gefaßt hat: Es genüge für die ganze Schulzeit, wenn die Schüler den Lutherischen Katechismus, ferner 29 Gesänge und 182 Bibelsprüche auswendig müßten. — Es zeugt sicher von einer ziemlich gewissenhaften Berathung und Erwägung, wenn die Kommission schließlich zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß nicht etwa 80, sondern schon 29 Gesänge genügen, andererseits aber mit 181 Bibelsprüchen absolut nicht auszukommen sei, sondern deren 182 erforderlich wären. Und da sage noch Einer, daß man nicht fort und fort mit Feuerreifer bestrebt wäre, das Volkwohl und die Volksbildung zu fördern.

### Soziale Ueberblick.

An die Metallarbeiter Berlins und Umgegend! Kollegen! Der Ende Mai v. J. stattgefundene allgemeine deutsche Metall-Arbeiter-Kongreß zu Weimar beschloß: Um die durch die unbedingten Uebergriffe des Unternehmertums eintretenden Streiks resp. Ausperrungen kräftig unterstützen zu können und um zu einer durchgreifenden Agitation unter den deutschen Metallarbeitern genügende Mittel zu besitzen, ist die Aufbringung eines Unterstützungsfonds resp. Agitationsfonds erforderlich.

Da sich nun bei dem bisherigen (Witten-) System zur Aufbringung von Geldern zu oben bezeichneten Zwecken verschiedene Uebelstände eingeschlichen hatten, und es auch als unbedingt nothwendig erachtet wurde, daß alle die gesammelten Gelder an einer Stelle zusammenfließen, damit von hier aus eine gerechtere Vertheilung stattfinden kann, brachten die Vertrauensmänner Deutschlands das Karten- und Marken-system zur Einführung. Leider muß jedoch konstatiert werden, daß bis jetzt nennenswerthe Erfolge damit nicht erzielt worden sind, was um so bedenklicher ist, als gerade jetzt von allen Seiten Ansprüche an den Unterstützungsfonds erhoben werden, und auch mit der Agitation in den Provinzen begonnen werden sollte. Wenn auch zugegeben werden muß, daß es bei der gegenwärtigen Geschäftslage schwer hält, Geldmittel aufzubringen, es auch natürlich erscheint, daß nach den großen Opfern der Hamburger Ausperrungen im vorigen Sommer eine Erschlaffung eintrat, so kann doch die anhaltende Lethargie damit nicht begründet werden. Die jetzigen Kämpfe in Hamburg und an anderen Orten sind ebenso wichtig wie die von den Unternehmern projektierte Ausperrung im Vorjahr, und wir konnten bisher sehr wenig zur Hilfeleistung beitragen.

Laut Kongreßbeschlus sind Gelder für Unterstützungsfonds und Agitationszwecke den Vertrauensmännern zuzustellen, damit ein Ueberblick über die Leistungen der Kollegen gewonnen wird. Sache der Vertrauensmänner ist es dann, eventuell Unterstützungen an die Generalkommission in Hamburg zu senden.

Ich appellire daher an das Solidaritätsgefühl aller im Eisen- und Metallgewerbe beschäftigten Kollegen und empfehle dringend das Verfaumte nachzuholen, und die bei allen Branchen Vertrauensleuten erhältlichen Marken mehr als bisher zu kaufen. Dadurch wird es uns möglich sein, den Hamburger Ausperrten zu Hilfe zu kommen und ihnen zum endlichen Siege zu verhelfen.

Kollegen! Gedenkt Euch Eurer Pflicht, bedenkt: Siegt das Unternehmertum in Hamburg, dann seid Ihr die Nächsten, denen man den Fuß in den Nacken setzt.

Mögen also die Kollegen voll und ganz ihre Schuldigkeit thun, damit wir nicht hinter anderen organisierten Arbeitern zurückbleiben. Mit kollegialen Gruß H. P. v. O. D., Vertrauensmann der Eisen- und Metallarbeiter der Provinzen Brandenburg und Pommern, Berlin SW., Wilhelmstr. 15.

### Versammlungen.

Die Filiale VII. Berlin SW. der Maler und verwandten Berufs-genossen hielt am 23. Februar eine Versammlung ab. Koll. Link hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Das Handwerk in der Vergangenheit und jetzt.“ An der Diskussion betheiligte sich ein Kollege. Im „Verschiedenem“ werden von mehreren Rednern die vorhandenen Uebelstände vor Augen geführt, u. A. die Handhabung der Versicherungsarten. Zum Schluß fordert der Bevollmächtigte zur Agitation sowie zu regerer Betheiligung an den Versammlungen auf.

In dem Bericht über die Versammlung aller Künstler und im Fahrwesen beschäftigten Arbeiter ist nachzutragen, daß eine Resolution angenommen wurde, welche besagte, den Ueberfluß der Zellerfassung den ausgeperrten Tabak-Arbeitern Hamburgs zu überweisen. Leider muß konstatiert werden, daß kein Ueberfluß, sondern ein Defizit von 7 Mark sich herausgestellt hat. Ferner ist der Name eines Kollegen, der in die Kommission gewählt wurde, falsch angegeben. Der Kollege heißt nicht Bogawool, sondern Bogawowski.

fernten St. Wigil, dem Hauptorte des Thales, führte, ein schmaler Weg aufwärts zum Klosterhofe ab. Dieser zwischen den Feldern wie verunkelter Weg trennte die Wirthschafts-Gebäude, welche ein längliches offenes Viereck bildeten, von dem etwas vorgeschobenen Wohnhause, dessen Eingang sich auf der dem Epithorndel zurückgekehrten Nordseite befand. Der Klosterhof hieß der Anstalt, weil zur Zeit, als das Wigalthal noch dem reichen Frauenkloster Sonnenburg im Bisthume hiesiger hier ein Maier desselben gewirhtet. Als besondere Pflicht hatte demselben obgelegen, für die tägliche Lebensnahrung der Frau Aelstissin von Sonnenburg und ihrer Begleiterschaft zu sorgen, wam sie ihre Sommerfrische in St. Wigil hielt. Das große steinerne Haus bei der Kirche daselbst, in dem sich zur Zeit das Landgericht und Steueramt befanden, war die Sommerresidenz der Klosterfrauen gewesen und daher die hohe Mauer, die Hofraum und Garten nach außen abschloß. Für die Lebenslust der frommen Frauen war die Mauer jedoch kein Hinderniß gewesen, und man erzählt, daß sich das Thor stets gastfreundlich aufgethan, so oft die Ritter von Braak, deren Stammburg Aich, unweit der Enneberger Dechanet, mit ihren vier Erkerthürmen in das Thal hinunterstaut, oder andere werthe Freunde zum Besuche kamen. Ihre Lebenslust soll mitunter selbst dem hochwürdigsten Bischöfe von Brixen ein Schnippschen geschlagen und sogar seinem Interdikt mit dem Spieken und Schwertern ihrer getreuen Vasallen aus dem Wigalter und Gadenner Thale getrotzt haben. Von einem Herrn Franz Wilhelm von Braak weiß man zu sagen, daß es für ihn eine besondere Verlastung gewesen, von seinem festen Hause auf fahrende Mönche zu schießen, als ob es Spanen oder Meisen gewesen wären. Doch das Geschlecht derer von Braak horitet längst nicht mehr in Aich, und das Kloster Sonnenburg wurde von Kaiser Joseph II. aufgehoben.

Die Scheuern des ehemaligen Kirchenhofes und die ge-

# Theater.

Freitag, den 6. März.  
**Opernhaus.** Diarne.  
**Schauspielhaus.** Der Störenfried.  
**Festung-Theater.** Der Fall Clémenceau.  
**Berliner Theater.** Die Räuber.  
**Deutsches Theater.** Die Kinder der Götter.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Der Vogelhändler.  
**Wallner-Theater.** Miff Helgett.  
**Residenz-Theater.** Der selige Tompino.  
**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.  
**Sellekianze-Theater.** Ro Lear (König Lear).  
**Ostend-Theater.** Heinrich Heine. Vorher: Der Präsident.  
**Thomas-Theater.** Der Registrator auf Reisen.  
**Adolph Ernst-Theater.** Adam und Eva.  
**Kaufmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Grbr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

## Englischer Garten.

Direktion: C. Andross, Alexanderstraße 27a.  
 Fräulein Liri Armani, schwedische Chansonette.  
**Umberto Bozza,** Produktionen auf dem Piedestal.  
 Fräulein Lilli Nora, deutsche Kostüm-Soubrette.  
 Die berühmte **Borza-Truppe,** Parterre-Krobaten.  
 Dr. Paul Jülich, Gesangs-Humorist.  
**Kathi und Pepi Wolter,** Gesangs-Duetten.  
 Ballet-Gesellschaft **Menni,** 6 Pers. Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.  
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

## Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausbeute von Bayerischer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

## Gratweil'sche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:  
**Grosses Concert** mit Quartett-Gängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.  
 Wochentags: **Frei-Concert.** Sonntags Entrée 20 Pf.  
 Empfehle auch zugleich 3 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
 708 F. Sadtke.

## Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
**Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.**  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

## Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
**Azteken.**  
 Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.  
 Gedfn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

## Berl. Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

Täglich:  
**Alt-Berlin auf d. Bock.**  
 Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der

## Bock-Saison 1891,

verbunden mit ge. Militär-Konzert.  
 Anfang:  
 Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.  
 Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

## Welt-Restaurant.

97. Dresdenerstraße 97.  
 Täglich Auftreten der **Norddeutschen Sängers** (7 Personen) sowie der Konzert-Sängerin Fräulein **Elise König** und Geschw. **Waldmann.** Auftreten des **Herrn Runkel.**

# Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.  
 Freitag, den 6. März:  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Vorstellung**  
 Besonders hervorzuheben: Grand Batoude american, Saltomortale üb. eine Anzahl Pferde. Das Schlußstück Troubadour, ger. v. Fräulein Wilma. Reitkünstlerin Fräulein Rosa Gerard. Mr. Melas als Affenmensch. Römische Spiele mit 4 Pferden v. Adolph Schumann. Auf. Entree, Gebr. Bernand. Apportierpferd Said, vorgef. v. Fräulein Max. Römische Entree des Clowns Adolph Schumann. Monopol, russ. Napphengst, in allen Gangarten der hohen Schule geritten v. Fräulein Max Schumann.  
 Zum Schluß der Vorstellung:  
**Circus unter Wasser.**  
 Sensationelle Wasserpantomime.

**Die Marionetten**  
 oder:  
 Täuschungen in ein. Damen-Pensionat.  
 Morgen: Gr. Gala-Benefit-Vorstellung für den anerkannt besten Jockey-Reiter der Welt, **Mr. Arsène Loyal.**  
**Die Marionetten.**  
 Zirkus unter Wasser.

**Sophabezüge!**  
 Reste in Ripps, Damast, Granit, Plüsch u. dunt. Stoff. Spottbillig. Emil Lohr, Oranienstr. 158.  
 Proben franko!  
 [275]

Kautsch.-Stempel, Monogr. u. Sign. Schablonen, Inskriften. 88  
 H. Guttmann, Brunnenstr. 9.

## Geschäftshaus S. Heine.

**Chausseestraße 14**  
 Die schönsten **Kinder-Kleider** für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenschürze, Unterröcke, Trikottailen u. Blonsen** auch im Einzelverkauf sehr billig! Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!  
**Chausseestraße 14**  
 Geschäftshaus S. Heine.

## Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren.

Fabrik von **R. Jhloff,** Linienstr. 201, am Rosenthaler Thor. 153 L.

**Rohtabak A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl.** Garantiert scharf brennende **Cabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt. [746]

## Butter-Handlung

von **Bernh. Müller,** Neue Poststraße 1 empfiehlt:  
**ff. Tischbutter**  
**ff. Pfund 1 Mk.**  
**ff. Bratenjmalz Pfd. 55 Pf.**  
**Prima Sardellen Pfd. 80 Pf.**  
**Frische Eier billig!**  
**Ullersdorfer Sahnenkäse Stück 20 Pf.** (weich und gelb). 837  
**Thüringer Rühmelkäse 3 Stück 25 Pf.**

## Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise  
**Fabrik. Emil Heyn,** Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.  
**Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

## Den Mitgliedern d. Freien Vereinig. d. Graveure u. Ziseleure

zur Nachricht, daß unser Kollege, **Wilhelm Jchmann,** Ziseleur, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomastischhof aus, statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

## Danksagung.

Für die Theilnahme bei der Beerdigung meines Sohnes, unseres Bruders und Schwagers, **August Bader** den Kollegen u. Meistern der Königl. Spandauer Gewerfabrik, sowie dem Gesangsverein unseren herzlichsten Dank. [801b] **Familie Petzold. Familie Suckert.**

Herzlichen Dank für die Unterstützung während meiner Freiheitsberaubung meinen Kollegen und Genossen, **Wilhelm Schulze** nebst Familie. Charlottenburg.

## Zentral-Krankenkasse der Töpfer.

(Filiale Berlin).  
 Sonntag, den 8. März, Vorm. 11 Uhr, bei **Gratweil,** Kommandantenstr. 77/79.  
**Mitglied.-Versammlg.**

Tagesordnung:  
 1. Medizinischer Vortrag des Herrn Dr. Christeller. 818  
 2. Kassenbericht.  
 3. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

## Schriftgießer und Schrijtgieß-Hilfsarbeiterinnen.

Freitag, den 6. März, Abends 8 Uhr, im **Lokale Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75  
**Oeffentl. Versammlg.**

Tagesordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wie gedenken sich die Schriftgießerei-Hilfsarbeiterinnen zu organisiren? 4. Verschiedenes. 789b  
 Um besonders zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Theilnehmenden wird ersucht. Gäste willkommen.  
**Der Einberufer.**

## Rohrleger-Gehilfen!

Sonntag, den 8. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75.  
**Versammlung**

Tagesordnung:  
 1. Vortrag.  
 2. Diskussion.  
 3. Kassenbericht. 256/4  
 4. Verschiedenes und Fragen.  
**Der Vorstand.**

## Arbeiter-Gesang-Bereinen

halte zur Abhaltung von Festen folgende Kompositionen meines Verlags freundlichst Beachtung empfohlen:  
**Clem. Zahn: „Zuruf.“** Gedicht v. Herwegh. Part. u. St. 1 M., jede St. 15 Pf.  
**Clem. Zahn: Drei Lieder:** Georg Herwegh: Das freie Wort. Heine: Die Erleuchtung. Em. Geibel: Gondolera. Part. u. St. 2 M., jede St. 25 Pf.  
**La Marseillaise:** Deutscher Text von Rudorf. Arrangirt von G. Rirsch. Part. u. St. 1 M., jede St. 15 Pf.  
**Carl Hunger: Colle Striche.** Großes humoristisches Potpourri. Part. u. St. 2 50 M., jede St. 40 Pf.  
**J. Günther.** 297L  
 Dresden, Fiegeistraße 24.  
 Gud. u. Musikalien-Sortiment. Spezialität: Arbeiterlieder.

## Charlottenburg Freie Dissidenten-Gemeinde.

Sonntag, den 8. März, Nachm. 3 Uhr, im kleinen Saal „Bismarckhöhe“, **Wilmersdorferstr. 89.** [142/3]  
**Misereord. Generalversammlung**  
 Das Erscheinen der Mitglieder ist sehr dringend notwendig. Gäste haben Zutritt.  
**Der Vorstand.**

## Achtung!

**Clavierarbeiter und verwandte Berufsgeuossen!**  
 In der Pianoforte-Fabrik von **Mab & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zutritt ist fern zu halten.  
**Die Kommission.**  
 NB.: Sämtlichen können jeden Abend bei **Binger,** Rannysstr. 78; bei **J. Meyer,** Andreasstraße 12, und bei dem **Beitragssammler** für den Norden **W. Neumann,** Adersstr. 183, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.

**Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
 Berlin SW., Benthstraße 3.  
 Nachstehende Schriften zur Religion und Philosophie hatten wir dauernd auf Lager und sind dieselben zu den beidemerkten Preisen von uns zu beziehen.  
**Wiederverkäufer erhalten Rabatt!**  
**Bebel, A.,** Glossen zu Yves Guyot's und Sigm. Lacroix's: „Die wahre Gestalt des Christenthums“ . . . 0,15 M.  
 Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik . . . 0,10  
**Dietzen, Jos.,** Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie . . . 0,25  
**Dodel-Port,** Moses oder Darwin? 3. Aufl. . . 1,—  
**Douai, A.,** ABC des Wissens für die Denkenden. 4. Aufl. 0,15  
 — Antwort an die Bekenner des Theismus . . . 0,10  
**Dühring, E.,** Kritische Geschichte der Philosophie. 2. Aufl. 9,—  
 — Der Werth des Lebens. 2. Aufl. . . 6,—  
**Engels, Fr.,** Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassichen deutschen Philosophie . . . 0,50  
**Guyot u. Lacroix,** Die wahre Gestalt des Christenthums. 2. Aufl. . . 0,30  
**Heigl, F.,** Spaziergänge eines Arbeiter. 5. Aufl. . . 0,30  
**Jacoby, Leop.,** Die Idee der Entwicklung. 2. Aufl. 2 Bde. 3,20  
**Krasser, Fr.,** Marcellaise d. Christenthums. (100 Gr. 2 M.) 0,05  
**Lassalle, Ferd.,** Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes . . . 0,10  
**Lommel, G.,** Jesus von Nazareth. 12. Aufl. . . 0,30  
 — Johannes Huf. 7. Aufl. . . 0,25  
**Marx, Karl,** Das Geld der Philosophie . . . 3,50  
**Stern, J.,** Die Philosophie Spinoza's. brosch. 1 M., geb. 1,50  
 — Die Religion der Zukunft. 3. Aufl. . . 0,50  
 — Halbes und ganzes Freidenkerthum. 2. Aufl. . . 0,15

**Buchdrucker Berlins!**  
 Infolge polizeilicher Beschränkungen des Saales im **Söhnischen Gran-haus** findet der  
**Brandenburger-Tag**  
 resp. die „Allgemeine Buchdrucker-Versammlung“ im  
**„Feen-Palast“, Burgstr. 22,**  
 statt. Das Programm bleibt unverändert. — Bemert sei, daß alle Kollegen in diesem Lokale Platz haben.  
**Die Kommission.**

**Zimmerleute!**  
**General-Versammlung**  
 am Sonntag, den 8. März, Vorm. 10 Uhr, im Saale der „Norddeutschen Brauerei“, Chausseestr. 58.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Welche Stellung haben die Zimmerleute Berlins der auf der Bau-Arbeiter-Konferenz gestellten Resolution gegenüber einzunehmen? Referent: **Reg.-Baumstr. G. Kossler.** 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Verschiedenes. 352/3  
 Der Einberufer: **Hugo Lehmann,** Straße 66a, Nr. 20.

**Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Putzer**  
 am Sonntag, den 8. März cr., Vormittags 11 Uhr, in den „Bürger-Sälen“, Dresdenerstr. 96.  
 Tages-Ordnung: 246/8  
 1. Wie feiern wir den 1. Mai? 2. Unsere wirtschaftliche Lage. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten.  
 Um pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

**Fachverein der Tischler.**  
 Sonntag, den 8. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, in **Norbert's Sälen** (früher Man), Benthstr. 21-22:  
**Mitglieder-Versammlung.** 818  
 Tagesordnung:  
 1. Das Alters- und Invaliditäts-Gesetz. Refer.: **Herr Bruns.**  
 2. Diskussion. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

**Freie Vereinigung der Kaufleute.**  
**Versammlung**  
 am Freitag, den 6. März cr., Abends 8 1/2 Uhr, bei **Norbert (May's Festäle), Benthstr. 22, 1.** 189/6  
 Tages-Ordnung:  
 1. Zweck und Nutzen einer Enquete über die Lage der Handlungsgehilfen. Ref: **Gust. Meiser.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Jedermann als Gast willkommen. Um zahlr. Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

**Große öffentliche Versammlung der Stein-Bildhauer Berlins**  
 am Freitag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn **Müller,** Johannisstraße 20.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kommission über den Verlauf des Streiks bei der Firma **Grbr. Feidiv.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 116/9  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Kommission.**

**Hamburg-Amerikanische Packfahrt-Actien-Gesellschaft.**  
**Express- und Postdampfschiffahrt.**  
**Hamburg - New-York**  
 vermittelt der schönsten und grössten deutschen Post-Dampfschiffe  
**Oceanfahrt 6 bis 7 Tage.**  
 Ausserdem Beförderung mit directen deutschen Post-Dampfschiffen  
 von Hamburg nach  
 Baltimore, Canada, Westindien  
 Brasilien, Ost-Mexico  
 La Plata, Afrika, Havanna  
 Nähere Auskunft erteilt: **Wilh. Mahler,** Berlin N., Invalidenstrasse 121  
 299L und **August Langer,** Berlin, Platz vor dem Neuen Thor 3.  
 Hierzu zwei Postogel

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung vom 5. März. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Caprivi, von Boetticher, Hollmann, Dr. Schulz.

Vom Extra-Ordinarium des Etats der Reichs-Eisenbahnen sind noch rückständig folgende Titel: 2 Millionen Mark für eine normalspurige Eisenbahn von Wörrnstein über Obermodern nach Saargemünd, erste Rate, ferner erste Rate zur Weiterführung der Eisenbahn Kolmar-Münster bis Neufchatel, 80 000 M. zur Erweiterung der Gleise auf dem Innen- und Außenbahnhof Gich, und 85 000 M. zur Erweiterung der Reparatur-Werkstätten auf dem Bahnhof Luxemburg.

Die Budgetkommission empfiehlt die Bewilligung sämtlicher Forderungen. Die Bahn Wörrnstein-Saargemünd mit Abzweigung nach Saaralben kostet 26 981 000 M., wovon 23 205 750 Mark aus Reichsfonds, 3 755 250 M. als Zuschuß a. Fonds perdu von Elsaß-Lothringen gewährt werden sollen. Die Rentabilität von dem Reich anzubringenden Summe ist auf 2,60 v. H. veranschlagt.

Abg. Höffel (Elsaß, Reichspartei): Allerdings sprechen viele Faktoren für den Bau dieser Eisenbahn, zunächst die Rentabilitätsberechnung und dann der Umstand, daß in dem betreffenden Verkehrsgebiet eine Eisenbahn sich nicht befindet. Das Saar-Kohlengebiet würde dadurch 24 Kilometer näher an Straßburg gerückt. Gewiß ist es sehr erfreulich, wenn wir uns neue Wege nach Osten bahnen, denn noch im vorigen Jahre hatte ich Ihnen die schweren Schädigungen des Elsaßes ziffernmäßig nachgewiesen, welche uns durch die theilweise Sperrung unserer Westgrenze zugefügt werden. Nun sind die Hoffnungen, welche wir auf Befreiung dieser Kalamität gesetzt hatten, durch die Ereignisse der letzten Tage vollständig vernichtet worden, und das durch das unpatriotische Gebahren von Leuten, welche den Patriotismus besonders für sich in Anspruch nehmen. Die Elsaßer haben mit diesen Leuten und ihrem Gebahren nichts gemein; wir protestiren energisch gegen den Mißbrauch, den man mit dem Namen Elsaß-Lothringen dieser Tage in Paris wieder getrieben hat. (Bravo! rechts.) Wir wollen ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden größten Kulturländern Europas. (Zustimmung links.) Was uns aber gleichwohl bestimmt, gegen die vorgeschlagene Linie einzutreten, ist der Umstand, daß sie alle bedeutenderen Orte, namentlich Hochfelden und Buchweiler übergeht. 1890 schon hatte der Landesausschuß einstimmig sich für die Linie Hochfelden-Saargemünd erklärt. Im Jahre 1888 wurde von der Verwaltung selbst die direkte Linie Hochfelden-Saaralben in Aussicht gestellt; jetzt plötzlich ist die Generaldirektion in Straßburg der entgegen gesetzten Ansicht geworden. Man hat den allgemeinen Interessen jetzt die lokalen vollständig hintangestellt. Dennoch soll das Land fast 4 Millionen Mark als Geschenk für diese Linie hergeben. Ich hoffe noch jetzt, daß die Regierung dem Lande selbst etwas mehr Rücksicht zu Theil werden lassen wird.

Abg. Nath Rintel: Die jetzt projektirte Linie bietet technisch wenig Schwierigkeiten, während die von dem Abg. Höffel empfohlene zwei Wasserscheiden überwinden müßte. Die Bedeutung der beiden Orte Hochfelden und Buchweiler ist nicht entfernt so groß, wie hier dargestellt wird; es sind Orte von 3000 und 2000 Einwohnern. Buchweiler hat übrigens schon jetzt nach drei Richtungen Eisenbahnverbindungen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die übrigen Titel des Extra-Ordinariums und die Einnahmen der Reichseisenbahnen.

Zum Etat des Reichseisenbahn-Amtes (Einnahme 4514 M., Ausgabe 304 900 M.) bemerkt

Abg. Graf Ido Stolberg: Mit der Frage der Einführung einer Einheitszeit hat sich auch der Verein deutscher Eisenbahn-Verwaltungen beschäftigt. Die von Prof. Förster, dem Direktor der Berliner Sternwarte, veröffentlichte Broschüre gegen die Einführung einer Einheitszeit bietet viele Angriffspunkte dar. Ich bitte das Reichseisenbahnamt um Auskunft über den Stand der Sache. Die doppelte Arbeit im Eisenbahndienste mit Berliner und Ortszeit giebt fortgesetzt zu den größten Unzulänglichkeiten Veranlassung. Die Amerikaner haben sich durch die Einrichtung einer Eintheilung in fünf Zonen zu helfen gesucht, die sich schnell eingebürgert hat. Die Vertreter der Wissenschaft wenden sich gegen die Einführung einer Zonenzeit, weil sie davon eine Konkurrenz für die Weltzeit und die Erleichterung der letzteren befürchten.

Präsident Dr. Schulz: Der Beschluß des Vereins im vorigen Sommer, betr. die Einführung einer Einheitszeit, bezieht sich lediglich auf den inneren Dienst. Auf den Verkehr der Eisenbahnen mit dem Publikum bleibt diese Einführung gänzlich ohne Einfluß. Die Frage, ob später die für das Publikum bestimmten Fahrpläne nach Einheitszeit aufgestellt werden, hängt mit der Frage zusammen, ob sich die Einführung einer Einheitszeit für das bürgerliche Leben empfiehlt. In dieser Beziehung schweben die Verhandlungen der Eisenbahn-Verwaltungen mit den Bundes-Regierungen, über die sich Näheres jetzt noch nicht mittheilen läßt.

Abg. v. Stumm: Wenn eine Einheitszeit allgemein eingeführt werden soll, darf man nicht nur die Wissenschaft und die Eisenbahn, sondern muß vor Allem die Interessen des Publikums, namentlich des Schöpfers, in Betracht ziehen; diese Kreise sind bisher viel zu wenig gehört worden. Die Propaganda für die Einführung einer solchen Einheitszeit hat gerade dazu geführt, daß das Publikum sich mit Entschiedenheit gegen die Veränderungen ausspricht, welche daraus hervorgehen müssen. Die Rücksichten auf die Mobilmachung werden in vollem Umfange gewahrt, auch wenn die Einheitszeit nicht eingeführt wird. Namentlich für die Landwirtschaft und für die Fabrikthätigkeit würde die Verwirrung unglücklich sein, wenn eine Einheitszeit eingeführt und Niemand mehr wissen würde, wann die Sonne wirklich aufgeht. Nach der Einführung einer Zonenzeit brauchen wir in Deutschland allein 200 verschiedene Kalender. Der Hinweis auf Amerika paßt deshalb nicht, weil die Einführung des Sonnentarifs nicht wegen der Größe des Landes, sondern wegen der überaus konfusem und desolaten Zustände des dortigen Eisenbahnwesens notwendig geworden ist, die man dadurch wenigstens etwas vereinfacht hat.

Abg. Graf Stolberg behält sich vor, bei der dritten Lesung auf die Sache zurückzukommen.

Auf eine Anfrage des Abg. Rösicke bemerkt Präsident Dr. Schulz, daß allerdings die meisten Eisenbahnen für sich das Recht in Anspruch nehmen, Strafzettel- und Straßhandgelder zu erheben für die Verzögerungen in der Entladung, welche nicht durch die Empfänger, sondern durch die Zollabfertigung entstanden sind. In der Billigkeit liege es jedenfalls nicht, für solche Verzögerungen den Empfänger verantwortlich zu machen. In diesem Sinne verhandelte das Amt augenblicklich mit der preussischen Eisenbahn-Verwaltung und werde die Sache weiter verfolgen.

Abg. Richter: Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hauses lenken auf die Kohlenausfuhr ins Ausland, welche durch das bekannte Restrikt des Handelsministers einen akuten Charakter erhalten hat. In dieser Beziehung hat in den letzten Tagen eine

interessante Verhandlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund stattgefunden. Es wurden in dieser Verhandlung Mittheilungen gemacht über den Wagenmangel, gleichzeitig aber auch von Sonderzügen nach dem Auslande, welche auf Grund von Vorschriften der Eisenbahn-Verwaltung vorweg expedirt werden müßten. Ich bin weit entfernt davon, der Verwaltung den Vorwurf zu machen, daß sie ihrerseits etwa böswillig die Kohlenausfuhr nach dem Auslande begünstigt habe zum Nachtheil des inländischen Kohlenverbrauchs. Thatsächlich wird aber durch die Eisenbahn-Verwaltungen die Kohlenausfuhr in das Ausland begünstigt insoweit der billigen Auslandspreise, über die wir hier im vorigen Jahre gesprochen haben. Einen besonders billigen Tarif hat man eingerichtet, um von der Ruhr die Pariser Gaswerke billig zu versorgen. Diese Gaswerke haben zum großen Theile die Verfrachtung herbeigeführt, unter der der inländische Konsum zu leiden hatte. Bekanntlich werden ober-schlesische Kohlen von Berlin nach Swinemünde billiger gefahren als englische von Swinemünde nach Berlin. Jetzt hören wir nun von allen Seiten, daß die Eisenbahn-Verwaltung selbst englische Kohlen bezieht, selbst die Firma Krupp, die selbst Kohlenbergwerke besitzt, läßt sich Kohlen aus dem Auslande nach Essen kommen. Wenn sich nun die Eisenbahnen englische Kohlen kaufen, so sind sie viel besser dran, als die Privatindustriellen, denn die Ausgabe dafür hat ja nur eine kalkulatorische Bedeutung. Die Privaten können diesem Vorgange nicht folgen, weil die Tarife für die Zufuhr viel höher sind, als die für inländische, und das rächt sich dann in solchen Situationen. Die amtliche Statistik ergiebt die Zunahme der Zufuhr um 3 Millionen, die Abnahme der Einfuhr ausländischer Kohlen um ebenfalls drei Millionen. Noch ungünstiger steht es mit Koks. Wir wollten im vorigen Jahre Ermittlungen veranlassen über eine gleichmäßige Gestaltung der Kohlentarife; vielleicht hätte der Antrag heute ein besseres Schicksal. Ich bringe ihn aber nicht wieder ein, weil wir ja hören, daß die Regierung die Gütertarife im Allgemeinen umgestalten gedenkt. Wir wünschen aber Auskunst von dem Reichseisenbahnamt in dieser brennenden Frage. Dieses Amt liefert manche fleißige Arbeit, aber zu einer selbständigen Bedeutung hat es sich noch nicht aufzuschwingen vermocht. Ich beantrage, daß das Amt uns eine Uebersicht vorlegt über sämtliche Ausnahmetarife, welche die Ausfuhr deutscher Kohlen zu begünstigen bestimmt und geeignet sind. Wir selbst können uns das Material nur mühsam und niemals vollständig zusammenstellen; die sachlichen Unterlagen muß uns das Amt geben.

Abg. Hammacher: Es steht mit dem Export deutscher Kohle lange nicht so schlimm, wie der Vorredner annimmt. Die Bezüge englischer Kohle durch die Staatsbahn-Verwaltung erklären sich dadurch, daß in Folge des langdauernden Winters und der vielfachen Verkehrsstockungen die Ergänzung der Vorräthe nicht so glatt vor sich gehen konnte, wie sonst. Außerdem fürchtet die Verwaltung den Ausbruch eines neuen Streiks der Kohlenarbeiter, und umso mehr muß sie auf alle Fälle gerüstet sein. Mit der Vertheuerung der inländischen Kohle hängen diese Einfuhren ausländischer Kohle nicht zusammen. Die Abnahme der Imports beweist nichts weiter, als daß die Preise der englischen Steinkohle noch mehr als die der deutschen gestiegen sind. Die Einrichtung der internationalen Züge beruht auf Vereinbarungen unserer Eisenbahn-Verwaltungen mit der holländischen und belgischen. Die Bedeutung der Eisenbahntarife nach dem Auslande für Steinkohle wird zu sehr überschätzt. Der größte Theil der Steinkohle geht nach wie vor auf dem Wasserwege nach Holland. Den Antrag des Herrn Richter finde ich wohl berechtigt, er wird zu Informationen des Reichstags führen und ich empfehle Ihnen die Annahme.

Abg. Richter: Ich reue mich, daß heute mein Antrag von dieser Seite eine freundlichere Aufnahme findet, als ein ähnlicher kurz zuvor. Was Herr Hammacher ausführte, ist richtig, aber auch von mir nicht bestritten worden. Ich mache den Eisenbahnen keinen Vorwurf, sondern stelle nur nochmals fest, daß es sich hier um die Konsequenz eines falschen Systems der Bevorzugung der Ausfuhr handelt, welche ungünstig auf den inländischen Konsum zurückwirkt. Bei der herrschenden Kohlenvertheuerung muß doch wirklich untersucht werden, ob die Mehrausfuhr von drei Millionen Zentnern in den natürlichen Verhältnissen begründet ist oder nicht. Ich konstatire, daß in diesem Jahre Konjunkturen vorhanden sind, welche den Bezug ausländischer Kohle angezeigert erscheinen lassen, für Staatsbetriebe wie für Private, und für die Letzteren müßten dann doch die Bezugsbedingungen gleich günstig wie für die Ersteren gestellt werden. Der Normaltarif ist längst durchbrochen durch ein ganzes System von Ausnahmetarifen, sei es durch niedrigere Tarife oder durch theilweisen oder gänzlichen Erlass der Expeditionsgebühren. Es scheint mir doch mehr im bloßen Interesse der Kohlenbergwerke gelegen zu haben, diese Ausfuhr nach dem Auslande fortgesetzt zu begünstigen. Denn jetzt wird von fast allen Seiten eine umfassendere Berücksichtigung der Interessen der Kohlenkonsumenten verlangt, die leider einer Organisation entbehren. Herr Hammacher hat seit langen Jahren als Vorsitzender jenes Dortmund Vereins und als Abgeordneter stets für diese Ausnahmetarife gewirkt, wo er nur konnte, und jetzt stellt er diese Dinge als etwas Unbedeutendes hin. Er ist nicht der Mann, der an etwas Unbedeutendes die Arbeitskraft eines halben Lebensalters wendet. Glauben Sie denn nicht, daß auch die Konsumenten Interesse an billigen Kohlen haben? Die einseitige Begünstigung des Produzenten oder hat bis jetzt immer noch bei der Regierung den Sieg davongetragen.

Abg. Hammacher: Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß es für das Interesse der Produzenten und der Konsumenten gleichmäßig darauf ankommt, daß der Güterausfuhr bezüglich des Transports möglichst billig erfolgt. Der Schaffung von Ausnahmetarifen habe ich keineswegs ausschließlich das Wort geredet.

Abg. Richter: Ich kann Herrn Hammacher das Zeugnis nicht geben, welches er verlangt; er hat alle Ausnahmetarife für die Ausfuhr begrüßt, aber keinen für die Konsumenten günstigen unterstügt.

Der Etat des Reichs-Eisenbahn-Amtes wird darauf bewilligt, der Antrag Richter angenommen.

Es folgt der Etat der Marineverwaltung. Referent Abg. v. Rosielst.

Im ersten Kapitel des Ordinariums (Marinecabinet und Oberkommando) ist im Etat die Einrichtung des Marinecabinetes besonders ersichtlich gemacht.

Abg. Jedin (natl.) kommt auf die Frage des Schutzes der Deutschen in Chile während der dort ausgebrochenen Unruhen zurück. Noch immer ist dort kein deutsches Kriegsschiff. Die deutschen Interessen wurden allerdings von den Engländern vertreten. Vor drei Wochen ist das Kreuzergeschwader in China angekommen. War es nicht vielleicht möglich, eines der Schiffe nach der Westküste Süd-Amerikas zu schicken? Daß es nicht geschehen ist, hat unter den betreffenden Mächtern, welche mit Süd-Amerika zu thun haben, einige Entrüstung hervorgerufen. Es spukt dort überhaupt immerfort mit Revolutionen, man denke an Guatemala, San Salvador. Ein Kriegsschiff kann dort weit mehr aus-

richten, als man im Inlande glaubt. Ich bitte die Reichsregierung, wenn noch möglich dafür zu sorgen, daß schnelligst ein Schiff dorthin dirigirt werde.

Staatssekretär Hollmann: Der Indiensthaltungsplan der Marine lenkt keine westamerikanische Station. Die Marine kann von denjenigen Stationen, welche etasmäßig besetzt sind, kein Schiff zurückziehen, sie werden dort alle gebraucht. Es würde heißen eine dieser Stationen benachteiligen, wenn man auch nur eines davon zurückzieht. Wir sind also so lange nicht in der Lage, ein Schiff nach Chile zu schicken, als eine entsprechende Etatsbewilligung nicht erfolgt. (Heiterkeit.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei Kap. 46, Reichsmarine-Amt, Tit. 1 Staatssekretär 24 000 M. fragt

Abg. Sade (dfr.), weshalb der projektirte Handelshafen bei Wilhelmshaven noch immer nicht hergestellt ist. Das Bassin ist zwar vorhanden, aber das Publikum ist nicht in der Lage, davon Gebrauch zu machen. Auch der Ausdruck „Handelshafen“ ist allmählich aus den Zeichnungen verschwunden. Die Einwohner von Wilhelmshaven sind der Meinung, daß der Reichstag 1879 die große Bewilligung von 1 690 000 M. wesentlich zu kommerziellen Zwecken für Wilhelmshaven ausgesprochen habe. Es würde mit Freuden in Wilhelmshaven begrüßt werden, wenn die Marineverwaltung sich den dortigen Kalamitäten annehmen würde.

Staatssekretär Hollmann: Die Wünsche der Stadt Wilhelmshaven kann ich nicht erfüllen. Mit der zweiten Hafeneinfahrt haben wir einen Hafen gebaut, der jetzt der „Neue Hafen“ heißt. Die Marine ist niemals eine Verbindlichkeit eingegangen, der Stadt an dieser Stelle einen Handelshafen zu geben. Dieser Vizehafen ist durch die Bedürfnisse der Marine bis zum letzten Quadratfuß in Anspruch genommen. Ich bebauere nur, daß wir nicht noch mehr Raum haben. Sollten Handelschiffe in den Hafen einkommen, so werden sie zweifellos, wenn Platz da ist, eingelassen werden.

Abg. Richter: Allerdings hat die Marineverwaltung damals im Reichstage den Ausbau des Handelshafens in Aussicht gestellt. Ich gebe zu, daß damit eine Verbindlichkeit den Einwohnern von Wilhelmshaven gegenüber nicht ausgesprochen worden ist; aber ein gewisses Versprechen lag doch darin, eine gewisse moralische Verpflichtung jedenfalls.

Abg. von Hent: Ein Theil meiner Anregungen in der Budgetkommission ist in der Presse unrichtig dargestellt und in dem Sinne ausgebeutet worden, als ob meine Stellung und die der konservativen Partei irgendwie feindlich gegen die Marineverwaltung sei. Ich nehme Gelegenheit, von dieser Stelle zu erklären, daß diese Auffassung völlig unrichtig ist. (Beifall rechts.)

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte eine Reihe weiterer Kapitel.

Beim Kapitel „Militärpersonal“ beantragt

Abg. Richter die in Folge der neuen Schiffsbauten geforderte Vermehrung des Maschinen-Ingenieur-Personals.

Staatssekretär Hollmann erklärt die Vermehrung der Maschinen-Ingenieure für unumgänglich. Die neuen Stellen sind zur Zeit bereits besetzt; auch eine genügende Anzahl von Anwärtern ist vorhanden.

Die Mehrforderung wird bewilligt.

Zu Dienstprämien für Unteroffiziere der Marine-Infanterie hatte die Verwaltung entsprechend den Forderungen im Militäretat die Bewilligung von 15 000 M. verlangt. Die Kommission hatte diese Forderung abgelehnt.

Abg. Windthorst beantragt in Konsequenz der Beschlüsse des Plenums zum Militäretat die Bewilligung von 9000 M. für Prämien an nach aktiver zwölfjähriger Dienstzeit ausscheidende Unteroffiziere. — Nachdem Abg. Windthorst kurz auf die Konsequenz des Beschlusses zum Militäretat hingewiesen, wird die Position seinem Beschlusse gemäß geändert.

Beim Kapitel „Indiensthaltung der Schiffe und Fahrzeuge“ weist

Abg. Richter darauf hin, daß die ordentlichen Ausgaben für dieses Kapitel stetig gestiegen sind, und fragt, ob der Staatssekretär schon jetzt ungefähr angeben kann, um wieviel die Summe für den laufenden Etat überschritten werden wird. Denn seit Jahren sei viel weniger gefordert worden, als nachher sich als wirklich verbraucht herausstellte. Die Vermehrung um 1 831 000 Mark lasse sich nicht lediglich durch die Vermehrung der Indiensthaltung der Torpedos erklären.

Admiral Hollmann: Die Ueberschreitung wird im Ganzen etwa 350 000 M. betragen. Neben der Mehr-Indienststellung auf dem Gebiete des Torpedowesens ist diejenige eines zweiten Kreuzers auf 12 Monate nöthig; die Mehr-Indienststellung beträgt gegen das Vorjahr im Ganzen 82 1/2 Monate. Bei den Reparaturkosten machen sich die geringeren Preise aller Materialien auch in ganz anderem Maße geltend als bisher.

Das Kapitel wird bewilligt, desgleichen die Ausgabe für Naturalverpflegung, Bekleidung, Garnison-Verwaltungsweisen, Wohnungs-Geldzuschüsse, Krankenpflege, Reise-, Marsch- und Frachtkosten, Unterricht, Werkbetrieb, Artillerie und Fortifikation, Torpedo- und Minenwesen, Posten-, Detonations-, Leucht-, Feuerwesen.

Damit ist das Ordinarium erledigt. Um 4 1/4 Uhr wird die weitere Verhandlung auf Freitag 1 Uhr verlag.

## Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 5. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Miquel und Kommissarien. Die dritte Verhandlung der Einkommensteuer wird fortgesetzt und zwar bei § 9. Vom Einkommen sind danach in Abzug zu bringen: 1. die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben; — 4. die vom Grundeigenthum, dem Bergbau und dem Gewerbebetrieb zu entrichtenden direkten Staats- und Kommunalsteuern. (Nach der Vorlage sollten nur die Kommunalsteuern abgezogen werden können.)

Weide Nummern werden zusammen verhandelt. Zu Nr. 1 stellen die Abgg. Sattler und Peters den Antrag: Auch die unter Kommunalabgaben begriffenen Reichssteuern abzugsfähig zu machen, ferner in Nr. 4 die Worte „und Kommunal“ zu streichen, so daß nur die Staatssteuern abgezogen werden dürfen.

Abg. Graf Strachwitz beantragt, alle Staats- und Kommunalsteuern nicht bloß die vom Grundeigenthum, Bergbau und Gewerbebetrieb für abzugsfähig zu erklären.

Abg. von Jedin (H.) erklärt sich gegen den Antrag des Vorredners.

Abg. von Jagow (L.): Die Steuerzahler würden es nicht verstehen, wenn sie die Kommunalsteuern abziehen sollen, aber zum Beispiel die Schulkosten, welche nicht Kommunal-, sondern vielfach Sozialistenlasten sind, als Einnahme berechnen sollen.

General-Steuerdirektor Burghart: Es giebt auch viele Kommunalabgaben, welche gar nicht Ausgaben sind, sondern der

Entgelt für Dienste, welche die Kommune leistet. Wo jeder Besessene die Ausgaben selbst zahlt, sollen sie nicht abgerechnet werden; sind sie aber Kommunalabgaben geworden, dann sollen sie abzugsfähig sein. Das wäre die größte Ungerechtigkeit.

**Abg. Peters (natl.):** Daß die Reichlasten zur Erhaltung und Sicherung des Einkommens dienen, ist seitens der Regierung bereits in zweiter Lesung anerkannt worden. Wenn aber die Reichlasten abgezogen werden können vom Einkommen, welche der Steuerzahler selbst direkt bezahlt, dann müssen auch diejenigen Reichlasten abgezogen werden können, welche in Form von Kommunalabgaben erhoben werden.

**Abg. v. Vos (Z.)** erklärt sich gegen den Antrag Sattler, weil die Kommunalabgaben unter allen Umständen als Ausgaben gerechnet werden müßten.

Der Antrag Sattler wegen der Reichlasten zu Nr. 1 wird angenommen, ebenso die Streichung der Worte und Kommunal in Nr. 4 so daß also die Staatssteuern vom Grundeigentum, Bergbau und Gewerbebetrieb abgezogen werden könnten.

Nach Nr. 2 sollen die Schuldzinsen und Renten abzugsfähig sein.

**Abg. Graf Strachwitz** beantragt, auch die Beiträge zum Amortisationsfonds für abzugsfähig zu erklären.

**General-Steuerdirektor Burghart** erklärt, daß diese Frage von Fall zu Fall entschieden werden müsse; eine einheitliche Regelung sei nicht möglich, da die Verhältnisse bei den verschiedenen Landschaften sehr verschiedene lägen. Die Regierung wird bei der Sache nicht allzu festhalten.

**Abg. Graf Strachwitz** zieht seinen Antrag darauf zurück. Nr. 2 wird angenommen.

**Abg. Ebertz** beantragt folgende Nr. 2a einzufügen: Vom Einkommen sind in Abzug zu bringen 2a) diejenigen Renten und jährlichen Zuschüsse, welche von Steuerpflichtigen, auch ohne besonderen Vertrag — an Eltern, Kinder und Geschwister als Zuschüsse zu deren Haushalt oder sonstigem Unterhalt nachweislich gezahlt werden, insofern und soweit diese Zahlungen den Betrag von 1200 M. jährlich nicht übersteigen.

**Abg. Zelle (Hr.)** weist darauf hin, daß der Antrag eine Erleichterung für die mittleren Klassen bedeute.

**General-Steuerdirektor Burghart** erklärt sich gegen den Antrag, er den Vorschriften des § 19 widerspreche, in welchem schon auf die beeinträchtigte Leistungsfähigkeit der Steuerzahler Rücksicht genommen sei.

Der Antrag wird abgelehnt.

Nach Nr. 7 sollen die Prämien für Versicherungen des Steuerpflichtigen auf Lebens- oder Todesfall, soweit sie 600 M. jährlich nicht übersteigen, steuerfrei bleiben.

**Abg. Nicker (Hr.)** macht darauf aufmerksam, daß es auch andere Arten der Versicherung gebe, z. B. die Ausfuerversicherung für die Kinder; sollen die Prämien dafür auch steuerfrei sein?

**Finanzminister Miquel:** Es kann sich nur um die Versicherung des Steuerpflichtigen handeln, nicht um die Versicherung seiner Kinder. Die Streichung der Nr. 7 möchte ich nicht empfehlen. Denn durch Streichung würden diejenigen Leute schlechter gestellt, welche alljährlich Prämien zahlen gegenüber denjenigen, welche durch einmalige Zahlung sich versichern.

**Abg. Höppler (L.):** Lebensversicherungs-Prämien sind Kapitalanlagerungen und müssen steuerpflichtig gemacht werden.

**Finanzminister Miquel:** Dieselben Gründe treffen bei den Versicherungsbeiträgen zur Unfall-, Kranken-, Alters- u. s. w. Versicherung zu. Die Beamten haben neben ihrem Gehaltsanspruch auch das Anrecht auf Pension, während die nicht beamteten Steuerzahler für sich selbst sorgen müssen. Das muß man erleichtern.

**Abg. Wölkner (Z.)** beantragt, nicht bloß Prämien für den Steuerpflichtigen, sondern auch für ein Familienmitglied steuerfrei zu lassen.

**Abg. Stengel (Hr.)** tritt für die Aufrechterhaltung der Steuerfreiheit der Versicherungsprämien ein.

**Abg. Käthoff (Hr.):** Die Versicherungsprämien sind mit Sparrenten nicht zu vergleichen; denn man kann sie nicht jeden Augenblick zurücknehmen.

Der Antrag Wölkner wird abgelehnt; aber gegen die Anträge der Konservativen die Nr. 7 aufrechterhalten.

Die §§ 10—15 werden ohne Debatte angenommen. § 16 (Besteuerung der Aktiengesellschaften) ist bereits erledigt.

Zu § 17 liegt ein neuer Steuertarif vor, beantragt von den Nationalliberalen (Avenarius u. Gen.), welcher eine Wiederholung des früheren Antrags Caneccerus ist.

**Abg. von Caneccerus (nl.)** weist darauf hin, daß die Einkommensteuer in England eine sehr viel niedrigere sei als bei uns; sie beträgt 2/15 v. H. und beginnt erst bei 150 Pfd. oder 5000 M. Die Tarife sind etwa nur halb so hoch als jetzt beschlossene. Redner empfiehlt den Tarif nach dem Antrage Caneccerus; er würde für einen noch niedrigeren Tarif stimmen, um die Kleinen und mittleren Einkommen durchgreifend zu entlasten.

**Abg. von Suene (Z.):** In England kann man eine Steuer auf die hohen Vermögen legen. Bei uns müssen wir mit der Steuer, wenn sie etwas bringen soll, bis auf die mittleren und unteren Einkommen zurückgreifen, weil wir keine großen Vermögen haben. Diejenigen, welche bei der ersten Lesung in Aussicht gestellt haben, eine Ermäßigung für die mittleren Klassen herbeizuführen, haben ihr Wort durch die Annahme des Kommissionsbeschlusses eingelöst.

**Abg. Arend (Hr.):** Ich muß erklären, daß mir die Erleichterung der mittleren Einkommen, welche in der Thronrede angekündigt war, nicht genügt. Der Antrag der Nationalliberalen entspricht meinen Wünschen; der Einnahme-Ausfall wird kein so bedeutender sein; er ist wahrscheinlich vollständig ausgeglichen dadurch, daß wir den Abzug der Kommunalsteuern nicht gestattet haben. Ich freue mich, daß wir verschont geblieben sind von Anträgen wie der des Abg. Richter, der unannehmbar war, aber den Beweis geben sollte, wie weit man von jener Seite dem Mittelstand entgegenkommen wollte. Solche Anträge sind besonders auffallend von solchen Parteien, welche gegen die indirekten Steuern ankämpfen und die Befreiung der direkten Steuern verlangen.

**Minister Miquel** erklärt sich gegen den Antrag Avenarius. Gegen den Antrag der Kommission, der eine erhebliche Erleichterung bringt, habe er gar keinen Einwand gehabt. Der Berücksichtigung der mittleren Einkommen können wir erst dann näher treten, wenn wir zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen unterscheiden. Man müsse doch auch daran denken, daß schon 26 Millionen Mark direkter Steuern erlassen waren, ehe das Gesetz vorgelegt wurde, daß jetzt ein weiterer Erlaß für die unteren Klassen erfolgt, daß weitere Erleichterungen wegen beeinträchtigter Leistungsfähigkeit in Aussicht genommen sind, so kann man den Vorwurf der Nichtberücksichtigung der kleineren Einkommen nicht mehr erheben. Auf die Deklaration kommt es hierbei nicht an; die wird allein die größeren Einkommen härter treffen, weil die mittleren bereits jetzt schon ziemlich genau gelastet worden sind. Wenn man die steigenden Staatsausgaben auch durch direkte Steuern decken will, dann muß dazu auch der Mittelstand herangezogen werden. Das vorliegende Gesetz geht in der Berücksichtigung der kleineren Einkommen weiter, als alle anderen deutschen Gesetze.

**Abg. Nicker** bekräftigt, daß das in der ersten Lesung gegebene Versprechen, die mittleren Einkommen zu entlasten, vollständig eingelöst sei.

**Abg. von Jedity:** In Betracht kommt auch die Rücksicht auf die Kommunen, namentlich im Osten, wo die Herabsetzung der Steuer von 700 bis 9000 M. die potentesten Leute in der Steuer erleichtern würde.

**Abg. Traun (natl.)** spricht sich gegen die Erhöhung des Steuersatzes für die höchsten Stufen bis auf 4 v. H. aus. Dadurch

würde das Kapital aus dem Bankgehalt. Die Erleichterung der Mittelklassen sei ebenfalls notwendig; kann die seien im Verhältnis zu den unteren Klassen schwer nicht erleichtert werden. 26 Millionen Mark direkter Steuern sind den unteren Klassen erlassen worden, dann kommt der Erlaß des Schenkungsgeldes und die sozial-politische Gesetzgebung, welche gerade die Arbeiterklassen erleichtert. Die mittleren Klassen haben davon gar keinen Vorteil gehabt.

**Finanzminister Miquel:** Der Vorredner verlangt die Befreiung der 4 v. H. und zugleich eine Erleichterung der Mittelklassen. Das geht nicht. Die Gemeinden zerbrechen sich schon jetzt den Kopf, wie die Kommunalzuschläge sich zu diesem Steuertarif stellen werden. Der Vorredner scheint sich nicht recht klar zu machen, was es in Preußen bedeutet, in jenen Stufen, in welchen die großen Massen der Steuerpflichtigen sind, mäßige Steuererleichterungen durchzuführen. In Baden ist durch die Deklaration ein Gesamt-Einkommen von 463 800 000 Mark ermittelt worden. In den Steuerstufen von 500—1500 Mark befinden sich 285 780 Steuerpflichtige mit 216 1/2 Millionen Mark, in den Stufen von 1500—5000 Mark 61 217 Steuerpflichtige mit 141 1/2 Millionen Mark Einkommen, in den Stufen von 5000—30 000 M. 8445 Steuerpflichtige mit 72 Millionen Mark Einkommen, in den Stufen von 30 000—200 000 M. 411 Steuerpflichtige mit 23 Millionen Mark Einkommen und über 200 000 Mark sind 25 Steuerpflichtige eingeschätzt mit 10 1/2 M. Mark Einkommen. Daraus können Sie ersehen, welche Wirkung es haben wird, wenn die mittleren Einkommen erleichtert werden.

**Abg. v. Suene** spricht sich gegen jede Aenderung der Beschlüsse zweiter Lesung aus.

Der nationalliberale Antrag wird abgelehnt und § 17 unverändert angenommen.

Zu § 24: Steuererklärung bemängelt

**Abg. von Caneccerus,** daß in dem durch die Zeitungen veröffentlichten Formular für die Steuererklärung eine Rubrik fehlt, bei welcher man etwaige Verluste bei einer Einnahmequelle angeben könne.

**Geh. Finanzrath Wallach** erklärt, daß der Zensit nur das Endergebnis seiner Rechnung anzugeben hat; die einzelnen Faktoren könnten nicht gefordert werden.

**Abg. von Caneccerus:** Es kann wohl jemand aus Kapitalvermögen ein Einkommen haben, aber daneben z. B. aus dem Gewerbebetriebe einen Verlust. Dafür fehlt in der Steuererklärung eine Rubrik.

§ 24 wird angenommen.

Der Antrag des Abg. Vachem wird zu § 30 beschlossen, daß die nochmalige Aufforderung zur Steuererklärung, wenn die erste allgemeine nicht berücksichtigt worden ist, in allen Fällen an die Steuerpflichtigen ergehen soll, während das jetzt in's Belieben der Kommission bzw. des Vorsitzenden gestellt ist.

Bei § 30 bedauert **Abg. Barth (Hr.),** daß man bei zweiter Lesung einer Veranlagungskommission den Vorwurf gemacht hätte, sie habe nach den Septennalwahlen die Einschätzung erhöht; darin liege der Vorwurf einer Pflichtvergeßlichkeit. Der Landrath sei allerdings ein Mensch und menschlichen Schwächen unterworfen; aber der gewählte Vorsitzende würde auch nur ein Mensch sein, und sehr leicht könnte politische oder sonstige Rücksicht bei der Wahl maßgebend sein. Das wäre nachher noch viel schlimmer.

**Abg. von Caneccerus (natl.)** bleibt dabei, daß er den Landrath nicht für die geeignete Persönlichkeit für die Einschätzung hält.

Die §§ 34 bis 75 werden ohne jegliche Debatte bewilligt.

Zu § 76 betreffend das Wahlrecht liegt heute ein neuer Antrag der Abg. von Suene, Graf Limburg und v. Jedity vor: Die Bestimmungen über das Wahlrecht aus diesem Gesetze zu entfernen und unter Anerkennung der Nothwendigkeit einer Verfassungsänderung in ein besonderes Gesetz auszunehmen, welches gleichzeitig mit dem Einkommensteuergesetz in Kraft treten soll.

Die Abg. von Suene, Franke, Caneccerus und von Jedity treten dafür ein, daß man dieses neue Gesetz vorläufig außer Erörterung läßt, die betreffenden Vorschriften einfach streicht und in § 86 den Zusatz macht, daß das Einkommensteuergesetz mit diesem Gesetze über das Wahlrecht zugleich in Kraft tritt; dadurch könne das Einkommensteuergesetz schneller an das Herrenhaus gebracht werden.

**Abg. v. Caneccerus** hält dieses Verfahren für bedenklich und beantragt Vertagung der Beratung.

Dieser Antrag wird abgelehnt; die zum § 76 bezüglich des Wahlrechts vorliegenden Anträge werden zurückgezogen zu Gunsten des neuen Antrages, welcher diese Frage durch ein besonderes Gesetz regeln will.

Infolge dessen verzichten die meisten gemeldeten Redner auf das Wort. **Abg. Caneccerus** bemerkt nur, daß er und seine Freunde sich bezüglich des Inhalts des besonderen Gesetzes natürlich noch nicht binden.

Der darauf eingebrachte Antrag Suene wird angenommen; die Bestimmungen über das Wahlrecht scheiden aus. Das Einkommensteuergesetz soll nach § 85 zusammen mit dem besonderen Gesetz über die Veränderung des Wahlverfahrens in Kraft treten; über dieses Gesetz wird besonders verhandelt werden.

Ferner wird zu § 88 der freiständige Antrag angenommen, wonach die Kommunalverbände für eine auf Grund der neuen Veranlagung eintretende Ermäßigung der Zuschläge zu den Staatssteuern keine besondere Genehmigung der Aufsichtsbehörden brauchen.

Bei § 82 (Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer aus den Mehrerinnahmen der Einkommensteuer) giebt auf eine Anfrage des Abg. v. Vos.

**Finanzminister Miquel** die Erklärung ab, daß das Gesetz wegen der Ueberweisung und wegen der Gestalt der Kommunalsteuern so bald als möglich vorgelegt werden würde. Ob das schon in der nächsten Session der Fall sein werde, könne er nicht angeben, da das von zu vielen Bedingungen abhängig sei, namentlich auch von der Mitwirkung mehrerer anderer Ministerien.

§ 82 wird angenommen.

Zu § 84 beantragt **Abg. Weber-Halberstadt (nl.),** die Mehrerinnahmen aus der Einkommensteuer, soweit sie nicht durch die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer aufgebraucht werden, zum Erlaß der Einkommensteuer zu verwenden.

**Finanzminister Miquel** hält diesen Antrag für bedenklich.

**Abg. Hübner:** Wenn die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer abhängig gemacht wird von den Erträgen der Einkommensteuer, dann wird die Möglichkeit vorhanden sein, daß die Agitation sich der Sache bemächtigt und darauf hinweist, daß die Einkommensteuer nur dazu dient, den Grundbesitz zu entlasten.

**Finanzminister Miquel:** Wenn der Antrag angenommen wird, so werden diejenigen, welche die Grund- und Gebäudesteuer nicht übernehmen wollen, dahin streben, daß möglichst wenig übernommen wird, damit der Rest zur Einkommensteuer-Erleichterung überlassen bleibt. Das widerspricht aber dem Wunsche der Staatsregierung und den Absichten der Vorlage.

**Abg. Caneccerus (nl.):** Die Erleichterung der Einkommensteuer soll nur dann eintreten, wenn die Ueberwälzung nicht notwendig ist zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer, also über deren Betrag hinauszugehen.

Der Antrag Weber wird abgelehnt. § 84 wird unverändert angenommen. Damit ist die dritte Lesung des Einkommensteuergesetzes erledigt. Die Schlussabstimmung über das ganze Gesetz wird morgen stattfinden.

Schluss 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Beratung des Gesetzentwurfs wegen der Aenderung des Wahlverfahrens; Abstimmung über die Einkommensteuer; zweite Beratung der Erbschaftsteuer.)

## Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission erklärte in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Abg. Kadermann (d. sächsischer Wahlkreis) für gültig.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 5. März.

Der Vorsteher, Stadt. Dr. Struck, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr und gedenkt des Ablebens des Stadt. Karl Richter. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird das Projekt zum Neubau der Markthalle in der Reinickendorferstr. 20 genehmigt.

Mehrere unwesentliche Magistratsvorlagen werden debattelos genehmigt.

Es folgt die Beratung des Projektes der Simeons-Gemeinde, eine Kirche quer über den Luisenstädtischen Kanal zu bauen. Die Gemeinde bedarf zur Ausführung ihres Planes an beiden Seiten des Kanals sächsisches Terrain im Umfange von ungefähr 1000 Quadratmetern, und der Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung die kostenlose Ueberlassung desselben, unter der Voraussetzung, daß der durch Einengung des Schiffahrts-Kanal entstehende Zuwachs des Wasserthor-Platzes im Umfange von ungefähr 500 Quadratmetern der Stadt seitens des Staates unentgeltlich überlassen werde.

Stadt. Loevel beantragt Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Redner erklärt sich im Allgemeinen gegen die Vorlage. Ein Schmuckplatz solle mit zum Bau der Kirche verwandt werden, um einer insolventen Kirche aufzuhelfen. Der anormale Kirchenbau werde die Breite des Kanals zu dem projektierten Hafen beeinträchtigen.

Stadtbaurath Hübner hofft die einzelnen Bedenken des Vorredners im Ausschuss zu widerlegen. Der Magistrat sieht es — wie er im Allgemeinen bemerken wolle — als eine besonders schöne und edle Pflicht an, derartigen Anträgen, wenn sie von einer Kirchengemeinde kommen, sei es eine evangelische, eine jüdische, eine katholische (Auf: Freireligiöse!) geneigtes Gehör zu schenken. Es handele sich um das Opfer einer Bagatelle — 500 M. Eine Kirche an dieser Stelle werde eine Verschönerung der Stadt sein. Haben Sie ein mitleidiges Herz mit der Gemeinde; (Rufe: Ah!) ich habe ein solches.

Stadt. Kullmann unterschreibt alles, was der Stadtbaurath im ästhetischen Sinne gesagt habe und empfiehlt die Vorprüfung der Vorlage durch den Ausschuss.

Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses wird angenommen.

Die Vorlage, betreffend die Festsetzung einer Baufluchtlinie für die Nordseite der Königin-Augustastrasse zwischen dem Hause Nr. 3 baselst und der Köthenerstrasse, sowie die Abänderung der Baufluchtlinie an der Ecke der Floßwellerstrasse und des Schöneberger Ufers wird an einen Ausschuss verwiesen.

Die zweite Lesung des Stats wird begonnen.

Kapitel I: Kammerei-Verwaltung giebt in den ersten vier Abtheilungen zu keiner Debatte Anlaß und wird nach den Vorschlägen des Ausschusses genehmigt.

Kapitel VI betrifft die Armenverwaltung. Abtheilung 1 (Armenwesen), 2. (Friedrich-Wilhelms-Hospital und Siechenanstalten) und 4. (Arbeitshaus in Rummelsburg) wird debattelos erledigt.

Bei der Abtheilung 5 (Städtisches Obdach) bemerkt

Stadt. Singer: Ich möchte in Erwägung gezogen wissen, ob sich nicht angeht, die Thatsache, daß in diesem Winter in einer Nacht über 200 Mann, welche Obdach suchten, angewiesen werden mußten, eine Erweiterung des sächsischen Obdachs empfehle. Wenn auch hoffentlich ein solch strenger Winter nicht so bald wiederkehren dürfte, so meine ich, es ist der Stadt Berlin nicht würdig, wenn sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen auf Genüherung des sächsischen Obdachs nicht in vollem Maße genügen kann. Zweitens möchte ich fragen, ob es nicht angängig wäre, die Entlassung der Asylanten früh Morgens zeitiger geschehen zu lassen. Die polizeiliche Kontrolle ist etwas umständlich und ein guter Theil des Vormittags vergeht, bis die Leute entlassen werden. Und doch liegt es im Interesse der Leute, sich möglichst zeitig Arbeit suchen zu können. Wie die Sachen jetzt liegen, kommen die Arbeitslosen häufig zur Arbeitslosigkeit zu spät. Drittens möchte ich noch Veranlassung nehmen, auf einen weiteren Uebelstand hinzuweisen. Es herrscht über die Behandlung seitens der unteren Beamten des Asyls lebhafteste Klage. Ich würde solchen Klagen, wenn sie mir nur von einer Seite kämen, keine Nachsicht schenken; die Erfahrungen, die ich gesammelt, haben mir jedoch bestätigt, daß die Klagen berechtigt sind. Wenn ich auch anerkennen will, daß das Kuratorium, insbesondere Stadtrath Mannroth, auf alle Beschwerden hin strenge Untersuchungen eingeleitet hat und Remedur hat eintreten lassen, so glaube ich doch verpflichtet zu sein, die Sache auch von dieser Stelle aus zur Sprache zu bringen. Ich wiederhole, es sind nicht die höheren Beamten, gegen welche sich die Klagen richten, sondern die niederen aufsichtsführenden Beamten, welche sich nicht nur oft roher Worte bedienen, sondern auch zu Thätlichkeiten übergehen; einer dieser Beamten hat sogar einmal das Recht in sich gefühlt, eine Disziplinarstrafe zu verhängen, indem er eine ganze Menge Leute früh um fünf Uhr in die kalte Winternacht gejagt hat, nur weil er beim Durchgehen durch die Baracken einen ihn beleidigenden Ausdruck, welcher von irgend einem Insassen ausgesprochen worden ist, gehört hat. Eine humane Behandlung dieser Armen muß unbedingt gefordert werden. Den Beamten, es sind das diejenigen Elemente, denen jetzt nach 12-jähriger Dienzeit noch besonders Prämien bewilligt worden sind, muß gezeigt werden, daß sie nicht die Herren sondern nur sächsischen Beamte sind, welche die Asylanten human zu behandeln haben. (Beifall.)

Stadt. Kullisch glaubt den Stadt. Singer beruhigen zu können. Seine Wünsche seien bereits erfüllt. Ein Antrag auf Erweiterung des Asyls ist bereits in der Verwaltung gestellt. Es steht den Asylanten nichts im Wege, schon um 6 Uhr Morgens fortzugehen; sie bleiben aber zuweilen lieber bis 7 Uhr in der Kasse. Was die humane Behandlung betrifft, so kann der Stadt. Singer aberzeugt sein, daß das Kuratorium alles that, um sie zu erzielen. Der vorgetragene Fall liege etwas anders. Es handele sich darum, daß ein Mann, der sich sehr resistent benommen habe, um fünf Uhr früh allerdings aus dem Asyl gejagt worden sei.

Stadtverordneter Singer: Dem Stadtverordneten Kullisch erwidere ich, daß nicht ein Mann, der sich unbotmäßig benommen haben soll, hinausgeschickt worden ist; dieses Schicksal haben vielmehr die sämtlichen Insassen einer ganzen Baracke teilen müssen — und das ist doch wohl ein kleiner Unterschied. Herr Kollege Kullisch befindet sich auch im Irrthum, wenn er meint, daß die Obdachlosen beliebig das Asyl verlassen dürfen; das ist ja auch unmöglich, eine gewisse Ordnung muß herrschen. Ich bleibe bei meiner ersten Feststellung. Das eine Erweiterung des sächsischen Obdachs beabsichtigt ist, konnte ich, da ich kein Stadtrath und Obdachleiter bin, nicht wissen. Der Herr Kullisch hätte mir diesen Theil meiner Ausführungen ersparen können, wenn er diesen Umstand in seinem Referate mit einem Worte erwähnt hätte.

Mit diesen Bemerkungen ist die Angelegenheit erledigt. Es folgt Kapitel VII: Einrichtungen für die öffentliche Krankenpflege, Gesundheitspflege im

Friedrichshain und Moabit gibt zu keinen Bemerkungen Anlass. Beim Etat des Krankenhauses auf dem Urban wird vom Ausschuss der zu starke Verbrauch elektrischen Lichts in den Privatwohnungen der Beamten gerügt. Eine diesbezügliche Resolution wird dagegen nach längerer Debatte abgelehnt.

Die übrigen Teile dieses Etats werden debattelos genehmigt.

Plummehr erstattet Stadtv. Dr. Pangerhans Bericht über die im Ausschuss vorhergehende Vorlage über die Ausbesserung der im Etatsjahr 1891-92 neu- oder umzupflasternden Straßen und Plätze. Eine Ausführung der einzelnen Straßen würde hier zu weit führen. Im Großen und Ganzen schließt sich die Versammlung den Vorschlägen des Ausschusses an.

Stadtv. Schmann schlägt hierbei vor, daß die Stadt die Materialien für die Asphaltstraßen selbst kaufen sollte und die Arbeit vergeben möchte. Dadurch würden Hunderttausende gespart werden und die Arbeiten den kleineren Berliner Asphaltteuren zu Gute kommen, die nicht in der Lage seien, das theure Rohmaterial selbst zu kaufen.

Stadtrath H o r e c h t erklärt, daß augenblicklich infolge der Konkurrenz die Preise wieder herabgegangen seien. Es sei bei der Ueberhäufung der städtischen Verwaltung mit Arbeiten nicht opportun, ihr diese neue aufzulegen. Auf den Vorschlag Schmann's könne man nicht eingehen; besser wäre es dann immer noch, eigene Fabriken für die Präparierung zu bauen und die Asphaltierung der Straßen selbst vorzunehmen.

Stadtv. Singer ist der Meinung, daß es allerdings für die Stadt am Vortheilhaftesten wäre, würde die Stadt die Asphaltierungen der Straßen auf eigene Rechnung besorgen und den Asphalt auslaufen und in städtischen Fabriken präparieren. Jedoch müßte man bald damit beginnen und nicht erst warten, bis die Asphalt-Ringe halb Berlin belegt haben. Gegenüber den Ausführungen des Stadtv. Schmann bemerkt Redner, daß er entgegengegesetzter Meinung ist. Wenn die Stadt den Asphalt einmal kauft, so sei es auch gut, wenn sie ihn selbst legen lasse und sich nicht dazu begäbe, ein Ausdehnungsobjekt für ausländische „Ringe“ zu werden.

Die Vorlage, betreffend den Um- bzw. Neubau der Ebertstraße wird nach den Vorschlägen des Ausschusses genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 7 1/2 Uhr.

## Tokales.

Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin während dieses Winters soll nach dem „Reichsanzeiger“ 20 000, höchstens 25 000 betragen haben. Eine solche Feststellung ist sehr schwierig. Der „Reichsanzeiger“ will aber sogar in der Bewegung der Arbeitslosenregister den Höhepunkt genau fixirt haben. Wie würden einen außerordentlichen Respekt vor statistischen Aufnahmen haben, deren Ergebnisse so bestimmt sind, wenn letztere nur ebenso zuverlässig wären, wie sie zuverlässig lauten. Man hat diesmal eine ganze Reihe von Behörden (den Magistrat, den Janungs-Ausschuss, den Vorstand des Asyls für Obdachlose u.) gefragt, jedoch keine, welche die Zahl der Arbeitslosen abschätzen kann. Natürlich ist das Ergebnis falsch. Nach dem „Reichsanzeiger“ soll die Vermehrung fast ausschließlich auf dem Gebiet des Baugewerbes festgefunden haben. Das ist absolut verkehrt. So ist die Zahl der arbeitslosen Fischer von 3000 auf 6000 bis 7000 gestiegen, wie vom Zentral-Arbeitsnachweis festgestellt werden konnte. Auch daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen Bauhandwerker gewesen seien, wonach die übrigen Arbeitslosen höchstens 10 000 betragen, ist offenbar falsch. Der „Reichsanzeiger“ widerspricht sich selbst insofern, als er die Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zuerst auf die diesjährigen Witterungsverhältnisse zurückführt, nachher an anderer Stelle aber dafür in beliebiger Weise die „zahlreichen in vorigen Jahren vorgekommenen Arbeitsstellungen, durch welche viele Arbeitgeber erheblich geschädigt worden sind“, verantwortlich machen will. Die Beweisführung wird schließlich noch in folgender merkwürdiger Weise verkehrt: Nach Eintritt des Witterungsumschlages hätten sich bei der städtischen Straßenreinigung nur noch vereinzelte Arbeiter zur Verfügung gestellt, obwohl die Direktion in der Lage gewesen wäre, noch drei- bis vierhundert Arbeiter ausbittelsweise zu beschäftigen. Wenn die Direktion dies mitgetheilt hätte, würden sich sicher viele Personen gemeldet haben. Der „Reichsanzeiger“ kommt zu dem Ergebnis: Eine Nothwendigkeit in besonderen Maßnahmen ergebe sich aus der Arbeitslosigkeit nicht. Wichtig heißt es: Die Pflichtigkeit, der immerfort steigenden Arbeitslosigkeit abzuwehren, fehlt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, obgleich die Nothwendigkeit dazu selbstverständlich immer größer wird. Die üblich werdende Methode, statistische Erhebungen über Arbeiterverhältnisse irgend welcher Art ganz im Stillen und ohne die Kontrolle der Öffentlichkeit vorzunehmen, ist übrigens selbst von bürgerlichen Blättern jüngst scharf getadelt worden.

Schule und Viehzucht. Was haben Schule — nämlich die Volksschule — und Viehzucht mit einander zu thun? Nun, dieser Zusammenhang, wie ihn ein geistlicher Lokal-Schulinspektor konstruirt hat, ist folgender: Weil die Schulpflicht besteht, giebt es keine Hülfskinder mehr; weil es keine Hülfskinder mehr giebt, geht die Viehzucht zurück, also auch die Landwirthschaft. Gäbe es Hülfskinder, so gediehe auch wieder die Viehzucht. Die hohen Fleischpreise haben ihren Grund nicht in der Grenzsperrung sondern in der Nothlage der Landwirthe, und diese kommt von dem Mangel an Hülfskindern. Obendrein aber glauben die Eltern, welche in ihrer Jugend selbst das Vieh gebüht hatten, daß die Behörden und Geistlichen durch das Verbot des Kindermirthens ihren Erwerb schädigen wollen, sie verlieren daher das Vertrauen zu ihnen, lassen sich mit geistlichen Mitteln nicht mehr halten und hoffen von der sozialen Revolution ihre Rettung. Schwarz auf weiß entwickelt der Pfarrer und Lokal-Schulinspektor Fischer in Quedlinau diese Beweisführung in der „Königsberger land- und forstwirtschaftlichen Zeitung“. Er verlangt daher Milderung des Schulzwangs, und zwar u. A.: 1. Daß jedem Grundbesitzer auch in den Schulbezirken, wo Halbtagsschule gehalten wird, ein, im nachgewiesenen Nothfalle zwei Hülfskinder bewilligt werden; 2. daß diese Knaben nicht bloß aus dem Umfange des Kirchspiels, sondern auch aus anderen Ortsschaften und aus der Stadt gemietet werden dürfen; . . . 3. daß Mädchen, welche die beiden ersten Hauptstücke (jedemfalls des Katechismus) und die erste Hälfte des kleinen Catechismus können, zum Essenochen und Kinderwarten gemietet werden dürfen, damit die kleinen Kinder nicht ohne Aufsicht in verschlossenen Zimmern zurückbleiben“, u. s. w. Unsere Leser werden meinen, daß dabei eigentlich alles außer. Aber noch Randallöser fand die Bedingungen, unter welchen der Herr Pfarrer und Lokal-Schulinspektor das Kindervermieten zu lassen will. Es sollen nur solche Kinder vermietet werden, die fleißig fleißig lesen, die beiden ersten Hauptstücke, die erste Hälfte des kleinen Catechismus können und Lesestücke abgeschrieben im Stande sind.“ Der Schulbesuch der gemieteten Kinder soll „auf eine Stunde täglich normirt werden, von 1 bis 2 Uhr Mittags, damit die erworbenen Kenntnisse bis zum nächsten Winter erhalten werden.“

Wer meint, daß eine Stunde täglichen Unterrichts nicht ausreicht, verkennt die Interessen — der Niether; denn: „Wenn die Hülfskinder an drei Vormittagen die Schule, am Sonntage die Kirche und, falls sie Konfirmanden sind, außerdem an zwei Vormittagen den Konfirmandenunterricht (ohne den geht's natürlich nicht) besuchen sollen, so haben die Niether an den gemieteten Kindern keine Hülfe mehr.“

Damit die Kinder aber nicht übermäßig ausbeutet werden, verlangt der Pfarrer und Lokal-Schulinspektor: „daß Niether, die den Hülfsknaben nicht mindestens sechs Stunden Schlaf (welch ausgedehnter Kinder-schlaf!) gönnen, dieselben sofort entlassen müssen und ein Jahr lang kein Recht haben sollen, Schulkinder zu mieten (N's nicht zu hart?).“ — Wahrlich, dieser Auffass eines ländlichen Lokal-Schulinspektors redet Wandel! Die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft und die Schulverhältnisse auf dem Lande kann keine Heber lebhafter malen, als es mit seiner plumpen Ehrlichkeit hier ein Organ der Schulaufsicht thut. Und der Mann wird wohl auch nach diesem eklatanten „Befähigungsnachweis“ noch Schulinspektor bleiben.

Heber interessante Blüthebeobachtungen, welche ihrer Einfachheit wegen von Jedermann ohne Aufwand und Mühe nachgeahmt werden können, und die trotzdem im Stande sind, manche immer noch nicht gelöste Fragen über die Erscheinungen des Blüthes aufzuklären, wird von H. Roth in der „Meteorologischen Zeitschrift“ berichtet. Eine Pappscheibe, von 15 bis 20 Zentimeter Durchmesser, auf welcher abwechselnd schwarze und weiße Kreisabschnitte von ungleicher Größe aufgetragen sind, wird vermittels einer Handkurbel so schnell in Drehung versetzt, daß sie bei stetigem Blicke dem Auge als eine gleichmäßig hellgraue Fläche erscheint. Wird sie während ihrer Umdrehung vom Blüthe erleuchtet, so erblickt man öfters, besonders bei nahen Gewittern, die schwarzweißen Sektoren stillstehend. Doch häufiger sieht man sie deutlich in Bewegung und zwar nicht bloß im Sinne der wirklichen Drehung, sondern auch rückwärts gehend, ganz einwärts, nach welcher Seite man die Kurbel dreht. Dieses Vorwärts- und Rückwärtsgehen erfolgt mitunter nur ruckweise, auch bemerkt man oft ein eigenthümliches Hüpfen und Zucken der Kreisabschnitte, welches in jedem, der es zuerst sieht, den Gedanken erweckt, daß der Drehende, vom Blüthe erschreckt, unwillkürlich mit der Hand an der Kurbel zude. Roth bemerkt ferner einen Farbenspiel, der keine schwarzen und weißen Kreisabschnitte, sondern eine blaue Schlange auf weißem Grunde trug, die, an dem Umfange spitz anfangend, links in einer Drehung um ungefähr 450 Gr. nach dem Mittelpunkt zu sich wand und gleichzeitig breiter wurde, so daß ihr Durchmesser nahe dem abgerundeten inneren Ende etwas über 4 Zentimeter betrug. In hohem stetigem Blicke schnell rechts oder links herum gedreht, erzeugte dieselbe den Schein von verwischenen Wellenzügen, die nach innen oder nach außen fortschritten. Bei der Beleuchtung durch erloschene Blüthe lagen mehrere Stellungen der Scheibe übereinander. Als das Gewitter näher kam, erblickte Roth die blaue Schlange, bewegt in goldgelbem Felde. Während eines an Blüthen besonders reichen Gewitters beobachtete er den schwarzweißen Farbenspiel mit mehreren Unterbrechungen drei Stunden lang. Zunächst erblickte er auf weißem Felde ganz schmale linienartige schwarze Kreisabschnitte. Dann schienen sie bisweilen still zu stehen, bisweilen in Bewegung begriffen zu sein. Auffallend war die Schönheit und Reinheit der Schattirungen, die sich dem Auge bei dem Anblicke des Kreisels darboten. An Stelle eines Paares neben einander liegender Abschnitte erkannte man eine ganze Reihe schmaler Keile, mitunter deren acht, sehr oft vier, in denen sich die Farben in regelmäßiger Anordnung vom reinsten Schwarz bis zum hellsten Grau und zum Weiß abstuften, wie sie die Hand des Meisters mit Pinsel oder Kreide nicht besser darstellen kann. Dabei schob sich, als das Gewitter näher kam, neben das hellste Feld noch ein goldgelber leuchtender Sektor hinein, so daß das Ganze einen prachtvollen Anblick gewährte. Diese buntsfarbige Kaskade stand manchmal still, manchmal bewegte sie sich. Jedoch waren die Farben nicht immer so regelmäßig abgestuft, öfters waren die von schwarzen Streifen begrenzten weißen Felder in unregelmäßiger Weise mit schmalen Kreisabschnitten von dunklerer und hellerer Schattirung angefüllt. Deutlich fortgesetzte Beobachtungen von durch Blüthe erleuchteten Farbenspielen dürften die Vorstellung von den Blüthenladungen, welche wir in den letzten Jahren durch Blüthephographien gewonnen haben, bestätigen. Nur die Annahme, daß dem eigentlichen Blüthschlag eine Menge der Zeit nach nahe an einander liegender Einzelentladungen vorhergeht und nachfolgt, kann den wunderbaren Eindruck, welchen ein vom Blüthe erleuchteter Farbenspiel auf unsere Netzhaut hervorbringt, erklären.

Der Gewehrarbeiter H. in Spandau, welcher unter dem Verdacht eingezogen war, den Tod des Schaffners Höl verurteilt zu haben, hat wieder in Freiheit gesetzt werden müssen, weil hinreichende Verdachtsmomente sich nicht ermitteln ließen. Nach den sensationellen Mittheilungen der Reporter war H. schon vollständig überführt gewesen; H. sollte den Mord sogar einfach „ins Wasser geworfen“ haben. Davon ist nun auch nicht einmal so viel übrig geblieben, daß auch nur aus einem anderen Paragraphen des Strafgesetzbuchs eine Anklage konnte erhoben werden. Eine so leichtfertige und frivol verurtheilte Verurteilung mag sich immer nur da hervor, wo Arbeiter die Betroffenen sind. Wir empfehlen den Reportern, die es angeht, für die Folge etwas mehr Vorsicht und Gewissenhaftigkeit.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im verfloffenen Monat Februar 1891 nährigten im Männerasyl 8400 Personen, davon badeten 2884 Personen, im Frauenasyl 1288 Personen, davon badeten 97 Personen.

Pollzeibericht. Am 4. d. M. Mittags die verhehlichte Fschachtsaal in ihrer Wohnung, Neue Schönhauserstr. 17, einen Spirituslocher anzündete, warf sie dabei eine Flasche mit Spiritus um, welcher sich sofort entzündete und ihre Kleider in Brand setzte. Obgleich der Ehemann bald zur Hilfe herbeieilte, erlitt die Frau doch so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß sie nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte, wo sie gegen Abend verstarb. — Zu derselben Zeit wurde eine 74jährige Frau vor dem Hause Neue Köstr. 7 von einem Postwagen überfahren und erlitt außer einer Verletzung am Kopfe anscheinend auch innere Verletzungen. — Nachmittags gerieth ein dreijähriges Mädchen auf dem Petriplatz unter die Räder einer Ueberführung und wurde an beiden Beinen so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus erforderlich wurde. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Diejenbachstraße erhängt vorgefunden. — Am 4. d. M. und am darauffolgenden Morgen fanden vier kleine Brände statt.

## Berichts-Beitrag.

Der räuberische Heberfall, der am Weihnachts-Heiligabend gegen das Dienstmädchen des Kaufmanns Schäfer, Unter den Linden 17, ausgeführt wurde, unterlag gestern der Prüfung des Schwurgerichts des Landgerichts I. Auf der Anklagebank befand sich der 24jährige Müller Friedrich Emil Wroßbeck, der des verurtheilten Raubdes beschuldigt war. Wroßbeck hat in Bayern seiner Militärpflicht genügt, ist aber dort wegen verurtheilter Erpressung zu einer mehrmönatigen Gefängnisstrafe und zur Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenhandels verurtheilt worden. Nach seiner Entlassung fand er Beschäftigung bei einem hiesigen Musikdirektor, er gab die Stellung aber bald wieder auf und dadurch freizerte sich der Unwille seiner Angehörigen gegen ihn in dem Grade, daß sie sich vollständig von ihm losagaben. Der Angeklagte gerieth in Noth, er will mehrere Tage hungern und obdachlos umhergeirrt sein und schließlich reiste der Plan eines schweren Verbrechens in ihm. Er hatte mit einem früheren Mädchen der Kaufmann Schäfer'schen Gedeule eine Vertrauenshaft angeknüpft und war dadurch mit den Wohnungs- und sonstigen Verhältnissen derselben vertraut geworden. Er lauschte sich ein kurzes Brecheisen, wie er angiebt, um in der Schäfer'schen Wohnung einen schweren Diebstahl zu begehen. Nachdem er sich

längere Zeit mit dieser Absicht herumgetragen, bemerkte er am Heiligabend die Ehefrau Schäfer in der Markthalle in der Dorotheenstraße. Er will sonderbarerweise angenommen haben, daß das Dienstmädchen der Schäfer'schen Eheleute trotz der vorgerückten Tageszeit — es war gegen 1/2 Uhr — mit dem zweijährigen Kinde seiner Herrschaft spazieren gegangen sei und hierauf den Entschluß gefaßt haben, zur Ausübung des Einbruchs zu schreiten. Er begab sich nach der 2 Treppen hoch gelegenen Schäfer'schen Wohnung und will nicht darauf vorbereitet gewesen sein, daß auf sein Klingeln von dem Dienstmädchen geöffnet wurde. Um einen Grund seines Besuchs nicht verlegen, gab der Angeklagte an, daß er von den Schäfer'schen Eheleuten, die in der Markthalle einen Verkaufsstand haben, geschickt worden sei, um von dem Mädchen einige Servietten zu holen. Das Letztere schloß seinen Verdacht, erklärte aber, dem Auftrage nicht nachkommen zu können, da nur unreine Servietten zu ihrer Verfügung ständen und sie diese nicht schicken wolle. Der Angeklagte entfernte sich wieder. Wie er angiebt, hat er nun den Plan gefaßt, seinen Besuch unter irgend einem Vorwande zu wiederholen, das Mädchen durch einen Schlag auf den Kopf zu betäuben und dann zu stehlen. Nach etwa 20 Minuten Klingelte er wieder an der Schäfer'schen Wohnung. Diesmal hatte das Mädchen das zweijährige Kind auf dem Arm. Der Angeklagte erklärte, Frau Schäfer lasse ihr sagen, sie möge nur die unreinen Servietten schicken. Das Mädchen holte dieselben und wollte sie dem Angeklagten überreichen. Er hat, die Servietten in etwas Zeitungspapier zu wickeln. Das Mädchen setzte das Kind vom Arm und folgte seinem Wunsche. In etwas gebückter Haltung des Kopfes überreichte es dem Angeklagten dann das Paket. Diesen Augenblick benutzte der Letztere zur Ausführung der That. Er zog das in Papier gewickelte Brecheisen aus der Rocktasche hervor und versetzte der vor ihm Stehenden einen wichtigen Hieb gegen den Kopf. Die Betroffene ließ einen lauten Schrei aus, sank aber nicht zu Boden. Um dies zu erreichen, versetzte der Angreifer ihr noch mehrere Schläge gegen den Kopf, das Mädchen fiel auch zweimal nieder, raffte sich aber jedesmal wieder auf. Nun versuchte der Angeklagte, seinem Opfer die Schürze über den Kopf zu ziehen und ihr damit den Mund zuzuschnüren, um sie am Schreien zu verhindern. Gleichzeitig schlug er noch mehrere Male mit dem Brecheisen zu, das Mädchen behielt aber in ihrer Todesangst noch so viel Kraft, den Unhold von sich zu stoßen und nach der Nebenstube zu fliehen. Als sie die Thürklappe in der Hand hatte, brach sie zusammen. Nun hielt es der Angeklagte für gerathen, sich nicht länger aufzuhalten, er verließ die Wohnung und ging in etwas beschleunigter aber sonst ziemlich ruhiger Weise die Treppe hinunter. Es begegnete ihm schon Hausbewohner, die durch den Lärm aufmerksam gemacht, sich nach oben begaben. Einer derselben fragte den Angeklagten, was da oben los sei? erhielt aber nur von ihm im Vorübergehen die Antwort: „Ach was, die sind ja verrückt.“ Der Angeklagte verfehlte in seiner Aufregung die letzte Treppenstufe und kam zu Falle, er raffte sich aber schnell wieder auf und eilte auf die Straße. Ein Herr, der ihn verfolgte, verlor seine Spur an der Ecke der Behren- und Friedrichstraße. Der Angeklagte eilte in die Wohnung seiner Eltern, woselbst er seinen Angehörigen von der begangenen Unthat Mittheilung machte. Als der Angeklagte den Schreden und die Betrübnis der Seinen schilderte, legte er zum ersten Male Zeichen der Reue an den Tag. Er trieb sich noch mehrere Stunden in den Straßen umher und stellte sich dann gegen Mitternacht selbst der Polizei. Die Weisungsaufnahme deckte sich im Wesentlichen mit den Angaben des Angeklagten. Das überfallene Mädchen hat acht Kopfwunden erhalten, die bis auf den Knochen gingen. Wie der Sachverständige begutachtete, ist keine der Wunden tödlich gewesen; die Verletzte war nach kaum zwei Wochen wieder arbeitsfähig. Der Verteidiger, Rechtsanwält Gänther, stellte die Unterfrage, ob dem Angeklagten mildernde Umstände zu bemerken seien, die eine Auflassung, die vom Staatsanwalt Fickel auf das Aufgehörte bekämpft wurde. Die That sei eine so schwere, daß sie an versuchten Mord oder Todtschlag grenze und dem Angeklagten, der nicht einmal unbescholten sei, ständen keinerlei Milderungsgründe zur Seite.

Die Geschworenen billigten dem Angeklagten keine mildernden Umstände zu. Der Staatsanwalt hob hervor, daß bei der Gemeingefährlichkeit der That die ganze Strenge des Gesetzes zur Anwendung kommen müsse, er beantrage 12 Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Das Urtheil lautete auf 8 Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Kriegervereine und Kontraktbruch spielten eine hervorragende Rolle in dem Zivilprozeß, der jetzt zu Ungunsten des Kriegervereins von der vierten Zivilkammer des Landgerichts Berlin II. entschieden ist. In Liebenwalde im Kreise Niederbarnim hatte nach der Niederlage des Kartellvereins Lohnen bei der Reichstagswahl der Bürgermeister Wagener den Vorstand des Liebenwalder Kriegervereins aufgefordert, mehrere, von ihm namhaft gemachte Vereinsmitglieder aus dem Verein auszuschließen, weil sie sozialdemokratisch gewählt und agitirt hatten. Dies behördliche Schreiben ist seiner Zeit von und wörtlich mitgetheilt worden. Dasselbe gab zunächst Veranlassung zu einer Strafanzeige wegen vermeintlicher Androhung des Mißbrauchs der Amtsgewalt gegen Herrn Wagener. Die Strafanzeige wurde u. a. deshalb zurückgewiesen, weil angenommen werden mußte, Herr Wagener habe geglaubt, in Ausübung seiner Rechte oder Pflichten zu handeln, können sich also der eventuellen Rechtswidrigkeit seiner Aufforderung zur Vertragsauflösung nicht bewußt gewesen sein. Das Schreiben veranlaßte aber ferner die Adressaten, den Vorstand des Kriegervereins, zu einem schleunigen kriegsgerichtlichen Schreiben an die bösen Sozialdemokraten Armonier und Genossen dahin, daß sie auf Grund der polizeilichen Verfügung aus dem Verein seitens des Vorstandes ausgeschlossen würden. Armonier und Genossen klagten nun gegen die fünf Vorstandmitglieder auf Anerkennung, daß dieser Ausschluß statuten, also vertragswidrig und deshalb ungültig, wiewohl die Vertragswidrigkeit durch die höchste Polizeibehörde von Liebenwalde veranlaßt war. Der Vorstand sei nach dem Statut, dem für die Krieger bindenden Verträge, nicht einmal formell berechtigt, einen Ausschluß zu statuieren; das könne nur eine Generalversammlung. Im Ubrigen sei der Grund, daß die allein zureichende politische Ueberzeugung der Kläger sie ihres Vereinsrechtes verlustig mache, unrichtig, unverständlich, unrichtig und ungenügend. Die fünf durch das polizeiliche Verbot zu dem Erlaß des schleunigen Tagesbefehls veranlaßten Krieger machten alle möglichen Einwendungen; wenn der Bürgermeister von Liebenwalde gesprochen, so hätte der Richter nicht mehr zu sprechen, der Rechtsweg sei also unzulässig, sie hätten nur der Polizei gehorcht u. s. w., übrigens wurde dann als letzter Rettungsanker in der That der Bedrückung hingeworfen — habe auch die Generalversammlung den Beschluß des Vorstandes gutgeheißen. War diese letzte Behauptung richtig, so mußte die Klage abgewiesen werden, weil die Klage sich dann gegen alle Krieger Liebenwalde und Umgebung hätte wenden müssen. Indeß: es war bald nicht so wie die beklagten Krieger behauptet hatten. Sobald das Gericht Beweise über die treuherrlich vorgetragene Behauptung der „vertrauensvollen“ Krieger beschloß, berieten diese nun schleunigst ihre Mannen zu einer Generalversammlung. Und siehe da: diese Generalversammlung beschloß, die bösen Sozialdemokraten auszuschließen. Dieses nachträgliche Zusammenkommen der Liebenwalder Generalkrieger nähme den Beklagten aber nichts. Die Kläger erklärten, daß sie nunmehr die gesamte Krieger-schaft verklagen würden und würden. Das Vorgehen gegen

die 5 Vorstandskrieger habe den Zweck, die Generalversammlung zum Reden zu bringen, erreicht. Durch die Generalschlacht sei aber das weitere Geplänkel gegen die 5 Vorstände überflüssig, der Rechtsstreit gegen diese Herren sei zu Ende. Es erübrige nur, die Thatsache, daß die Beklagten ohne Recht, der polizeilichen Auf- forderung entsprechend, die Kläger ausgeschloffen, da- durch zum Ausdruck zu bringen, daß die Kosten des Rechtsstreits den polizeilichen und vertragstreuen Be- klagten zur Last gelegt würden. Diesem Antrag des klägerischen Mandatars Rechtsanwalt Stadthagen entsprach die Zivil- kammer und legte die sämtlichen Kosten den Be- klagten auf. Die nächste Fortsetzung des Kampfes wird eine Klage gegen alle Siebenwälder Krieger bilden, durch die ent- schieden werden soll, ob die Kriegervereine unter Einbehaltung der ihnen gezahlten Beiträge den Vertrag einseitig lösen dürfen.

## Soziale Uebersicht.

Die Kommission des Arbeiterbundes Basel, Gasthof zur Blume, Schwanengasse, hat beschlossen, ein Demonstrations- Abzeichen als Erinnerung an den diesjährigen internationalen Arbeiter-Feiertag, den 1. Mai, herstellen zu lassen, nämlich ein aus Seide gewobenes Band, das auf rothem Grunde schwarze Schrift tragen und ca. 12 Zentimeter lang sein wird. Am Kopfe enthält es in großer lateinischer Schrift die Bezeichnung „Achtstundentag“, der in kleinerer Schrift das Motto „Acht Stunden Arbeit, Acht Stunden Ruhe, Acht Stunden Schlaf“ folgt; den Abschluß bilden eine von zwei Händen gehaltene Fackel, als Symbol der Verbrüderung und Aufrüstung, und wiederum in großer lateinischer Schrift die Worte „1. Mai 1891“. Die Schrift sowie das Symbol werden nicht gedruckt, sondern ein- gewoben.

Das Zeichen soll zum Preise von 80 Centimes verkauft werden. Vereine und Kolporteurs erhalten jedoch angemessenen Rabatt und erbittet die Kommission die Bestellungen recht- zeitig.

Hamburg, 4. März. Der Zustand der Heizer und Trimmer ist heute Morgen in einer Versammlung in der „Konfordia“ für beendet erklärt worden, da er sich nicht länger halten läßt. Es fahren zu viel Schiffe mit voller Besatzung ab. Die Probe auf das Exempel, ob die Heizer und Trimmer schon genügend organisiert waren, um solchen Zustand mit Erfolg durchzuführen, ist eben mißglückt. Hoffentlich haben die Leute so viel bei diesem Versuch gelernt, um beim nächsten Male besser vorbereitet zu sein. Nothwendig dürfte dazu ein einheitliches Vorgehen der Heizer und der Matrosen sein.

## Versammlungen.

Öffentliche Versammlung für Frauen und Männer des Bezirks, Freitag, am Sonntag, den 8. März, Abends 8 Uhr, bei Schöneberg, Jahnstr. 8. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Korruption der Politik. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung Tanzfranzösisch. Zur Leitung der Unteren findet Zellerfassung statt.

Interessen-Verein der Arbeiter, Mitglieder-Versammlung Son- tag, den 8. März, Abends 8 Uhr, im Lokal Treddener Garten, Treddener- straße 48. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn W. Stadmann über das In- halten und Alters-Versicherungsgesetz. 2. Vereins-Angelegenheiten und Beschlüsse.

Achtung Kolporteurs! Die Genossen werden ersucht, sich Freitag, den 6. März, Nachmittags präzis 3 Uhr, alte Jahnstr. 69 bei J. Reng einzu- finden.

Größer Wiener Basketball der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drehtler u. s. w. Berlin 8. in „Reng“ Ball-Salon, Raun- g-

straße 27, Sonnabend, den 7. März. Zimmer und Freunde sind herzlich ein- geladen. Sittlich bei W. Schöner, Mantuffelstr. 61a, Hof 1 Tr.

Vereinigung der Deutschen Deutschländer. Ortsverwaltung 1. Son- tag, den 8. März, Vormittags 10 Uhr, Versammlung im Restaurant Reher, Rinnenstraße 18. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Viefänder. 2. Dis- kussion. 3. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. 4. Wahl der Orts- verwaltungs-Mitglieder. 5. Verschiedenes und Angelegenheiten. Die Mitglieder werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. — Gleichzeitig bringe ich nochmals unsere Bitte in Erinnerung. Die Ausgabe der Bücher findet jeden Freitag und Samstag, Abends von 8-9 Uhr, beim Kollegen Trolle, Weimer Weg vorn 1 Treppe, statt.

Größe öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen heute, Freitag, den 6. März, Abends 8 Uhr, im Saale der Brauerei Köhligstr. 44, Schönhauser Allee 11-12. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Albert Kurbach. 2. Der 1. Mai. Hebermann hat Zutritt.

Der gefällige Klub „Proletariat“ veranstaltet am Sonntag Abend im Neuhäuser Feldgarten, Proletarstr. 28, ein gefälliges Beisammensein, ver- bunden mit humoristischen Vorträgen und Tanz. Freunde und Genossen sind willkommen.

Die Privat-Chenargelgesellschaft „Schneeglöckchen“ veranstaltet am Sonntag, den 7. März, in Nürnberg's Salon, Schönhauser Allee 28, einen Wiener Wackelball wozu Freunde und Genossen eingeladen sind. Einlaßkarten sind im Lokal und bei den Mitgliedern sowie bei P. Bloche, Marienburger- straße 30, Hof 2 Tr. zu haben.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (G. S. Nr. 29 zu Hamburg.) Öffentliche Berlin 8. Sonntag, den 8. März, Vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Wille, Dönhofsstr. 22a. Tagesordnung: 1. Kasseebericht pro Januar und Februar. 2. Ausstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 8. März, Vormittags 10 Uhr, Rosenholzstr. 28: Vortrag der Frau Schwig Henrich-Wilhelm über den Be- griff der Gottesdiener. Dienstag, den 10. März, Abends 8 Uhr, im großen Saale bei Noel, Androstr. 21: Vortrag der Frau Hedwig Henrich-Wilhelm über Feuerbestattung.

Krieger-Verein. Sonnabend, den 7. März, Abends 8 Uhr: Versammlung Rothfischerstr. 40. Tagesordnung: Vortrag des Ingenieur Herrn Schö. Ab- rechnung vom Plattenfest und Beisammensein.

Koffe- und Diskontoklub. Freitag, Karl Marx, Abends 8 Uhr, bei Schöneberg, Wartenbocherstr. 10. Gäste haben Zutritt. — „Süden“, Abends 8 Uhr, bei Schwarzer, Jahnstr. 11. Gäste, Damen und Herren, willkommen. — „Wohler“, Abends 8 Uhr im Restaurant Wöhlend, Hülfen- straße 22. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, haben Zutritt.

Arbeiter-Bundestag Berlin und Umgegend Abends 8 Uhr, Hebung- stunde, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Gesangverein „Collegia“, Restaurant Reichensbergerstr. 28. — Gesangverein des „Fischerbundes“ der Fugler Berlin und Umgegend „Gemüthslicht“, Schul- straße 30 bei Bräuer. — „Sünder-Männerchor“ Berlin, Alte Jahnstr. 75 bei Heuser. — Männer-Gesangverein der Berliner „Schmiede“, bei Tempel, Dönhofsstr. 27. — Arbeiter-Gesangverein „Nord“, Neuenhoferstr. 28 bei Stadt. — Gesangverein „Liebertranz“, Restaurant Weinstr. 11. — Kaiserlicher Männerchor, Schönhauser Allee 28 bei Rönberg. — Gesangverein „Liederhall“, Wrangeistr. 141 bei Schmidt. — Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung“, Friedrichsberg, Friedrichsbergstr. 24 bei Schulze. — „Rummel“/cher Gesangverein, Glühstr. 11 bei Mühl. — Gesangverein „Sonderalbe“, Ruppensstraße 35 bei Keller, Abends 8 Uhr. — „Wilhelm Seeger“/che Liedertafel, Abends 8 Uhr bei Truch, Reichensbergerstraße 28. — Gesangverein „Liedliche“, Wrangeistr. 28 bei Taltzsch. — „Katholischer“ Gesangverein, Große Frankfurterstr. 99 bei Krüger, Frankfurter Bierhallen. — Gesangverein „Jugendfreunde“ bei Keller, Brühlstr. 28.

Gesang-, Turn- und gefällige Vereine. Männerchor Waldes- rauten, Marktgrabenstr. 37 bei Beigt. — Männer-Gesang-Verein „Unio“ Abends 8 Uhr, in der Berliner Hof-Brauerei.

Vergnügungsgesellschaft „Lied auf“, Abends 8 Uhr, Sitzung bei Römer, Pflanzstr. 29. Nach der Sitzung Tanz. Gäste willkommen. — Vergnügungsgesellschaft „Zeichen“, Sitzung mit Damen von 8 Uhr ab, Admiralsstr. 28 bei Böhm. Gäste willkommen. — Gefälliger Verein „Jungfergrün“ Abends 8 Uhr, im Restaurant Heintze, Oranienstr. 24. — Verein ehem. Schüler der 28. Gemeinde-Schule, Sitzung, Abends 8 Uhr, im Grand Restaurant „Kornblume“ (Jah. Otto Holl, Androstr. 14) bei Mühl. Gäste willkommen. — „Haustrub“ ohne Zwang, Abends 8 Uhr, bei W. Spach, Kleinstr. 28. — Zither- und Vergnügungsgesellschaft „Vulcania“, in Roth's Restaurant, Kienstr. 79. Gäste willkommen. Damen und Herren, welche ge- genst. sind, beim Theater mitwirken, sind freundlichst eingeladen. — „Stallub“ „Louise“, Abends 8 Uhr, beim Genossen Karl Ulrich, Wrangeistr. 24. Gäste durch Mitglieder eingeführt willkommen.

## Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieh' Ver- lag) ist soeben das 28. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die öfterreichische Gewerbe-Ins- pektion im Jahre 1889. Von August Bebel. — Carlisle

und die sozialpolitische Entwicklung Englands. III. Von Ed. Bernstein. — Etwas über Eisenbahnen, Arbeitslöhne von Eisenbahn-Arbeitern und Eisenbahn-Unfälle in den Vereinigten Staaten. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Freiwille: Töchter unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschafts- leben von F. v. D. S. (Schluß.)

## Depeschen.

Hamburg, 5. März. (Tel. d. Herold.) Nach den hier vor- liegenden Meldungen soll unter den Araberstämmen Afrikas große Erregung herrschen. Dieselben werden angeblich von einem Sohn des Mahdi zum Kriege gegen das Christenthum aufgereizt. In- dische und englische Karawanen berichten, daß ihnen vielfach der Weg versperrt worden sei.

Paris, 5. März. (Tel. des „Herold“.) Kammer. Constan's beantwortete die Interpellation des Sozialisten Ferroul betreffend die Entfernung der Maueranschläge über die Maffier in Kouba's und erklärte, die Behörde habe außerordentliche Maßregeln treffen müssen, weil durch jene Maueranschläge die öffentliche Ordnung bedroht worden sei.

### (Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 5. März. Bei den heutigen Städtewahlen in Nieder- Oesterreich (ohne Wien) wurden zwei Deutsch-Liberale, zwei Deutsch-Nationale und ein Antisemit gewählt. Die Deutsch- Liberalen gewannen zwei Siege von den Antisemiten.

Wien, 5. März. Im Wiener Wahlbezirk Hernals er- hieltten Prinz Siechtenstein 2978, der Kandidat der Deutschliberalen und Demokraten Kronawetter 2786 und der Antisemit Franz 1018 St. Die engere Wahl zwischen Prinz Siechtenstein und Kronawetter findet am Sonnabend statt.

Wien, den 5. März. Bisher wurden 213 Wahlen voll- zogen. Entgeltlich gewählt sind 88 Deutschliberale, 7 Deutsch- nationale, 25 Jungtschechen, 9 Alttschechen, 4 keinem Klub angehörende Tschechen, 15 Merikale, 13 Slowenen, 31 Polen, 8 Ruthenen 2 Rumänen, 8 Antisemiten, 8 Mitglieder des Caronier-Klub, 5 Abgeordnete von unbestimmter Parteistellung. Es sind ferner 8 Stichwahlen möglich, 14 Wahlergebnisse sind noch unbekannt.

Paris, 5. März. Infolge einer Unterredung zwischen dem Justizminister Fallières, dem General-Prokurator Beaurepaire und dem Prokurator Vanastion verfügte der Minister des Innern Constan's, daß am nächsten Sonntag alle Personen, welche auf den Rennplätzen sich an dem gewerbmäßigen Spiel beteiligen sollten, verhaftet werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß ein Gesetz erforderlich sein würde, um in Zukunft das Spiel auf Rennplätzen zu gestatten.

## Briefkasten der Redaktion.

C. Ihre Frage ist nicht verständlich. R. N. 100. Die Forderung für Taufgebühren ist noch nicht versährt.

## Briefkasten der Expedition.

Für die Ausgegebenen gingen ferner ein: Sonntag- versammlung bei Krüger 5. — Siebert 150. Zimmerleute vom Bau Genthinerstraße 4. — E. S. Meixner 155. Gehilfen der Dreuderei von Sittenfeld durch R. J. 30,30. H. B. 100. Das Inserat kostet 2,40 M. und 50 Pfg. Lagergeld für die einlaufenden Offerten. Habermann, Mantuffelstraße. Wir bitten vorher 80 Pfg. einzufenden.

## Versammlung d. sozialdemokratischen Partei- genossen des 1. Wahlkreises

am Sonnabend, den 7. März, Abends 9 Uhr, im Saale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 41.

Tages-Ordnung: 1. Der 1. Mai und wie feiern die Genossen denselben? 2. Wahl eines Mitgliedes zur Lokalkommission. 3. Verschiedenes. — Genossen u. Genossinnen sind hierzu eingeladen. Die Vertrauensleute.

## Verein d. Klempner Berlins u. Umgegend.

Sonnabend, den 7. März, Abends 8 Uhr, Gr. Versammlung

im Lokale von „Steinert“, Rosenthalerstr. 11-12.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Thierbach über: Die großkapitalistische Produktionsweise und deren Folgen für die gesammte Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Vereinsmitglieder zur Feier des 1. Mai? 4. Verschiedenes und Fragen. — Gäste willkommen. 187/4 Die Billets zur Matinee (1. Osterfeierstag) gelangen in dieser Versammlung zur Ausgabe. Der Vorstand.

## Achtung! Pantow u. Nieder-Schönhausen. Achtung!

Gr. sozialdemokr. Volksversammlung

am Sonntag, den 8. März, Mittags 1 Uhr, im Lokale Kaiser Friedrichstraße 50-51 (n. d. Brauerei E. Willner.)

Tages-Ordnung: 1. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Sozialdemokratie. Ref.: Herr G. Link. 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Einberufer.

## Mehl-Handlung

L. Brachvogel, Mantuffelstr. 75. Gebr. Rasse's, vorzügl. im Geschmack, tägl. frisch, à Pfd. 1,40 und 1,60 M.; Kaffee von Jungh. sel. Bwe. 1,70 M. Rohkaffee's in sehr preiswerthen Qua- litäten à Pfd. 1,20, 1,30 und 1,35 M. Auch empfehle ich eine stets frische, hoch- feine Tafelbutter à Pfd. 1,20 M. 694b

## Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt Moritz Gläser, 189 L. 167. Reichenbergerstr. 167.

Bejungs-Dirigent (Abz.-Sängerb.), über n. d. Zeitg. e. Gesangs, a. 1 Tag in d. Woche, Montag u. Dienstag, Adr. M. 14 Postamt Sebastianstr.

## Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,

50. 5. Reichenbergerstraße 50. 50.

**M** **Hutfabrik**  
Glühstr. 11,  
vis-à-vis der Heiligen  
Kreuz-Kirche.  
Wilhelm Böhm.  
Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken.  
Großes Lager in Regen- und Sonnen-  
schirmen. Reelle Bedienung.

**Vorlechte Woche!**  
Hirschfleisch, pfdweise, Pfd. 35-60 Pfg.  
Wildschwein, Pfd. 60 Pfg. 244L  
Wild-Genten 80 Pfg. Stk. Hühn. Ent. Taub.  
Schweinefleisch, Pfd. 35 Pfg.  
do. geräuchert, Pfd. 40 Pfg.  
Metzler, Leberwurst 50 Pfg. Braunschw.  
Rothwurst 70 Pfg. Alle Sort. Käse billig b.  
**A. Pechmann,**  
48. Reichenbergerstr. 48.

Entlaufen 789 b  
ein klein braungelber Hund, Marke 4927.  
Abgegeben bei Pieper, Zimmerstr. 50.  
Resterhandlung 169L  
empfehl. Karlo, Waldemarstr. 66.

**Arbeitsmarkt.**  
Damenhemden-Näherinnen verlangt  
Frau Postetten, Dieckstr. 7, II. [799b  
Schleifer u. Polster für Hornküchse  
verlangt Leuschow u. Markert,  
22 Vor dem Stralauer Thor. 80 H  
Jung. Schlosser, der gezwungen ist,  
eines Fußschadens wegen, sein Handwerk  
aufzugeben, sucht post. Arbeit; auch  
wenn derselbe sich erst einarbeiten muß.  
Ang. od. Bernittl. v. Adr. werden erb.  
Weberstr. 25, Quergeb. II, b. Schapell.

Schneider v. Sib. b. Gen. f. einige  
Dozen. Adr. abg. u. A. W. 30 i. d. Exp. d. Bl.  
**Für Braunschweig!**  
Eine tüchtige erste Stepperin  
wird für ein feines Mack-Geldstück  
p. sofort gesucht. Wochenlohn 15 M.  
Gef. Offerten besördert unter B. E.  
die Exped. d. Blg. 296L

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Benthstraße 3.  
Wir gelangten in den Besitz einer kleinen Anzahl von  
Exemplaren von  
**Die Frau**  
in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.  
Von  
**August Bebel.**  
8. Auflage. 220 Seiten. gr. 8°. Preis brosch. 2 M.  
Da die neue Auflage noch längere Zeit auf sich warten  
lassen dürfte, halten wir obige den Parteigenossen zur Verbreitung  
angelegentlich empfohlen. Nach Vorwärts senden wir gegen  
Einsendung von 2,20 M. postwendend.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Benthstraße 3.  
In neuer Auflage erschien soeben:  
**Wissen ist Macht, Macht ist Wissen.**  
Festrede  
von  
**Wilhelm Liebknecht.**  
4 Bogen 8°. — Preis 25 Pfg.  
Durch politische Macht zur Freiheit, um durch sie allen Volk-  
kreisen die Bildung zugänglich zu machen, ist eine mächtige Trieb-  
feder der modernen Arbeiterbewegung. Gerade jetzt dürfte diese  
Schrift Liebknecht's zur weitesten Verbreitung geeignet sein, wo die  
Gegner mit allen ihren geistigen Waffen die Sozialdemokratie be-  
kämpfen wollen. „Wissen ist Macht“ zeigt, mit welcher Art Bildung  
die Bourgeoisie die Proletarier abspießt, während sie für sich und  
ihre Söhne alle Schläusen des Wissens offen hält.

Caselllavier, gutes, 50 M., verk. | Kinderwagen. Das gr. Lager Berlin  
G. Schaudt, Meyerstr. 28, vorn IV. | Andreasstr. 23, 59

## Soziale Ueberflucht.

Friedrichsfelde bei Berlin, 4. März. Von dem Korbmachermeister Herrn H. Zwirner geht uns folgendes Schreiben zu: „Auf den in Nr. 52 des Berliner Volksblatt“ von den Friedrichsfelder Korbmachergehilfen erlassenen Aufruf bitte ich die geehrte Redaktion um Aufnahme folgender Berichtigung: Es ist unwar, daß gegenwärtig hier ein Lohnabzug gemacht worden ist, die Sache verhält sich vielmehr so:“

Als im vergangenen Sommer die Nachfrage in Gärtnereien sich steigerte, trat meine Gesellen mit dem Ersuchen um 5 Pfennige Zulage per Stück an mich heran. Ich habe ohne Weiteres diese Forderung bewilligt, obwohl in der ganzen Umgebung sowie auch in Berlin eine Lohnherabsetzung über den von Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Lohnsatz nicht eintrat. Meine hiesigen Kollegen mußten mir, wenn auch murrend folgen. Es wurde jedoch bei der Bewilligung ausdrücklich vereinbart, daß zum Winter, wenn der Abgang hoch, die Preise sinken und auf Lager gearbeitet werden muß, diese Lohnherabsetzung wieder fortfallen soll.

Dieser Zeitpunkt trat Anfang November vorigen Jahres ein und der Besatz hat bisher kein Besremden hervorgerufen. Nur ein Kollege, welcher eine sehr ungefähre, dunkle Kellerwerkstatt hat, giebt, um Arbeiter zu behalten, die obige Zulage weiter. — Von dessen Gesellen ist nun auch an die anderen das Zureden ergangen, die Zulage jetzt kategorisch zu fordern.

Wenn je ein Vorgehen behufs Aufbesserung des Gewerbes zur Länge und planlos geschah, so ist es das gegenwärtige der hiesigen Korbmachergehilfen. Der Hauptbedarf des in Rede stehenden Artikels fällt erst im Sommer, wenn die Gärtnerei zum neuen Grünraum und Gemüse derselben bedürfen. Jetzt ist Vorrath überall und Nachfrage wenig. Ich habe nichts dagegen, wenn das Kiepenmachen jetzt eine Zeitlang ruht und werde, wenn die Zeit kommt, auch wieder zulegen.

Zur Aufbesserung des Gewerbes ein planmäßiges Vorgehen zur rechten Zeit und im ganzen Umkreis würde wohl Erfolg haben, aber unser Dorf wird von seiner Umgebung bei diesem Vorgehen allein erdrückt. Zum Beweise, daß die Arbeitgeber beim Kiepenmachen nicht glücklich und reich werden, seien hier die Auslagen angeführt:

Höchster Preis pro Kiepe 1,25 M.  
Gefellenlohn 65 Pf., Weidenauslage 40 Pf., Reissen, Nägel und Zurichtung, event. Strickentel 30 Pfennig, Summa 1,25 Mark.  
Bei Engros-Einkauf von Weiden bleibt dem Arbeitgeber ein Nutzen von ungefähr 10 Pf. pro Kiepe, welche der Transport zu den Konsumenten teilweise aufzehrt. Das Angeführte sind Thatsachen, die unwiderleglich sind. Robert Zwirner.“

### Die Arbeitslosigkeit in Chemnitz!

Durch Fragebogen wurde 1890 die Zahl der in sämtlichen Gießereien beschäftigten Arbeiter festgestellt. Es wurden beschäftigt 1798 Arbeiter (Zehrlinge sind nicht mit inbegriffen). Die Erhebung von 1891 ergab nur 1459 Beschäftigte, somit 249 weniger. Das ist ein Anfall auf je 100 Beschäftigte im vergangenen Jahre von ca. 14 Personen. Das, wenn die Arbeit in den Gießereien ruht, auch in den Werkstätten der übrigen Metallarbeiter Arbeitsmangel eintritt, ist selbstverständlich. Es giebt hier, gering angenommen, 20 000 Metallarbeiter, und man kann gegen 3000 Arbeiter als in der Eisenindustrie in diesem Jahr weniger beschäftigt annehmen. Die Entlassungen mehrten sich täglich: so kam am 2. März von der „Sächsischen Webstuhl-Fabrik“ ca. 100 Arbeiter entlassen. Den 28. Februar fand eine äußerst stark besuchte öffentliche Arbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung“ statt. Man stellte durch Zahlenmaterial die Arbeitslosigkeit fest und wies die Ursachen derselben nach. Eine Kommission von 7 Arbeitslosen ward gewählt, welche sich direkt mit der Frage der am Ort bestehenden Arbeitslosigkeit beschäftigten soll. Am 3. März, Nachmittags 8 Uhr, versammelten sich die Arbeitslosen. Lange vor Eröffnung der Versammlung mußte der Saal abgesperrt werden, der Andrang war zu groß. Die Anwesenheit ergab 554 Arbeitslose, welche zum großen Teil seit Monat Dezember ohne Beschäftigung sind. Ein Antrag, sich an den Stadtrat sowie an die Amtshauptmannschaft zu wenden, fand einstimmige Annahme: „Die am 3. März im Schützenhause versammelten Arbeitslosen ersuchen den Stadtrat von Chemnitz, baldmöglichst für lohnende Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen.“ Die Resolution verlangte: „Die Einwanderung der böhmischen Arbeiter dergestalt zu regeln, daß sie den hiesigen nicht die Lebenshaltung verkommen. Verbot der Beschäftigung von böhmischen Frauen auf den Bauten.“ Die Kommission wurde beauftragt, am 4. März beim Stadtrat sowie bei der Amtshauptmannschaft vorstellig zu werden und am Sonnabend, den 7., in einer weiteren Versammlung Bericht zu erstatten.

## Versammlungen.

### Zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsschule

Am Montag Abend in Abends Brauerei, Moabit, eine äußerst zahlreich besuchte öffentliche Versammlung statt. Den 1. Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag von Frau Wilhelmi über: Verbrechen und Strafe.

Die Referentin führte etwa folgendes aus: „Wie auf allen Gebieten des menschlichen Lebens haben wir auch in Bezug auf Strafen und Verbrechen große Umwandlungen zu verzeichnen. Der Begriff des Verbrechens wurde durch Strafen festgesetzt; Unkenntnis schützt vor Strafe nicht, das Gesetz festsetzt, der Umgang der Menschen erzeugen Verbrechen, Leben, der Umgang der Menschen erzeugen Verbrechen, und dennoch werde nur Religion, nie aber Gesetzeskenntnis in den Schulen gelehrt. Das allgemeine Menschenrecht allein, im weitesten Sinne des Wortes durchgeführt, würde das Uebel an der Wurzel treffen. Wenn der Satz „Dein Schade ist mein Nutzen“ aufrichtig wahr zu sein, sei den meisten Verbrechen der Boden entzogen. Die Rednerin geht sodann des Näheren auf die entsetzlichen Verbrechen zur Zeit der spanischen Inquisition, welche auch in Deutschland Tausende von Opfern gefordert haben, ein.“

Die Bildung sei Grundbedingung für die Erkenntnis des Strafbaren, sei aber Monopol für die bestehenden Klassen. 99 pCt. aller Menschen haben auf Grund ihres niederen Bildungsstandes keine rechte Erkenntnis von Recht und Unrecht. Daher sind also die Gebildeten aller Stände weit weniger in Gefahr der Strafe. Diefelbe Gesellschaft, welche den Angebildeten für seine geringe Erkennungsmöglichkeit straft, nimmt aber den Weissen die Möglichkeit sich zu bilden. Bildung ist für Geld erwerblich.

Die Strafe kann auch, gleichviel in welcher Form sie erfolgt, nie abschreckend wirken. Es ist statistisch nachgewiesen, daß zur Zeit, wo die strengsten, die furchtlichsten Strafen verhängt wurden, die Verbrechen am zahlreichsten waren. In längeren Ausführungen geht hierauf Rednerin die Schäden, welche durch die Todesstrafe entstehen. Ebenso schädlich wirken die Zuchthäuser. Die Gefangenen werden, wie

statistisch nachgewiesen, nicht gebessert; 90 pCt. aller Verbrecher seien Rückfällige. Die einzige Bänderung ist unter den heutigen herrschenden Verhältnissen durch das Wollen der reinen Vernunft, des Menschenrechtes, soweit es in gegebenen Verhältnissen angebracht ist, zu erzielen. Durch logisches, kluges Denken, durch Erziehung zu diesem, dem allgemeinen Menschenrecht, dem gleichen Recht für Alle den Weg ebnen, das ist unsere Aufgabe!

Lebhafte Beifall folgte diesem Vortrag. Nach einer Pause von 10 Minuten wurde, da sich Gegner nicht meldeten, von der Diskussion Abstand genommen.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „In Erwägung, daß eine Milderung in der Rechtspflege, im Strafverfahren, und in der Bestrafung der Verbrecher unter heutigen Verhältnissen unmöglich, daß diese vielmehr erst von den Verhältnissen geschaffen werden, erklären sich die Anwesenden mit der Referentin voll und ganz einverstanden und erwarten in dem von der sozialdemokratischen Partei angeführten Milderungen im ganzen Staatswesen erst entgeltliche Hilfe.“

Eine zweite Resolution fand ebenfalls einstimmige Annahme. Diese lautet:

Die heutige Versammlung möge beschließen: In Anbetracht der heutigen Ansprüche, welche die Gesehe an die Arbeiter stellen, und in Erwägung, daß Unkenntnis vor Strafe nicht schützt, möge sich Jeder Bildung verschaffen, die von der Arbeiter-Bildungsschule hierzu gebotene Gelegenheit benutzen und für dieselbe mit allen Kräften eintreten.

Zahlreiche Aufnahmen neuer Mitglieder fanden statt. Die Anwesenden wurden noch aufgefordert, für die angestrichelten Hamburger Arbeiter einzutreten und mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiter-Bildungsschule die Versammlung geschlossen.

### Tischler-Versammlung.

Die Tischler Berlins, namentlich die mit dem Bauhandwerk in Verbindung stehenden Branchen der Parquetbodenleger, Einseher, Keschläger und Bautischler waren am 4. d. M. versammelt, um folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Stellungnahme zu der auf der Bauarbeiter-Konferenz gestellten Resolution. Referent: Regierungsbaumeister a. D. Kessler-Berlin. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten der Berliner Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. Nachdem in das Bureau durch Jura die Kollegen Friede, Haberland und Bruhnus gewählt waren, ergriff Herr Kessler das Wort zu seinem Referat. Nachdem derselbe zunächst in längerer Ausführung darauf hingewiesen hatte, wie die Pariser Arbeiter nach sechsjähriger rastloser Agitation sowohl den Widerstand der Regierung gegen ihre Forderungen als auch den der Unternehmer gebrochen haben und sich nun der Wohlthaten einer von den Arbeitern geleiteten und von der Stadt unterhaltenen Arbeitsbörse und zahlreicher Arbeitsnachweis-Bureaus in Paris und den größeren Provinzialstädten erfreuten, gab er zu, daß in Berlin die Verhältnisse allerdings in mancher Beziehung noch etwas schwieriger seien, als in Paris, daß man hier aber endlich, wenn vielleicht auch erst nach zehnjähriger Arbeit, seine Forderungen auch durchsetzen werde. Es gehöre dazu aber eine Organisation, an der sich in erster Linie die Bauhandwerker, dann aber auch alle übrigen Arbeiter zu beteiligen hätten. Diese Organisation solle durchaus nicht in die bestehenden einzelnen Gewerkschaften u. s. w. Organisationen eingreifen, sondern die allen Berliner Bauhandwerkern gemeinsamen Interessen mit dem gehörigen Nachdruck vertreten. So soll sie besonders dringen auf Errichtung einer Arbeitsbörse aus städtischen Mitteln, Abschaffung gesundheits-schädlicher Arbeitsarten, Regelung von Lohn und Arbeitszeit, Einführung des Regie-statt des Unternehmerbaues bei allen Arbeiten, die dies irgend zulassen, Beseitigung jeder Klotzarbeit und Abkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes.

Wenn die Bauhandwerker diese Forderungen einmal bei der städtischen Verwaltung durchgesetzt hätten, dann seien dieselben ja allerdings noch nicht von selbst auch bei den Privatbauern durchgeführt, aber bei dem großen Umfang der städtischen Bau-tätigkeit und der Menge der in derselben beschäftigten Arbeiter werde dieselbe doch tonangebend sein wenigstens für die meisten Privatbauern. Mit sehr großen Schwierigkeiten, so fährt Redner weiter aus, habe die Berliner Bewegung zu kämpfen in Folge des starken Zuganges von Arbeitern namentlich aus solchen Gegenden, in denen von einer zielbewußten Arbeiterbewegung noch nicht die Rede sei. Durch den Zugang dieser wenig organisierten Arbeiter werde die Lokaldürerei hervorgerufen. Die zu gründende Bauhandwerker-Organisation habe es sich deshalb auch ganz besonders zur Aufgabe zu machen, dafür zu sorgen, daß die aus jenen Gegenden nach Berlin kommenden Arbeiter bereits etwas für Organisation, Solidarität und Kollegialität empfänglich seien. Sie habe deshalb — und sie wolle damit die Bebauung eines bisher fast gänzlich vernachlässigten Gebietes in Angriff nehmen — in jenen Provinzen eine möglichst thätigkeitsvolle Agitation einzuleiten und dafür Sorge zu tragen, daß Streits in denselben ganz besonders von den Berliner Bauhandwerkern unterstützt werden. Es seien also für die zu gründende Zentralkasse der Berliner Bauhandwerker Aufgaben genug vorhanden, die bisher von keiner anderen Organisation gelöst seien. Zum Schluß empfiehlt der Referent, nachdem er bemerkt, daß das Zustandekommen des Ausschusses bereits gesichert sei, die Annahme der Resolution und den Beitritt zur Organisation. (Beifall.)

In der nun folgenden ziemlich lebhaften Diskussion, an der sich besonders die Herren Glöck, Millarg, Hef und Bruhnus beteiligten, wurden von sämtlichen Rednern Bedenken gegen die vom Referenten entwickelten Vorschläge geltend gemacht. Im Prinzip war man ja mit den zu stellenden Forderungen vollständig einverstanden, theils glaubte man aber bei der Berliner Stadtverwaltung doch nichts erreichen zu können und deshalb völlig auf Selbsthilfe angewiesen zu sein, theils fürchtete man, durch Gründung einer neuen Organisation, in der zudem noch nicht einmal sämtliche Berliner Arbeiter, sondern nur die Bauhandwerker vertreten seien, seine Kräfte zu sehr zu zerplittern. Praktischer sei es, die bestehende Berliner Streik-Kontrollkommission in dem angeregten Sinne weiter auszubilden.

Nachdem sodann noch der Referent in einem kurzen Schlusswort besonders darauf hingewiesen hatte, daß große, alle Arbeiter umfassend Organisation, wie z. B. die hier bestehende General- und die Hamburger Zentralkommission, erfahrungsgemäß wenig leisteten und ja auch die Interessen der verschiedenen in einer solchen Kommission zusammengeschlossenen Arbeitergruppen häufig sehr verschiedene seien, stellte er es den Anwesenden anheim, sich für oder gegen die Resolution zu erklären, forderte sie aber auf, jedenfalls, auch wenn man in diesem Punkte verschiedener Meinung sei, gute Freunde zu bleiben.

Die auf der Bauarbeiter-Konferenz gestellte Resolution wurde darauf mit geringer Mehrheit abgelehnt, während folgende von Herrn Glöck eingebrachte Resolution zur Annahme gelangte:

Die heutige Versammlung beschließt: In Erwägung, daß die in der Bauhandwerker-Resolution enthaltenen Forderungen nicht nur für die Bauhandwerker, sondern für alle Arbeiter Berlins in den meisten Punkten zutreffen, erst dann an eine weitere Agitation für dieselbe eintreten zu können, wenn statt

der Bauhandwerker-Konferenz eine alle gewerblichen und nicht gewerblichen Arbeiter umfassende Konferenz zum weiteren Ausbau der Streik-Kontrollkommission zusammentritt.“

Nachdem sodann zu Punkt 3 der Tagesordnung Millarg als Delegierter der Berliner Streik-Kontrollkommission deren Bericht erstattet hatte, beschloß die bereits stark zusammengeflorenene Versammlung, die Diskussion über denselben erst in einer neuen Versammlung, in welcher alle Branchen vertreten sein sollen, zu eröffnen.

Einen bezeichnenden Verlauf nahm die am Freitag tagende Generalversammlung der Glasrinnungs-Krankenkasse. Bezeichnend insofern, als sie sozusagen die Feuerprobe der Organisation war und wie diese bestanden wurde, das wird das folgende besagen. Während die Sitzung resp. der Kassenvorstand in den früheren Jahren den Mitgliedern gegenüber leichtes Spiel botte, hat sich die Situation in diesem Jahre wesentlich geändert. Es waren die Mitglieder keine lustlose Masse wie sonst, sondern die Organisation hatte es dahin gebracht, daß die Masse diesmal einig vorging. In einer öffentlichen Versammlung war kurz zuvor Stellung zu dieser Versammlung genommen und die Genossen Förster, Stempel, Hünke und Friedrich als die Vertreter und Sprecher der Majorität der Kassemitglieder gewählt worden. Der Verlauf der Versammlung bewies, daß dieselben nach jeder Hinsicht ihrer Aufgabe gewachsen waren. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Bericht über die Kassenevidenz und Decharge-Erteilung. Genosse Stempel ergriff das Wort und führte aus, daß es unmöglich sei, die Jahresrechnung abzunehmen und Decharge zu erteilen, da die Art und Weise der Revision unter Umständen vor sich gegangen wäre, die die Mitglieder veranlaßt hätten, ihn zu beantragen, daß er den Antrag stellen sollte, die sofortige Abnahme zu verweigern. Die Mitglieder nahmen das statutenmäßige Recht in Anspruch, wonach sie aus ihrer Mitte zwei Revisoren wählen können, die die Kasse nochmals revidieren. Nachdem sich das Erlaunen ob dieser ungeheuren That beim Innungs- und Kassenvorstand gelegt hatte, ergriff der Herr Obermeister Rega in höchstgelegener Person das Wort und versuchte in umständlicher Art und Weise, die manchen sentimental zu werden drohte, die Gesellen von ihrem schändlichen Vorhaben abzubringen. Da er aber, den sachlichen Ausführungen des Genossen Stempel wenig erwidern konnte, so versuchte er es, die Debatte auf ganz andere Punkte der Tagesordnung hindergubringen. Er sprach viel von dem guten Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen, welches die Innung wünsche und den Segen, welchen die Gesellen aus dem sogenannten Fünfer-Ausschuss hätten, von der Unparteilichkeit des Innungs-Schiedsgerichtes (Aufe: Oho!) u. s. w. u. s. w. Zuletzt hatte sich der alte Herr ordentlich in die Dipe geredet. Doch die Genossen Förster und Stempel wiesen dem Herrn Obermeister nach, daß doch nicht alles so wäre und verlangten Abstimmung über den Antrag. So sehr sich die Herren sträubten, blieb ihnen nichts weiter übrig, und siehe da, es geschah Wunder und Zeichen. Für Decharge-Erteilung war der Herr Altgefelle Galleine, und dagegen war die übrige Versammlung (allgemeines Gelächter). Wenn auch noch so manches Innungsplam da war, so hatte doch niemand weiter als der Altgefelle den Muth, dafür zu stimmen. Die Wahl der Revisoren fiel auf die Genossen Förster und Gayert. Zu Punkt 2: Wahl eines Fünfer-Ausschusses ergriff wieder Genosse Stempel das Wort und führte aus, daß die Kassemitglieder auch diese Wahl verweigern müßten, da 1. die Mitglieder diesen Ausschuss nicht als Vertreter ihrer Interessen ansehen könnten, sondern diese Funktion dem Vorstand der Organisation überlassen hätten und da 2. der Fünfer-Ausschuss in gar keinem Zusammenhang mit der Krankenkasse stehe, wünsche er Aufklärung darüber, warum der Kassenvorstand diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt habe. Auch hier mußte der Herr Obermeister dem Vorstehenden der Versammlung zu Hülfe eilen. Er versuchte nachzuweisen, daß der Fünfer-Ausschuss in organischer Zusammenhang mit der Kasse stände und wenn die Wahl des Ausschusses verweigert würde, dann wäre auch die Wahl des Kassenvorstandes resp. der Revisoren zu derselben hinfällig, da der Altgefelle, der zum Kassenvorstand gehört, erst aus dem Ausschuss gewählt würde.

An der Hand der Gewerbe-Ordnung, des Krankenkassen-Gesetzes und des Innungsstatuts wies Genosse Stempel nach, daß dem nicht so wäre. Doch jezt kam Leben in den Herrn Obermeister. Er sagte, ihm schien es als sollte hier der Hebel angelegt werden, um das gute Einvernehmen (Gelächter) zwischen Meister und Gesellen zu untergraben. Den sachlichen Ausführungen des Vorredners konnte er aber nur die Erklärung entgegenzusetzen, daß er nicht geglaubt hätte, daß sich die Mitglieder auf das Gesetz berufen würden und er demnach nicht in der Lage wäre, die Paragraphen des Gesetzes anzugeben, wonach die Wahl des Ausschusses gesetzlich sei.

Da absolut keine Einigung zu Stande kam, so soll eine neue Versammlung einberufen werden. Nachdem noch der Punkt „Kassenangelegenheiten“ erledigt war, ergriff zum Schluß Genosse Stempel nochmals das Wort und führte das Längere aus, daß ja die Mitglieder aus dem Verlauf der Versammlung ersähen, daß von einer thatsächlichen Mitwirkung an der Verwaltung der Kasse keine Rede sein könne und da sich die Verhältnisse aller Voraussicht nach doch nicht bessern würden, forderte er die Mitglieder auf, von dem Rechte des freien Austritts aus der Kasse am Schlusse des Kalenderjahres ausgiebigen Gebrauch zu machen und in freie Hülfsklassen abzutreten. (Beifall.) Unter Hochs auf die Organisation und unter dem Gesang der Arbeiter-Marschallse leerte sich der Saal.

### Eine öffentliche Versammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen

sand am 4. März unter dem Vorhild des Herrn O. Krüger statt. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Silberberg über: „Die heutige Erziehung der Kinder“ wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erblickt in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, sowie in dem Lehrplan unserer heutigen staatlichen Schulen den hauptsächlichsten Grund dafür, daß unsere Kinder nicht die einem Menschen nötige und zu einer guten Bildung erforderliche Erziehung erhalten. Die Versammlung erwartet nur von einer Umgestaltung der heutigen Gesellschaft in eine sozialistische eine gründliche Besserung auch nach dieser Seite hin.“ Er ergriff nun Herr O. Krüger das Wort, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Reichsdruckerei einer Kritik zu unterziehen. Er führte aus: Von gewisser Seite wurde das gefällige Wort von den Staatsbetrieben als Musteranstalten in die Welt gesetzt. Untersuchungen wir an der Hand einer kleinen Statistik über Lohnverhältnisse des Hilfsarbeiter-Personals der Reichsdruckerei, in wie weit dieser Staatsbetrieb mit einer Musteranstalt zu vergleichen ist. Redner verliest hierauf eine von ihm gemachte Zusammenstellung von Alter, Dauer ihrer dortigen Beschäftigung und Lohn einer Anzahl in der Reichsdruckerei beschäftigter Hilfsarbeiter. Die betreffenden Personen rekrutieren sich fast ausschließlich aus Pommern und Anlegern. Nach der erwähnten Zusammenstellung ist je einer der in Betracht gezogenen Arbeiter: 18 Jahre

alt, 2 Jahre dort, erhält 10,20 M. (Wochenlohn); 23 Jahre alt, 5 Jahre dort, Lohn 13,20 M.; 19 Jahre alt, 5 Jahre dort, Lohn 13,80 M.; 22 Jahre alt, 5 Jahre dort, Lohn 13,80 M.; 38 Jahre alt, 24 Jahre dort, Lohn 21,60 M.; 35 Jahre alt, 21 Jahre dort, Lohn 20,40 M.; 34 Jahre alt, 20 Jahre dort, Lohn 19,80 M.; 22 Jahre alt, 5 Jahre dort, Lohn 12 M.; 23 Jahre alt, 4 Jahre dort, Lohn 13,20 M.; 28 Jahre alt, 15 Jahre dort, Lohn 19,20 M.; 32 Jahre alt, 13 Jahre dort, Lohn 16,20 M.; 20 Jahre alt, 5 Jahre dort, Lohn 12 M.; 21 Jahre alt, 4 Jahre dort, Lohn 12 M.; 23 Jahre alt, 6 Jahre dort, Lohn 14,20 M.; 22 Jahre alt, 6 Jahre dort, Lohn 14,40 M.; 27 Jahre alt, 8 Jahre dort, Lohn 15 M.; — alt, 20 Jahre dort, Lohn 21 M.; 49 Jahre alt, 30 Jahre dort, Lohn 22,80 M.; 18 Jahre alt, 3 Jahre dort, Lohn 10,20 M.; 19 Jahre alt, 5 Jahre dort, Lohn 13,80 M.; 19 Jahre alt, 4 Jahre dort, Lohn 12,60 M.; 17 Jahre alt, 3 Jahre dort, Lohn 9,60 M.; 18 Jahre alt, 3 Jahre dort, Lohn 10,20 M.; 17 Jahre alt, 3 Jahre dort, Lohn 9,20 M.; 16 Jahre alt, 2 Jahre dort, Lohn 9,60 M.; 18 Jahre alt, 8 Jahre dort, Lohn 10,20 M.; 16 Jahre alt, 1 Jahr dort, 9,60 M.; 17 Jahre alt, 2 Jahre dort, Lohn 9,60 M.; 26 Jahre alt, 5 1/2 Jahre dort, Lohn 13,80 M.; 25 Jahre alt, 5 Jahre dort, Lohn 14,40 M. — Von den Arbeiterinnen sind nicht so ausführliche Angaben wie von den Arbeitern zu bekommen gewesen. Ermittelt ist, daß 4 der Hilfsarbeiterinnen an den Maschinen 20 bis 25 Jahre in dem Betriebe beschäftigt sind und an Wochenlohn 15,60 M. bekommen; weitere 4 Arbeiterinnen sind 25 bis 30 Jahre dort und erhalten 16,80 M. Lohn. Das sind Lohnverhältnisse von Buchdruckerei-Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen der Reichsdruckerei. Mit der Länge der Arbeitszeit (8 1/2 Stunden) könne man ja zufrieden sein; ein großer Mißstand ist aber der, daß die Arbeiter bzw. Arbeiterinnen während der halbständigen Frühstück- und der einständigen Mittagspause die Arbeitsräume nicht verlassen dürfen. Nun sei zwar eine Kantine im Etablissement, in welcher der Aufenthalt gar nicht so übel, wo man aber quantitativ und qualitativ schlechter kauft, als in anderen Geschäften. Redner führt noch mehr derartige an und verweist zum Schluß, einen Vergleich zwischen Privatbetrieben und diesem Staatsbetriebe anstellend, darauf, daß in Privatbetrieben die Drucker-Hilfsarbeiter nie unter 18 M. Anfangslohn erhalten, während Anlegerinnen mit 12 und Punktirerinnen mit 16 M. wöchentlich anfangen. In der Reichsdruckerei beträgt der Anfangslohn bei Arbeitern 9 M. und bei Arbeiterinnen 8,40 M. (Beifall). An der Diskussion über diese Angelegenheit beteiligten sich die Herren Splieth, Fabrowski, Reineke und Krüger. Herr Splieth theilt mit, daß er an dem darauffolgenden Tage, an welchem er in der Branerei Friedrichshain sich über die Verhältnisse in der Druckerei ausgelassen habe (er ist in derselben beschäftigt) vor den Herrn Inspektor geladen wurde, sowie auch vor dem Herrn Geheimen Rath habe erscheinen müssen. Hierbei hat Redner auch erfahren, wo die von zu spät Kommenden zu zahlenden Straf-gelder bleiben. Früher floßen sie der Unterstufungsstufe zu, jetzt dem Reiche. Nach dem Schluß der Diskussion, in welcher noch einige Mißstände in der Druckerei beleuchtet wurden, wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung mißbilligt das Verhalten und die Verordnungen der Direktion der Reichsdruckerei auf das Entschiedenste. Sie erklärt, daß dort Zustände herrschen und Löhne gezahlt werden, wie man sie in keiner Privatdruckerei findet. Das Bureau wird beauftragt, der Fraktion der sozialdemokratischen Partei die Statistik des Referenten zur eventuellen Verwertung zu überweisen. — Hierauf erstattete Herr Fabrowski den Bericht der Streikkommission. Danach sind für den Streik der Hilfsarbeiter von M. Woffe einkommen 1274 M.; nach Abzug der bisherigen Ausgaben bleibt ein Bestand von 4,69 M. Es stehen auch noch Lizen aus. Der Streik ist dadurch als beendet anzusehen, daß Woffe die von den Ausständigen besetzt gewesenen Stellen anderweitig vergeben hat und die Ausständigen von Woffe selbst in anderen Stellen so ziemlich untergebracht sind. Als Revisoren zur Prüfung der Rechnung vom Streik wurden die Herren Dick, Leichert und Meier gewählt und dann die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter.** In der am 23. Februar unter Leitung des Herrn Adam stattgefundenen Versammlung der Nationalen Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufs-genossen (Ordnungsverwaltung Berlin) unterzog der Vorsitzende Hollkamp die bemerkenswerthen Vorkommnisse der Kasse im vergangenen Jahre einer eingehenden Besprechung und wies an der Hand der Quartals-Abrechnungen der Gesamtkasse nach, wie gerade durch die Zentralisation bei vorhergehenden Epidemien (Influenza und deren Folgen) die Konsequenzen dieser Krankheiten sich nicht so fühlbar gemacht hätten, wie bei den Volkstassen, von denen verschiedene dadurch nahezu in Frage gestellt wurden. Im speziellen auf die Mitgliedschaft Berlin übergehend, konstatierte er, daß für diese infolge der großen Anforderungen für Unter-stützungen das verfloßene Jahr nicht als günstig bezeichnet werden könne, da der Netto-Einnahme von 18 971,68 M. eine Netto-Ausgabe von 17 722,18 M. gegenüber stände, so daß der Reinertrag 1249,50 M. oder 6 1/2 pCt. der Einnahme betrage.

Die Zahl der Erwerbsfähigen betrug 229, deren Krankheits-dauer 6591 Tage veranschlagt, wovon an Betriebsunfällen allein 24 Fälle mit 884 Tagen Unterstützung zu verzeichnen waren.

Für Behandlung erwerbsfähiger Kranke wurden einschließlich der Kosten für Medikamente, Brillen, Bruchbänder u. 2217,54 M. veranschlagt und betrug die Zahl der Konsultationen 1503.

Die Bewegung der Mitgliedschaft weist trotz des Auscheidens von 133 Mitgliedern einschließlich der 9 Verstorbenen und nach Abreise von 54 Mitgliedern nach anderen Mitgliedschaften in Folge des Eintritts von 201 neuen Mitgliedern wie durch Zureise von 68 Mitgliedern einen Zuwachs von 72 Mitgliedern auf, so daß dieselbe am Schluß 1900 953 Mitglieder zählte. Nachdem noch Redner auf die Nothwendigkeit des Beitritts zur Frauen-Etarbelle hingewiesen, schloß er seine Ausführungen mit dem Dank für alle dem Vorstande bei der Handhabung der Geschäfte der Kasse entgegengebrachten Unterstützungen.

Nachdem der Kassirer Lindemann erklärt, zu dem gedruckt vorliegenden Rapport nichts hinzuzufügen zu können, wird auf Antrag des Kontrolleurs Schoenemann demselben einstimmig die Decharge erteilt.

Bei der darauffolgenden Wahl der Verwaltung wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder, bezw. die Herren Ehrbach Prinz und Sueder neu gewählt.

Nach Wahl der Krankensucher und Hinweis auf die von der Kommission der Hilfsklassen zu Berlin getroffene Vereinbarung betreffend die Gewährung von Medikamenten und Verbandstoffen u. zu Handverkaufspreisen an erwerbsfähige Mitglieder wie an Familienangehörige derselben und nach Aufforderung zur strikteren Befolgung der Bestimmungen des Statuts seitens der Mitglieder schließt der Vorsitzende die Versammlung.

**Vergoldder.** Am 1. März fand eine öffentliche Versammlung der Vergoldder, Vergoldderinnen und Berufs-genossen statt. Das Bureau bildeten die Kollegen Niebergall, Wilsky und Gerndt. Kollege Bogt berichtete im Namen des Streikkomitees. Im Dezember v. J. trat an die Werkmeister der Aug. Werkmeisterischen Fabrik die Forderung heran, eine Sorte Barockleisten billiger zu arbeiten, wie sie seit 1889 gezahlt wurde. Dieses Ansuchen wurde von den Kollegen zurückgewiesen. Ein Streik war die Folge. Am Ende des vorigen Jahres wurde dann laut, daß eine Reduktion der bestehenden Akkordlöhne in sämtlichen Fabriken stattfinden solle. Daß an dem Gerüchte etwas Wahres war, zeigt uns der Vorfall in der G. Ruthenbergschen Fabrik. Auch

hier sollte eine Reduktion der Löhne auf Barockleisten stattfinden. Es erfolgte die Arbeits-einstellung. Im weiteren Verlauf folgten dann die theilweisen Ausstände in den Fabriken von Guitat, Methlow, Wenske und Winkler. Die Zahl der jetzt im Ausstande befindlichen beträgt 33, da einzelne schon wieder Beschäftigung erhalten haben. — In der Debatte beteiligten sich die Kollegen Wilsky, Niebergall, Niebergall, Ganske, Freies, Bogt, Gerndt, Pinf, Sprenger, Stange. Von verschiedenen Seiten wurde Klage geführt, daß die Sammlungen in unseren Gewerkschaften flau gewesen sind und daher den Kollegen dringend auf die Seele gebunden, etwas mehr Solidarität ihren streikenden Kollegen gegenüber zu beweisen. Es wurde folgender Antrag angenommen: Die heutige Versammlung beschließt, die Sammlungen auf unseren Listen fortzusetzen und verpflichtet sich jeder arbeitende Kollege, 50 Pf. pro Woche mindestens an seine streikenden Kollegen zu zahlen. Unter Vertheilung wurde das Verhalten der Kantenmacher der Aug. Werkmeisterischen Fabrik einer eingehenden Kritik unterzogen. Ferner erfolgte die Erziehung für ein ausgetretenes Streikkomitee-Mitglied. Die Wahl fiel auf den Kollegen M. Bary. Ferner wurde noch ein Antrag angenommen, welcher besagt, das Streikkomitee ist beauftragt, am 5. März eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen. — Zum Schluß wurde erwäht, daß in der Werkstatt von Schulz ebenfalls Abzüge stattgefunden haben.

**Versammlung der freien Vereinigung der Grabener und Bieleure.** Herr Geisler hielt einen interessanten Vortrag über den Rentarist. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Blühme, Jack, Fisch, Kröbel, Guttman und Hölbig und haben in der Einföhrung des Rentarists eine Erleichterung für die arbeitende Bevölkerung. Jedoch wird das Deutsche Reich noch lange darauf warten lassen. Etwas anderes wäre es, wenn es sich um militärische Reformen handelte, wo es immer als erstes vorangeht. Die verschiedenen Eisenbahnklassen sind überhaupt abzuschaffen und das Volk müßte die Berechtigung haben, unentgeltlich zu fahren. Es wird dies augenblicklich nur ein frommer Wunsch sein. — Hierauf wird als erster Vorsitzender an Stelle des Kollegen Volter der zweite Vorsitzende Kollege G. Kommer, an dessen Stelle Kollege Teske, und da auch Kollege Schimanski aus dem Vorstande ausscheidet, als Beisitzer Kollege Schwan gewählt. Die Frage des 1. Mai wird nochmals juristisch gestellt. Ein Antrag, den ausgesparten Hamburger 50 M. zu bewilligen, wird einstimmig angenommen. Außerdem wird beschlossen, ein zweites Buch "Vater's Frau" anzuschaffen, da das eine immer vergriffen ist. Weiter beschließt die Versammlung, daß der hiesige Arbeitsnachweis zu Gunsten des zentralisierten Arbeitsnachweises Stellen nach außerhalb nicht vermittelt.

**Am Sonntag, den 1. März, Abends 8 Uhr,** tagte im dichtgedrängten Saale in Krügers Brankfurter-Vierhallen, Große Brankfurterstraße 99, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer unter Leitung des Genossen Bester. Stadtverordneter Niebergall nahm das Wort zu seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Proletariat und Bourgeoisie. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Dick, Baple, Lazarus und Schulz, welche im Sinne des Vortragenden sprachen. Da zum Punkt Verschiedenes nichts vorlag, schloß der Vorsitzende mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung, welche sich nachher noch lange mit Tanz, Gesang und Vorträgen unterhielt.

**Die neueste Versammlungsausschöpfung in Rixdorf.** Am Montag wurde in Rixdorf die öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, in welcher Abg. Förster referirte, aufgelöst, weil in Rixdorf nicht gestattet werde, daß Frauen an öffentlichen politischen Versammlungen teilnehmen. Der Vorsitzende hätte sich natürlich geweigert, dem Referenten, wie der überwachende Gendarm verlangte, das Wort zu entziehen. Das preussische Vereinsgesetz reaktivist wieder das Verlangen des Gendarmen, noch die Auflösung. Rixdorf gewinnt allmählich in Deutschland einen Ruf durch die dort übliche eigenartige Handhabung des Vereinsgesetzes. Die dortigen Arbeiter sind aber die Benachteiligten und müssen daher energisch ihr Recht wahren, event. mögen sie das bezügliche Material einem sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten unterbreiten.

**Wilmerdorf.** Ueber die Taktik der Sozialdemokratie und die unserer Gegner sprach der Reichstags-Abgeordnete Niebergall in einer nachbesuchten Versammlung von Männern und Frauen in Wilmerdorf. Nachdem die Sozialdemokratie aus kleinen Anfängen zu ihrer jetzigen Stärke sich entwickelt, habe man von ihr positive Gesegung gefordert. Die Fraktion habe schon des öfteren Arbeiterjugend-Gesänge eingebracht, die jedoch nicht von den Gegnern niedergestimmt seien. Auch bei den Vorträgen, wie sie die Regierung eingebracht, habe sie versucht, durch passende Anträge die Interessen der Arbeiter zu wahren, jedoch vergeblich. Die heutige Kartellmajorität, vom Freisinn bis zu den Konser-vativen, habe bei dieser Gelegenheit das Wort Bassalle's von der einen reaktionären Mehrheit bewahrt. Selbst die Volkspartei habe in den meisten Fällen mit den übrigen gestimmt. Die Einwürfe, daß es unmöglich sei, innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung wirksame Schutzmaßregeln für die Arbeiter zu schaffen, habe das Vorgehen der Schweiz und Oesterreichs zu-nichte gemacht. In Ländern, wo eine kurze Arbeitszeit bestiehe, werde der höchste Lohn gezahlt und umgekehrt. Während zum Beispiel England und Amerika die höchsten Löhne bei kurzer Arbeitszeit zahlte, habe Indien lange Arbeitszeit und miserable Löhne. — Alle gegnerischen Parteien seien einig, wenn die Volks-rechte beschnitten werden sollen, wenn sie auch sonst sich untereinander befehdeten. Das sei jedoch nur Familienan. Sie stehen eben alle auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsweise. Anders die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie wolle durchaus nicht an wirksamen Gesellschaftsreformen scheitern, sondern von Grund auf ändern. Die Wissenschaft lehrt uns, daß derjenige, der im Besitze der Arbeitsmittel sei, auch das Kapital ansammle, während diejenigen, die alle Werthe schaffen, leer ausgehen. Der aus der Arbeit resultierende Ueberschuss müsse der Gesamtheit zu Gute kommen. Wir erstreben die Aufhebung von Herr und Knecht. Wenn man mit den Vertretern der heutigen Gesellschaftsklassen unter vier Augen spreche, behaupten viele von ihnen: Ja, das wollen wir auch, nur laßt uns Monarchie und Herrgott ungeschoren; was sie jedoch nicht hindert, uns bei jeder Gelegenheit niederzustimmen. Wie vor Jahresfrist die kaiserlichen Proklamationen erschienen seien, hätten viele geglaubt, Wunder was werde nachfolgen. Es sei denn auch die internationale Konferenz einberufen, an der allerdings nur einige Arbeiter gewissermaßen als Berzierung theilgenommen hätten. Auch ein Arbeiterjugend-Gesetz sei eingebracht, daß sich jedoch als Arbeitgeberschutz-Gesetz entpuppt habe. Dies sei noch durch Anträge der übrigen Parteien verschlechtert. Sehen wir nun, daß es mit unserer positiven Thätigkeit im Reichstage nichts ist, so versteht sich doch von selbst, daß der Schwerpunkt auf die Agitation gelegt werden muß.

Da haben wir, rufen die Reaktionen, ihr seid Revolutionäre; her mit den Kanonen, gegen solche Leute helfen keine Gesetze. Gewiß, die Sozialdemokratie hat noch niemals bestritten, daß sie revolutionär ist. Wir wollen nicht mit den heutigen Parteien paktieren, sondern sie vernichten. Wer jedoch meint, daß wir dazu Gewalt anwenden wollen, möge doch erst einmal nachweisen, daß wir sie bereits angewendet haben. Unsere Waffen liegen auf geistigem Gebiet, auf das unsere Gegner und nicht folgen können, ohne selbst Sozialdemokraten zu werden. Vor einem Jahr ist der Mann der Blut- und Eisen-politik abgesetzt worden; wäre Gewalt Revolution, er wäre der größte Revolutionär gewesen. Demgegenüber sei auf die Revolutionen, die wir durchgemacht, ehe wir zum deutschen Reiche gekommen sind, hinzuweisen. Das deutsche Reich sei nicht durch Reden oder Anwendung von Rosenöl oder Lavendel zuwege gebracht. Der Kaiser habe vor einiger

Zeit zum Studium der französischen Revolution aufgefordert. Ohne diese Revolution hätten wir keine Verfassung, kein Wahlrecht, Schwurgerichte u. dgl. Unsere Partei hat sich stets gegen Putzche erklärt, und Revolutionen ließen sich nicht machen. Blutige Revolutionen sind immer durch Fehler der Regierung hervorgerufen worden. Eine eigenartige Lehre können wir aus Spanien ziehen, wo die Militärrevolutionen an der Tagesordnung sind. Man lese daraus, daß Staaten, die sich auf den Militarismus stützen, eine sehr unsichere Grundlage haben. Staaten, die auf der Arbeit aufgebaut sind, sind unerschütterlich. Man betrachte doch einmal die Geschichte Nordamerikas, welche Opfer dort der Befreiungskrieg gelostet. Nie habe die Welt ein solches Heer, eine solche Flotte und einen solchen Kampfesmut gesehen. Die Amerikaner wußten aber auch, wofür sie kämpften. Was Deutschland sämtlichen Parteien, trotz seiner vielen Mängel werth gemacht, sei das allgemeine Wahlrecht.

Scheinbar hat sich die Taktik unserer Gegner geändert, in Wirklichkeit ist sie dieselbe geblieben. Bismarck, der schon vor dem Sozialistengesetz abgewirtschaftet hätte, habe die Attentate eines Hödel, der Anhänger Stöcker's war, und des wahnsinnigen Nobiling, der zu den Nationalliberalen gehörte, benutzt, um das Sozialistengesetz durchzuführen. Er habe dies ja auch selbst zugestanden, indem er sagte: er habe keine Majorität im Reichstage und kein rechtes Vertrauen bei der Regierung gehabt und habe deshalb auflösen müssen. Hinter dem Schleier des Sozialistengesetzes habe er dann seine Wirtschaftspolitik in Szene gesetzt, die auf die Züchtung von Millionären hinausgelaufen sei. Diese Politik habe jedoch nur kurze Zeit dauern können und Bismarck und seine Politik sei doch gefallen. Nun habe angeblich der geistige Kampf begonnen. Worin bestiehe derselbe? Man muß sich ein Gespenst zurecht und sagt dann, dies sei die Sozialdemokratie. So etwas sei doch einfach lächerlich. Auch habe man sich gefreut, daß Differenzen innerhalb unserer Partei entstanden seien; diese seien jedoch so kleinlicher Natur gewesen, daß, nachdem wir nach dem Falle des Sozialistengesetzes uns offen aussprechen konnten, dieselben sehr bald beigelegt worden wären.

Auch mit dem Christenthum wolle man uns bekämpfen. Man möge dies thun und die Lehren des Christenthums zur Erfüllung bringen. So wenig wir nun den geistigen Kampf mit unseren Gegnern fürchten, so wenig fürchten wir den Derschlagel. Wir sind die einzige Partei, die mit Recht von sich sagen kann: Wir fürchten Niemand auf der Welt.

Man sei jetzt auch im Reichstage von Seiten der Regierung von der Scheinbar geistigen Bekämpfung zurückgekommen, da der Reichskanzler uns eine Straßenschlacht in Aussicht stellte und uns die größte bestehende Gefahr nannte. Wir werden unsern Gegnern nicht den Gessalen thun und zu den Waffen greifen, in denen sie uns überlegen sind. Es ist oft genug von den Spitzeln versucht worden, uns zum Hochverrath zu verleiten, doch sind wir bis jetzt nicht auf den Leim gegangen und werden es auch ferner unterlassen. (Beifall)

Ein Antrag, nur Gegner sprechen zu lassen, wurde angenommen, doch meldete sich keiner trotz mehrmaliger Aufforderung. Im Schlußworte forderte Niebergall, daß Jeder seinen Mann stehen solle, wie er verspreche, ihn stehen zu wollen. Unsere Stärke liegt darin, daß wir alle mit ganzer Kraft für unsere Ideen eintreten. Mit dem Gelde, das unsere Gegner genügend zur Verfügung hätten, könnten sie nicht das Herz ersehen, was bei uns mißspreche. Die Sozialdemokratie ist in allen Kultur-ländern bekannt, zum nicht geringen Brauen der Gegner. Ueberall die gleichen Ziele, wenn auch verschiedene Armeen. Wir haben nicht nur bei der Wahl zu kämpfen, sondern stets mobil zu sein. Lassen Sie uns, schließt Redner, nicht nur die noch übrigen Kreise von Berlin und Umgegend erobern, sondern auch von hier aus unsere Vorposten immer weiter und weiter vorschicken. So hoffen wir schon bei der nächsten Wahl verschiedene neue Wahlkreise zu erobern.

Unter Verschiedenem wurde aufgefordert, den Wirth des Volksgartens mehr zu unterstützen, da von der Wirthschaft jetzt bereits am dritten Sonntag dem Wirth die Tanzkonzession entzogen sei, weil er seinen Saal uns zu den Versammlungen hergibt. Auch aus Schwanendorf kam dieselbe Klage. Dort geht man gegen den Oekonom Kändler ebenso vor. In Lichterfelde stände der Lokalbesitzer Gumnov vor der Kamalität entweder von der Polizei gemahnt zu werden, wenn er seinen Saal zur Versammlung der Arbeiter gebe oder aber ohne Anspruch von Seiten der Arbeiter zu bleiben, wenn er's nicht thue. In Steglitz ist gar kein Saal zu haben, und selbst die Gesangsvereine, die bei einigen Restaurateuren tagen, sind auf Polizeistunde gesetzt worden. Nachdem noch auf das „Volkblatt für Teltow, Brestow-Storkow-Charlottenburg, Ober- und Niederbarum“ hingewiesen, welches am 1. April erscheint und zu dem Antheiltheine à 5 M. bei sämtlichen Vertrauensmännern zu haben sind, wurde mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung geschlossen.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

**Hornberg (Baden), den 3. März 1891.**  
Der Wahlverein Hornberg beabsichtigt eine Vereinsbibliothek anzulegen und wir ersuchen, da uns die nöthigen Mittel hierzu fehlen, die Parteigenossen des Reiches sowie die größeren Arbeitervereinigungen, uns gefessene Zeitschriften und Bücher gefälligst überlassen zu wollen, da wir zur Entfaltung einer regen Agitation solcher Mittel bedürftig sind. Wir appelliren daher an das Solidaritätsgefühl unserer Parteigenossen, uns in unserm Vorhaben unterstützen zu wollen. Der Zusendung des Erwünschten sieht mit Dank entgegen

Fritz Burger,  
Schriftführer des Arbeiter-Wahlvereins  
Hornberg in Baden.

## Briefkasten der Redaktion.

**E. A. Liegnitzerstraße.** Wir können Ihrem Schreiben doch nicht ansehen, daß Sie krank sind. Wiederholen Sie Ihre Fragen.

**G. G. I.** Die Hundsteuer ist noch nicht erhöht. Sie können Ihren Gegner verklagen.

**A. L.** Tausend Millionen sind gleich einer Milliarde. Sie brauchen keinen Waffenschein.

**Jahnsburg.** Ihre Braut muß die Todtenscheine beider Eltern beibringen. Den des Vaters erhält sie auf dem Standesamt, wo der Vater verstorben ist; den der Mutter von der Charakterverwaltung. Wo sich das Standesamt für Ihre Braut befindet, erstehen Sie aus dem Adresskalender.

**H. Rosenfeld, Paulstr.** Das Eingekandte eignet sich nicht zur Aufnahme im redaktionellen Theile unseres Blattes. Als Inserat würde es 3,60 M. kosten.

**Krenberg, Borne.** Wenden Sie sich an Herrn Kaiser, Berlin N., Ackerstr. 34, Hof 2 Tr., Kassirer des Arbeiter-Sängerbundes, Berlin.

**R. L. Waler, Gubenerstr.** Wir haben Ihre Einsendung der Stadtverordneten gebracht.

**H. S.** Natürlich können Sie zur Zahlung angehalten werden. Ihr Gläubiger kann Sie dreißig Jahre lang durch den Gerichtsvollzieher belästigen.

**J. S. 10 und B.** Ihre Verse sind leider nicht verwendbar.

**H. Forst.** Eine Million Thaler.